

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 1

(Beginn: 15.36 Uhr - Ende: 20.56 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich und eröffne die 10. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste - sowohl auf der sogenannten Zuschauertribüne als auch alle, die im Livestream zuschauen und zuhören -, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Ich möchte heute ganz besonders Frau Gärtner begrüßen und ihr zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Auch besonders begrüßen möchte ich Herrn William Wolfgramm heute als neuen Beigeordneten für das Dezernat VIII.

(Beifall)

Das ist seine erste Sitzung in dieser Funktion. Deswegen hat er gleich zu Beginn der Sitzung die Gelegenheit, das Wort an Sie zu richten. Die Gelegenheit wird er auch nutzen - so, wie ich ihn kenne.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Abé, der ich sehr herzlich zur Geburt ihres Kindes gratuliere,

(Beifall)

Herr Boyens, Frau Heuser und Frau Karadag. Herr Kienitz lässt sich heute aus einem traurigen Anlass entschuldigen: Sein Vater ist verstorben.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Lutz, Herrn Lorenz und Herrn Marx.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit den Beratungen beginnen, werden wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Im Entwurf sind die Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anregung einer Bezirksvertretung, TOP 3.2.3, TOP 4.2 bis 4.7, TOP 7.2.2, TOP 6.3.1 und 10.39, TOP 17.8 bis 17.10 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.3, 10.22 und 24.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Matthias Büschges (AfD): Frau Reker, vielen Dank. - Jetzt nicht zu den Punkten, die Sie genannt haben. Vielmehr haben wir als AfD-Fraktion noch eine Nachfrage zu TOP 3.1.5. Der wurde inhaltsgleich in der letzten Sitzung oder in der vorletzten Sitzung von der AfD-Fraktion eingebracht. Da möchte ich an § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates erinnern. Darin steht, dass der inhaltsgleiche Antrag erst nach drei Monaten wieder gestellt werden kann. Wir würden also beantragen, den Tagesordnungspunkt 3.1.5 abzusetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist Herr Büschges und nicht Herr Cremer. Ich bitte um Entschuldigung.

Matthias Büschges (AfD): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist für mich mit dem Spuckschutz nicht leicht zu erkennen, wer sich dahinter verbirgt.

Matthias Büschges (AfD): Kein Problem.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber ich habe es an Ihrer Stimme dann gehört. Das ist welcher Tagesordnungspunkt?

Matthias Büschges (AfD): Ich bin mal so frech: Das ist der Tagesordnungspunkt 3.1.5, der Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und FDP: „Dezernat IX wieder auflösen“. Die AfD-Fraktion hat in der vorletzten Sitzung einen identischen Antrag eingebracht, der damit als erledigt gilt und nach der Geschäftsordnung des Rates demnach erst nach drei Monaten wieder gestellt werden kann. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde darüber dann abstimmen lassen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich bin noch bei den Zu- und Absetzungen der Tagesordnung. - Herr Petelkau.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 2

Bernd Petelkau (CDU): Ich hätte die Bitte, weil wir hierzu Beratungsbedarf haben, den Tagesordnungspunkt 17.2 im öffentlichen Teil abzusetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorsorglich darauf hinweisen, dass wir gegebenenfalls zu Tagesordnungspunkt 3.1.4 nachher den Antrag stellen werden, den zu vertagen. Ich möchte aber gern abwarten, also möchte den Antrag noch nicht jetzt stellen, weil wir gern die Ergebnisse der Beratungen abwarten wollen.

Jetzt ist mein Mikrofon weg. Ich hoffe, das war verständlich?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Also nicht jetzt, sondern nachher bei dem Punkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie kündigen also schon einmal an, dass eventuell ein Vertagungsantrag dazu kommt?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): So ist das. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Ja, ich wollte noch einmal auf TOP 3.1.5 und 3.1.6 zurückkommen. Zum einen ist 3.1.5 in die heutige Sitzung vertagt worden. Von daher ist es nicht so, dass der inhaltsgleich später gestellt wurde. Die sind quasi zeitgleich gestellt worden.

Zum anderen geht es bei 3.1.5 auch um die Strukturierung der Dezernate. Deswegen mag es sein, dass sie sich in einigen Punkten ähnlich sind, es sind aber dennoch inhaltsandere Anträge.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war sozusagen die Gegenrede zu Herrn Büschges?

(Mike Homann [SPD] nickt)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die SPD-Fraktion hat heute zum Thema „Entwicklung eines Fahrplans für Corona-Maßnahmen im Herbst und Winter“- das ist die Überschrift - einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.14. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Entschuldigen Sie! Wir würden dann gern separat über 3.1.5 abstimmen lassen. So steht es auch in der Geschäftsordnung. Denn wir können der Argumentation von Herrn Homann nicht folgen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, dann lasse ich zunächst über Ihre Anregung zu Tagesordnungspunkt 3.1.5 abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, TOP 3.1.5 heute abzusetzen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann bleibt der Tagesordnungspunkt bestehen.

Jetzt lasse ich darüber abstimmen, ob der Tagesordnungspunkt 17.2 zurückgestellt werden soll. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD, Volt, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Herr Dr. Akude. Dann kann eigentlich keiner mehr dagegen sein. Ich frage trotzdem: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Die FRAKTION. Dann ist der Antrag zurückgestellt.

Dann lasse ich über die Tagesordnung gesamt abstimmen. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte noch zur Reihenfolge der Tagesordnung etwas. Ich beantrage für unsere Fraktion, dass die Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6 gemeinsam unter einem Tagesordnungspunkt 3.1.4 behandelt werden.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 3

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also alle drei?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Alle drei.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Dann lasse ich über die Tagesordnung insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich bitte jetzt Herrn Wolfgramm ans Rednerpult und bin gespannt, was er uns vortragen wird.

Beigeordneter William Wolfgramm: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich für die Begrüßung bedanken und natürlich auch für die Gelegenheit, dass ich jetzt zu Beginn der Sitzung wenige Worte zu Ihnen sprechen darf.

Ich freue mich besonders, nachdem ich in den letzten fünf Jahren circa 60 Ratssitzungen mit Ihnen gemeinsam gestaltet habe in meiner alten Funktion, dass ich es jetzt in meiner neuen Funktion quasi zum Dienstantritt - 14 Tage, nachdem ich begonnen habe als zuständiger Beigeordneter für Klima, Umwelt, Grünflächen und Liegenschaften - einige Sätze zu Ihnen sagen darf, was in der nächsten Zeit für mich und aus meiner Sicht für uns gemeinsam als Nächstes ansteht.

Ich will Ihnen sagen, dass ich mich nicht nur freue, sondern dass ich mir natürlich auch der Bedeutung der Aufgabe bewusst bin und natürlich auch der Verantwortung, die Sie mir gemeinsam übertragen haben, diese Aufgabe zu übernehmen. In meinem Geschäftsbereich, über den ich jetzt die Verantwortung habe, stehen vielfältige Aufgaben an, zum Beispiel im Bereich Umwelt die Fortschreibung der Biodiversitätsstrategie oder auch im Bereich Liegenschaften die Fortsetzung der Erbpacht, wozu wir später vielleicht noch ein oder zwei Worte sagen können.

Aber in den letzten 14 Tagen bin ich eindeutig zu einem ganz wichtigen Thema angesprochen worden, nämlich wie wir mit unserem Klimaschutz und unserer Klimastrategie umgehen, sodass ich mich jetzt in den Worten darauf konzentrieren

möchte und vielleicht die Gelegenheit in den folgenden Sitzungen dazu nutzen kann, auch die anderen Themen anzusprechen.

Die Hauptaufgabe, die ich sehe, ist natürlich sowohl die Umsetzung der Klimaschutzanpassungsstrategie als auch, wie wir zum Jahre 2035 die Klimaneutralität gemeinsam erreichen werden. Diese Aufgabe, das gemeinsam mit Ihnen weiterzuentwickeln, ist für mich ein ganz wichtiger Schwerpunkt für die Zukunft. Dass der Rat der Stadt Köln sich schon sehr lang und intensiv mit diesem Thema beschäftigt hat, freut mich und zeigt mir auch das starke Zeichen, was Sie gesendet haben, als Sie gemeinsam mit einer breiten Mehrheit und auch fraktionsübergreifend beschlossen haben, das Ziel zur Klimaneutralität für das Jahr 2035 herauszugeben.

In meiner neuen Rolle kann ich sagen: Ich freue mich sehr darüber. Und ich freue mich auch über den Rückenwind, den Sie mir für meine Aufgabe geben. Aber uns allen muss natürlich klar sein, dass es, damit wir das Ziel erreichen können, auch außerordentliche Anstrengungen von uns allen gemeinsam bedarf.

Ich denke, wir brauchen, um das Ziel zu erreichen, die größtmögliche Allianz in der Sache und eine gemeinsame Strategie, die uns und auch den externen Akteuren Planungssicherheit geben wird und kann. Daher möchte ich die externen Akteure in diese Strategie mit einbeziehen.

Ein wirklich gutes Beispiel für das Einbeziehen ist für mich der kürzlich erzielte Kompromiss zwischen der Bürgerinitiative Klimawende und der RheinEnergie. Wir haben zwar schon darüber im Umweltausschuss gesprochen, aber ich möchte das hier trotzdem ansprechen, weil das für mich ein gelungenes Beispiel dafür ist, wie man Gemeinschaften hinbekommt und dass man gemeinsam ein Ziel erreichen kann. Die beteiligten Akteure hier im Raum wie Frau Dr. Diemert - Herr Steinkamp ist, glaube ich, noch nicht da - wissen, dass dieses Mediationsverfahren alles andere als einfach war und dass das auch ein schwerer Prozess war. Beide Seiten hatten eigentlich andere Vorstellungen, aber am Ende ist es doch aus meiner Sicht ein sehr gutes Ergebnis, was wir dort erreicht haben - jenseits vom Inhalt, den ich auch sehr gut finde. Wir haben es geschafft, gemeinsam ein Ziel zu verfolgen und so auch in einem kontinuierlichen Dialog zu bleiben. Ich hoffe, dass an diesem Beispiel, dass wir gemeinsam ein Ziel erreichen wollen, sich andere Akteure ein Beispiel nehmen und dann auch ihre Intensität in Sachen Klimaschutz noch weiter vorantreiben.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 4

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Wir werden nun im Weiteren den erzielten Kompromiss, das Eckpunktepapier, das Sie kennen und das wir Ihnen als Anlage vorgelegt haben, in eine Verwaltungsvorlage übersetzen und Ihnen das bis Ende dieses Jahres vorlegen, damit Sie darüber beraten können.

Das gilt allerdings auch für prioritäre Maßnahmen im Klimaschutz, die wir Ihnen genauso vorlegen wollen. Denn eines ist sicher: Wir müssen anfangen! Wir können nicht weiter abwarten für Maßnahmen im Klimaschutz.

Ein ganz wichtiger Baustein zum klimaneutralen Köln ist der Ausbau der regenerativen Energien - Sie kennen das alle -, die sogenannte Solaroffensive, die wir gemeinsam mit unseren Partnern umsetzen wollen. Zudem wollen wir das Flächenpotenzial für PV-Flächen, für Dachflächen, auf Schuldächern und in Sporthallen heben. Dazu stehen uns im Haushaltsplanentwurf, der Ihnen vorliegt, 20 Millionen Euro zur Verfügung. Die wollen wir für ein Förderprogramm nutzen, das sich an den Ausbau von regenerativen Energien richtet, aber auch für die Energieeffizienz. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden uns sehr bemühen, dass wir diese 20 Millionen Euro quasi auch aufs Dach bekommen, damit wir hier die Energiewende weiter vorantreiben.

(Beifall)

Leider haben uns die Sturzfluten der vergangenen Wochen, die gerade das Umland sehr stark getroffen haben, aber natürlich auch bei uns in Köln zu starken Schäden geführt haben, gezeigt, dass wir auch im Bereich Klimaanpassung weiter vorschreiten müssen, damit wir weiter lebenswerte Bedingungen in dieser Stadt haben. Natürlich spielen auch das Grünflächenamt und unsere Parks eine sehr große Rolle, aber auch Förderprogramme wie *GRÜN hoch 3*. Ich habe dazu mit meinem Kollegen Markus Greitemann noch Anfang dieser Woche gesprochen, dass wir auch die kommenden Leitlinien für den Klimaschutz in der Bauleitplanung dafür nutzen werden, damit wir dieses Thema weiter betrachten zum Thema Schwammstadt, Regenwasser-Management, damit wir da verbindliche Planungen vorlegen können.

Das zeigt, dass Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe ist, dass wir in ganz vielen Bereichen der Verwaltung den Klimaschutz umsetzen wollen. In den ersten Tagen in meinem Amt habe ich ge-

merkt, dass in den verschiedenen Ämtern der Verwaltung eine sehr große Kooperationsbereitschaft dafür besteht. Das, was ich aber auch merke, ist, dass ein ziemlich großer Kooperationsbedarf besteht.

Entscheidend für mich wird sein, dass wir im Klimaschutz mehr Querschnittswirkung in der Verwaltung entfalten können. Ich möchte dahin kommen, dass der Verwaltungsvorstand oder die Verwaltungsspitze anhand von klimarelevanten Kennzahlen sektorübergreifende Steuerungsmöglichkeiten bekommt - in Form von einem kontinuierlichen Monitoring, in Form eines Controlling und in Form eines klimarelevanten Controlling-Berichtes. Wir brauchen aus meiner Sicht messbare Größen - auch für Sie, damit Sie dann die politischen Entscheidungen besser abwägen können.

Eine ganz große Rolle in Sachen Klimaschutz spielt für mich aber auch das Liegenschaftsamt. Deswegen ist es gut, dass es meinem Dezernat oder dem Geschäftsbereich jetzt zugeschlagen wurde. Das habe ich gemerkt, als wir weitere Flächenpotenziale identifizieren wollten, wo man regenerative Energien errichten kann. Da ist natürlich bei der Suche für weitere Flächen das Liegenschaftsamt eine ganz große Hilfe.

Wir alle wissen jetzt schon bei ganz vielen Themen, dass Grund und Boden in dieser Stadt nicht vermehrbar ist. Das haben wir immer wieder gesagt. Ich habe gemerkt in meinen letzten fünf Jahren in der Stadtverwaltung: Bei jeder Fläche, die man angefasst oder angeschaut hat, waren mindestens schon zwei oder drei andere Interessenträger, die mit dieser Fläche etwas anfangen wollten. Aber aus diesem Grund hat das Liegenschaftsamt schon immer eine Flächenpolitik betrieben, hat Flächen angekauft, damit wir Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen können, aber auch für die Ansiedlung von Flächen für Industrie und für Gewerbe. Das wollen wir natürlich auch weiterhin so machen. Die Vergangenheit zeigt aber auch, dass wir den Klimaschutz und die Klimaanpassung in einer aktiven Liegenschaftspolitik besser und weiter betrachten wollen, zum Beispiel, wenn wir Konzeptvergaben vorantreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Zu Beginn habe ich gesagt, dass ich mich auf den Klimaschutz fokussieren will, aber ein Wort möchte ich trotzdem noch zur Erbpacht sagen: Die Stadt Köln beschäftigt sich schon lange mit

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 5

diesem Instrument. Wir hatten Ihnen eine Mitteilung Ende der letzten Ratsperiode vorgelegt und sind auch so weit, dass wir die in der Verwaltung jetzt in der finalen internen Abstimmung haben. Wir werden die Ihnen auch bald vorlegen wollen zur Erbpacht im mehrgeschossigen Wohnungsbau. Ich denke aber, wir sollten zukünftig auch noch überprüfen, ob wir die Erbpacht nicht für weitere Themen, zum Beispiel für Gewerbe oder für die soziokulturelle Nutzung, nutzen können.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Ende möchte ich sagen: Ich bedanke mich bei Ihnen für den Empfang. Ich möchte Ihnen zusagen, dass mein Team und ich Ihnen natürlich als Ansprechpartner zur Verfügung stehen werden für all die Fragen, die aufkommen werden. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren für die Bewältigung der großen Aufgaben, die vor uns liegen. - Ganz herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Wolgramm.

Wir können jetzt in die Tagesordnung einsteigen, meine Damen und Herren. Wir haben heute keine aktuelle Stunde und beginnen mit den Schenkungen.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme von 17 Kunstwerken als Schenkung von Dr. Annelie Pohlen 2530/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Dr. Akude hat seinen Arm gehoben, Frau Gabrysch, CDU, FDP, Volt, AfD und Die FRAKTION, Herr Zimmermann hat auch seinen Arm gehoben. Kann es noch Enthaltungen geben? - Nein. Gegenstimmen sowieso nicht. Dann ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Frau Dr. Pohlen für diese großzügige Schenkung.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung von Wagenentwürfen des Künstlers Otto Schindler durch Michael Schindler an das Kölnische Stadtmuseum 2542/2021

Gibt es dazu etwas von Ihnen zu sagen? - Das ist nicht der Fall. Alle freuen sich darüber. Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Herr Dr. Akude, SPD, Frau Gabrysch, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, AfD, Die FRAKTION und Herr Zimmermann, der es mit seinem Nachnamen gewohnt ist, als Letzter genannt zu werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen, und ich bedanke mich sehr herzlich bei Michael Schindler für seine großzügige Schenkung.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, von RM Syndicus (Die FRAKTION), RM Dr. Akude und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Gemeinwohlbilanzierung Pilotierung“ AN/1875/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1986/2021

Dazu habe ich eine Rednerliste, die mit Frau Schneeloch beginnt.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen und Gäste! Als Kommune rühmen wir uns gern damit, dass wir unseren Bürger*innen eine gute Daseinsvorsorge bieten. Der Begriff ist alt und, ja, auch ein bisschen bequem mittlerweile. Was heißt es denn, für unsere Bürger*innen da zu sein - da zu

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 6

sein und für sie vorzusorgen? Es heißt, mehr als die Grundbedürfnisse aller zu sichern - Strom, Wasser, Zugang zu Mobilität, Internet, Müllentsorgung. Alle Dienstleistungen, die wir über unsere Beteiligungsunternehmen anbieten, müssen zukunftsfähig sein - eine Daseinsfürsorge, die zukunftsfest ist. Saubere Energie und Luft zum Atmen, eine lebenswerte Umwelt, ein gesunder Planet, um die Gesundheit aller Bürger*innen und zu sichern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit unserem Antrag und dem Pilotprojekt der Gemeinwohl-Ökonomie tun wir mehr, als nur für die Kölner*innen da zu sein. Wir wachsen über die bestehende Daseinsvorsorge hinaus, denken größer und übernehmen mehr Verantwortung für Menschen und Umwelt, richten den Fokus auf den Wert, den ein Unternehmen für die Gesellschaft hat. Eine Gemeinwohlbilanz verbindet alle Aspekte der Nachhaltigkeit - ein ur-grünes Anliegen: ökologisch, sozial und ökonomisch. Daher freuen wir uns über den breiten Zuspruch für unsere grüne Initiative.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit zehn Kölner Unternehmen wollen wir uns im kommenden Jahr auf den Weg machen - zwei kommunale und acht privatwirtschaftliche, die ihren Blick auf Menschen und Umwelt schärfen und dem Gemeinwohl dienen wollen. Wir begleiten den Prozess als Stadt in enger Abstimmung mit unseren Dezernaten und der Wirtschaftsförderung, die sich unheimlich auf das Projekt freut, fordern eine neue Art des Daseins, die Betrachtung aller Aspekte eines Unternehmens.

Die Gemeinwohlbilanz ist ein Managementtool, das es Unternehmen erleichtert, ihr Geschäftsmodell auf Herz und Nieren zu prüfen: Wie gehen wir mit unseren endlichen Ressourcen um? Was tun meine Produkte und Dienstleistungen für die Gesellschaft? Wie behandle ich meine Kunden, meine Lieferanten, meine Banken? Wie prüfe ich meine Wertschöpfungskette auf die Einhaltung von Menschenrechten? Welchen Stellenwert haben meine Mitarbeiter*innen und deren Mitbestimmung? Wie nutze ich Kooperationen sinnvoll? Und: Wie werde ich klimaneutral? Wo sind die konkreten Hebel, und wo können wir als Unternehmen noch besser werden?

Es geht aber auch um die Attraktivität als Arbeitgeberin und um die Zukunftsfähigkeit von Jobs, um Alleinstellungsmerkmale von einem positiven Absetzen von Unternehmen, die meinen, mit einem „Weiter so!“ würden sie auch in einer von der

Klimakrise bedrohten Welt einfach so weiter funktionieren können.

Auf Bundesebene setzen wir uns Grüne dafür ein, Wettbewerbsvorteile für die gemeinwohlorientierten Unternehmen zu ermöglichen, ob bei Steuern, Förderungen, Finanzierungen oder bei der Bevorzugung beim Einkauf der öffentlichen Hand.

Auch kleinere Unternehmen machen sich jetzt auf, obwohl sie nicht per EU-Direktive dazu verpflichtet sind, ein nichtbilanzielles Nachhaltigkeits-Reporting zu machen. Das ist ein wichtiger Schritt in eine klimaneutrale und faire Zukunft.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist darüber hinaus aber nicht zwangsläufig eine „people before profit“-Idee. Die Gemeinwohl-Ökonomie sagt nicht, dass Unternehmen keine Gewinne mehr machen sollen. Sie zeigt ergänzend zur finanziellen Berichterstattung, wie Unternehmertum neu und transparent gedacht werden kann.

Ganze Gemeinden haben sich bereits gemeinwohlorientiert. Die Stadtentwässerung in Stuttgart war eines der ersten kommunalen Unternehmen. Die Sparda-Bank in München arbeitet auch nicht for free, sondern ist ein erfolgreiches Unternehmen in einem hochkompetitiven Marktumfeld. Die Kölner Caritas hat sich bereits auf den Weg gemacht, die Wirtschaftsförderung in Bornheim hat sich sogar schon selbst gemeinwohlorientiert. Das würde unserer Wirtschaftsförderung auch gut zu Gesicht stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht mehr als um Greenwashing und ein bisschen Chichi. Einmal im Jahr seine Mitarbeiter*innen freizustellen, um den benachbarten Kindergärten zu streichen und das danach als Corporate Social Responsibility zu verkaufen, reicht einfach nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und ein bisschen Obst für seine Mitarbeiter*innen hinzustellen, reicht auch nicht.

Wegen Unternehmen und einer Wirtschaft, die weiter so machen will wie bisher und die sich vor sozialer und ökologischer Verantwortung wegduckt, haben wir auf der Erde jetzt genau die Kippunkte, an denen wir gerade sind und an denen wir gerade stehen und warum wir noch größere Anstrengungen jetzt gemeinsam aufbringen müssen.

Viele Unternehmen zeigen auch bereits, dass sie weiter sind als die aktuelle Regierung. Wir sind in

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 7

Köln auch nicht allen anderen politischen Ebenen ausgeliefert, sondern können mit diesem Projekt zeigen, was unser Köln als Wirtschaftsstandort nämlich wirklich kann: global denken, lokal handeln. Da sein, vorsorgen für Menschen und Umwelt - das ist wirkliche Fürsorge, die ein Unternehmen auch zukunftsorientiert aufstellt.

Wo die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Verwässerung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Standards weggenommen hat, können wir mit unserem Gemeinwohlprojekt helfen, diese lokal wieder einzuführen. Ich freue mich sehr, dass sich die KölnBäder bereit erklärt haben, sich mit uns auf diese Reise zu begeben. Dieses Projekt ist eine Einladung - eine Einladung zum einen an Unternehmen, die sich gemeinwohlabilanzieren wollen, sich dem Projekt anzuschließen. Zum anderen ist sie eine Chance, um Köln zu einem Leuchtturm für das Gemeinwohl zu machen, um Köln zu einem noch spannenderen Wirtschaftsstandort zu machen und um Köln im Kampf um junge Talente nach vorn zu bringen - für Menschen, die gern für Firmen mit Sinn arbeiten.

Für mich ist die Gemeinwohl-Ökonomie ein neuer Begriff der Daseinsvorsorge für Menschen und Umwelt, die unsere ambitionierten Klimaneutralitätsziele mitdenkt und konkrete Wege aufzeigt, wie diese zu erreichen sind. Ein Daseinsbegriff, der Köln gerecht wird, der unseren vielfältigen Unternehmen gerecht wird für Unternehmen, die neu, besser und anders wirtschaften wollen, die da sein und vorsorgen wollen, mit den endlichen Ressourcen unserer Welt vernünftig umgehen, die fürsorgen wollen, damit unsere Welt noch eine Zukunft hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Ratssaal und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gut leben in einer Welt, in der die Wirtschaft im Einklang mit ethischen Werten ist.

Das ist die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie, festgehalten am 19. Mai 2018 in Lissabon.

Bereits 1946 hier in Köln, an der Kölner Universität klang das so:

Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft.

Gesagt von Konrad Adenauer.

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen, wir Christdemokraten haben bereits sehr früh die wirtschaftliche Freiheit der Einzelperson mit ihrer sozialen Verantwortung für das Gemeinwohl, sprich die Solidarität, verknüpft - eine Haltung, die in der sozialen Marktwirtschaft gemündet ist, einer Wirtschaftsordnung, die unser Land wirtschaftlich und sozial stark gemacht hat.

Wenn wir heute den Piloten für eine Gemeinwohlabilanzierung beschließen, ist das die logische Fortsetzung dieses Gedankens, ergänzt insbesondere auch um das Thema Nachhaltigkeit. Wir wären damit die erste Millionenstadt, die einen innovativen Weg geht. Wir folgen damit - die Kollegen eben hat das gerade gesagt - kleineren Gemeinden, die hier erste Schritte auf den Weg gebracht haben.

Es ist uns als CDU besonders wichtig, dass wir mit der Gemeinwohlabilanzierung eines sichtbar machen, und zwar, wie Unternehmen bereits heute zum guten Leben in Köln beitragen. Deshalb sind wir sehr froh, dass gerade auch mit KölnBäder - ein Unternehmen, was normalerweise immer nur damit bewertet wird, was denn dieses Jahr der Verlust ist - einmal aufgezeigt wird, wie wichtig das im Detail aussieht und welche zusätzlichen Zwecke auch in diesem Unternehmen bestehen. Egal, ob es die Funktion ist, dass Kinder in den Kölner Schwimmstätten schwimmen lernen eine ganz wichtige gesellschaftliche Funktion Menschen dort Sport treiben können, auch etwas für ihre Gesundheit tun können - all das ist etwas, was es lohnt, stärker herauszuarbeiten.

Wir sehen insbesondere auch zusätzlich mit der Gemeinwohlabilanzierung ein Instrument, mit dem Kölner Unternehmen andere Ziele wie Nachhaltigkeit, Solidarität oder Wahrung der Menschenrechte sichtbar machen können - etwas, was gerade heute auf einem Arbeitsmarkt bei der jüngeren Generation ein wichtiges Kriterium ist, um auch aufzuzeigen: Was tut das Unternehmen zusätzlich neben der interessanten Arbeit weiterhin für die Gesellschaft?

Diese Chance - darauf legen wir besonders Wert, dass es nicht nur eine Verpflichtung sein soll, son-

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 8

dern eine Chance für jedes einzelne Unternehmen. Und um genau das Potenzial hier einmal aufzuzeigen, was es nicht nur für städtische Unternehmen, sondern auch für unsere Wirtschaft bedeutet, lohnt es sich, hier einen Piloten zu machen und tiefer in die Thematik einzutauchen.

Im Sinne von Konrad Adenauers Zitat, dass Wirtschaft den Menschen und der Umwelt dient und nicht umgekehrt, wollen wir mit diesem Antrag ein neues Zeitalter aufschlagen und bitten um Zustimmung zu unserem Pilotprojekt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause oder wo auch immer an den Bildschirmen!

[Es] findet gegenwärtig ein globales Experiment statt: Es wird in allen Daseinsbereichen ausprobiert, ob man klar definierte Grenzen der Nutzung natürlicher Gegebenheiten überschreiten kann, ob man, einfacher gesagt, in einer endlichen Welt unendlich wachsen kann. Das ist der weltweite Versuchsaufbau.

Das habe nicht ich mir ausgedacht, sondern das Zitat stammt von Harald Welzer, einem Soziologen, der an der Universität St. Gallen lehrt.

Die Regierungen in Schottland, Island und Neuseeland haben das schon verstanden und haben Wellbeing Economy Governments aufgebaut, in denen genau solche Aspekte eingebaut werden. Es wird nicht mehr allein das Wirtschaftswachstum gemessen, sondern als Ziel einer progressiven Wirtschaftspolitik das gesellschaftliche Wohlergehen am Ende betrachtet.

In die Richtung wollen wir mit der Gemeinwohlbilanzierung hier auch gehen - eine Bilanzierung anhand einer Matrix, die soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt. Positive Erfahrungen von Unternehmen, die das schon lange tun, gibt es in kleineren Kommunen; meine Vorrednerin und mein Vorredner haben das schon angesprochen.

Das ist ein aufwändiger und ressourcenbündelnder Prozess in den Unternehmen. Ich kann mir

schon vorstellen, welche Kommentare wir dazu noch hören werden. Aber das hat riesige Vorteile - auch aus der wirtschaftlichen Perspektive gesprochen. Man bleibt eine attraktive Arbeitgeberin, ein attraktiver Arbeitgeber. Wenn ich mir die letzten Bewerbungsgespräche vorstelle, die ich geführt habe - sowohl hier für die Mitarbeitenden in der Fraktion als auch im Unternehmen -, wurde ich immer gefragt: Was machen wir denn sonst? Was bekomme ich denn hier außer Geld? Es wird immer nach einem Purpose gesucht, und es freut mich, dass wir das mit dieser Gemeinwohlbilanzierung hier strukturiert und vernünftig darstellen können.

Eine attraktive Arbeitgeberin, ein attraktiver Arbeitgeber sollen natürlich unsere kommunalen Unternehmen sein, aber auch die anderen acht Kölner Unternehmen, die wir hier in dem Pilotprozess mit einbinden werden.

Wir hier in Köln sind nicht die Bundesregierung, wir sind nicht die EU-Kommission, wir können in unseren Maßstäben hier aber ganz weit nach vorn gehen, es nicht für alle Unternehmen vorschreiben, aber hier den Pilotprozess starten und zeigen, dass das gut funktionieren kann. Im Kleinen dieses Umdenken anstoßen und damit die Chance, als erste Großstadt neue Maßstäbe zu setzen, auch nutzen! Wir bitten um Zustimmung. - Vielen, vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen! Gemeinwohl wird zum Ziel des Wirtschaftens. Geld ist nur Mittel, nicht Zweck der Wirtschaft. Gemeinwohl-Ökonomie ist das wichtigste Nachhaltigkeitssiegel und sollte unbedingt umfassend eingesetzt werden. Zertifizierte Unternehmen müssen echte Vorteile genießen können, um auch Unternehmen, die das bisher nicht als Ziel hatten, einen Anreiz zu schaffen und ein umfassender Teil eines Umdenkens für die Zukunft zu werden.

Zwei städtische Unternehmen werden im Jahr 2022 eine Gemeinwohlbilanzierung erstellen. Mithilfe von externen Berater*innen prüfen diese Unternehmen, ob sie dem Gemeinwohl dienen und nicht ausschließlich finanziellen oder politischen

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 9

Interessen. Dies geschieht mit einer komplexen Matrix. Oberste Kriterien lauten hier: Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung.

Für städtische Unternehmen sollte die Ausrichtung auf Gemeinwohl selbstverständlich sein. Jedoch wollen wir das Interesse auch bei privaten Unternehmen wecken, sich zertifizieren zu lassen.

Gemeinwohl-Ökonomie als Mittel für ethische Marktwirtschaft - deswegen unterstützen wir diesen Antrag, um die Weichen für eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Akude, wünschen Sie das Wort?

Dr. John Akude (KLIMA FREUNDE): Nein, danke. Es ist schon alles gesagt worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen, auch liebe Kolleg*innen von der Verwaltung! Ich freue mich über diesen Antrag ganz besonders, und ich danke der Kollegin Schneeloch ganz ausdrücklich dafür im Namen der KLIMA FREUNDE und auch im Namen der Gemeinwohl-Ökonomie-Köln-Bonn-Truppe, die hier auch ihren Beitrag geleistet hat.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich freue mich wirklich sehr darüber, dass das jetzt hier auch so starke Unterstützung findet. Wer hätte das vor einem Jahr gedacht?

Es ist tatsächlich wichtig, dass wir in jeglicher Hinsicht in ganz großem Maße umdenken - in allen Lebens- und allen Wirtschaftsbereichen und eben auch, was die Ursache unseres wirtschaftlichen Handelns angeht oder den Antrieb. Wir haben es gerade schon mehrfach gehört. Ich kann mich da nur allen Vorredner*innen anschließen, was bereits gesagt wurde. Es kann eben nicht mehr nur um Profit- und Wachstumsstreben gehen. Denn diese Form des Wirtschaftens hat uns nun einmal

genau in die Katastrophe geführt, in der wir uns mittlerweile befinden und die immer deutlicher, immer näher, immer spürbarer schon Realität ist und uns immer härter trifft.

Es wurde erfreulicherweise schon betont - das ist, finde ich, auch ein ganz wichtiger Aspekt -, dass es nicht nur darum geht, dass die Arbeitnehmer*innen sich bei ihrer Arbeit einfach wieder wohler fühlen, Stichwort „Work-Life-Balance“ Stichwort übrigens auch „Freisetzung von kreativen Potenzialen“.

Wenn wir uns einmal vorstellen, wir würden alle nur noch eine 4-Tage-Woche oder 3-Tage-Woche arbeiten, wir würden alle umdenken in dem Sinne: Was bedeutet für uns Reichtum, brauchen wir diesen ganzen Konsumwahnsinn, diesen ganzen Materialismus wirklich, oder reicht uns weniger Konsum, reicht uns weniger Hab und Gut, dafür mehr Quality Time? Das ist der Ausbruch aus dem Hamsterrad. Ich habe das hinter mir, und ich kann es allen nur sehr empfehlen. Diese Form des Wirtschaftens unterstützt dieses Umdenken massiv.

Hiermit werden übrigens auch für unsere Gesellschaft in Köln und auch überhaupt riesige Potenziale freigesetzt. Wir haben das im WandelWerk zum Beispiel gesehen. Manche von euch haben sich dieses ökosoziale Transformationszentrum anschauen können, bevor es jetzt leider Geschichte wurde - zumindest vorübergehend; wer weiß, was die Zukunft bringt.

Aber es geht tatsächlich auch darum, die Attraktivität der Arbeitgeber*innen zu stärken und damit tatsächlich des Wirtschaftsstandorts Köln. Darüber freue ich mich auch ganz besonders, dass das jetzt in großen Schritten vorangeht. Deswegen sage ich hier zu allen in diesem Raum und zur Kölner Stadtgesellschaft: Willkommen in der Post-Wachstumsökonomie und willkommen unterwegs in Richtung ökosoziale Transformation! Damit ist auf jeden Fall ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung getan, in Richtung Umdenken, in Richtung Wertewandel. Es darf natürlich bei weitem nicht der letzte sein, aber die Weichen sind dafür auf jeden Fall gestellt - Richtung Klimagerechtigkeit.

Ich sage immer: Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, wir müssen uns nur umschaun, was unsere Nachbarn, andere Kommunen, andere Städte, andere Länder machen. Ich freue mich - das ist der letzte Satz hierzu -, dass wir an dieser Stelle uns durchaus auch an anderen orientieren und nachmachen, aber eben auch als eine der größten Städte Deutschlands mit dem, was jetzt

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 10

hier heute entschieden und beschlossen wird, tatsächlich auch ein Stück vorangehen und meiner Meinung nach damit auch wirklich ein tolles Leuchtturmprojekt schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag zur Gemeinwohl-Ökonomie. Ich sage es einmal so: Dass die Ökonomie auch dem Gemeinwohl dienen soll, ist nun weiß Gott kein so wahnsinnig neues Konzept grundsätzlich. Das gilt zunächst einmal für die öffentlichen Unternehmen bzw. die Unternehmen, an denen die Stadt Köln mehrheitlich beteiligt ist. Selbstverständlich sollen diese dem Gemeinwohl dienen. Das ist der Sinn und Zweck des Ganzen, und zwar einmal direkt, indem sie Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen, und natürlich auch indirekt, indem sie im besten Fall sogar noch Gewinn erwirtschaften, wie das bei der SWK am Ende durch die RheinEnergie der Fall ist, und dann indirekt auch dem Gemeinwohl dienen, weil diese Gewinne wiederum zumindest teilweise in der Tasche der Kämmerin verschwinden und dort für wirklich gute Projekte umgesetzt werden.

Dann haben wir aber noch einmal das Thema Gemeinwohl-Ökonomie: Wie wird sie formell umgesetzt? Da haben wir heute schon die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die auch bei den Stadtwerken vorhanden ist, was auch durchaus sinnvoll und gut ist. Das gibt es schon. Natürlich verpflichtet auch der PCGK Köln die Unternehmen und uns zu Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlzielen.

Jetzt kommen Sie hier mit einem Konzept, das nicht so wahnsinnig neu ist, das auch in Form einer Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanzierung einzuführen. Dazu muss ich sagen: Mit diesem Antrag verheben Sie sich ganz schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wenn Herr Petelkau sagt: „Mit diesem Antrag schreiten wir in ein neues Zeitalter“, dann muss ich sagen: Das kann ich nur noch in die Abteilung Humor packen, weil wir mit diesem Antrag ganz sicher nicht in ein neues Zeitalter schreiten werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ja, wahrscheinlich - oder was heißt „wahrscheinlich“? - bzw. ganz offensichtlich schreiten wir in ein neues Zeitalter, aber nicht durch diesen Antrag, sondern durch die Welt, wie sie sich verändert, und durch die Notwendigkeiten, die sich aus dem Klimawandel ergeben, und durch die Notwendigkeiten, dagegen zu steuern, und auch durch die Notwendigkeiten, die sich aus der Spaltung der Gesellschaft ergeben, gegen die wir steuern müssen. Das bringt uns in der Tat in ein neues Zeitalter, aber sicherlich nicht dieser Antrag.

Kurze Rede, langer Sinn: Sie überheben sich, und deswegen können wir dem Antrag so in Gänze nicht zustimmen. Um das klarzustellen oder um das ganz klar auszudrücken: Dass die Ökonomie dem Gemeinwohl dienen soll, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist, das ist nun weiß Gott kein Patent nur von Konrad Adenauer, sondern dafür steht die SPD schon lange.

(Beifall bei SPD)

Insofern sind wir da grundsätzlich gern an Ihrer Seite. Es macht auch durchaus Sinn, das Konzept, das so neu nicht ist und in anderen Kommunen ausprobiert wurde, wie in Stuttgart - Sie haben es selbst geschrieben -, auch einmal bei städtischen Unternehmen auszuprobieren. Deswegen sind wir bei Punkt 1 des Antrags, dass zwei Unternehmen - davon eines aus dem SWK-Konzern - dieses Konzept anwenden sollen, auch noch gern dabei. Aber das Weitere, das in diesem Antrag folgt - eine wissenschaftliche Reihe, eine Veranstaltungsreihe, ein Einbeziehen von privaten Unternehmen und Wirtschaftsförderung, die weiß Gott auch anderes zu tun hat, als sich jetzt als Allererstes darum zu kümmern -,

(Beifall bei der SPD und der FDP)

schießt über das Ziel hinaus, und zwar nicht deswegen, weil es nicht gut gemeint wäre, sondern weil es nicht gut gemacht ist. So wird es nämlich nicht funktionieren. Entweder die Unternehmen haben wirklich etwas davon, dieser Gemeinwohl-Bilanzierung zu folgen - dann werden sie es tun -, oder nicht oder sie werden dazu gezwungen. Das müssen Sie aber auf Bundes- und Landesebene umsetzen, das werden Sie hier in Köln nicht lösen. Deswegen ist dieser Antrag in den Punkten, die dann folgen, weitgehend sozusagen etwas, was nicht auf kommunaler Ebene stattfinden kann.

Eine Sache noch: Frau Gabrysch, Sie haben von „Post-Wachstumsökonomie“ gesprochen. Wie gesagt, die Sozialdemokraten sind durchaus schon

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 11

lange oder vielleicht sogar schon immer der Meinung, dass die Ökonomie in erster Linie den Menschen dienen soll. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Bei einer Ökonomie, die nicht mehr wächst, wünsche ich Ihnen bei der daraus resultierenden Spannung, die die Gesellschaften dann aushalten müssen - gerade die westlichen -, viel Spaß.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Conclusio: Bei Punkt 1 sind wir gern dabei. Lassen Sie es uns ausprobieren. Warum nicht? Die anderen Punkte überhöhen das Ganze und sind nicht nötig. Deswegen - kurze Rede, langer Sinn - werden wir dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Gemeinwohlorientierte Politik ist vor zwölf Jahren im Rahmen der christlichen Soziallehre wieder modern geworden. Wenn uns hier ein grüner Antrag vorliegt, dürfte die CDU-Fraktion zumindest mitgeschrieben haben.

Für uns LINKE war und ist der Kampf und das Gemeinwohl langwierig und auch mit Erfolgen der Arbeiterbewegung verbunden: die Gründung von Wohnungsgenossenschaften, die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen, Lebensmittelgenossenschaften und vieles mehr. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Bildung neuer Eigentumsformen neben der rein privatwirtschaftlichen Form. Das ist ein großer Erfolg.

Daneben entwickelte sich vor 100 Jahren auch die kommunale Eigentumsform, die heute ein entscheidender Treiber für gemeinwirtschaftliches Handeln ist.

Den Bezug auf die Arbeitswelt, der handelnden Personen, die Beschäftigten in den Betrieben vermissen wir in diesem Antrag. Frau Schneeloch hat das in ihrer Rede ein bisschen ausgeführt. Im Antrag fehlt es allerdings.

Der Antrag stellt die ökologischen Kriterien in den Vordergrund. Der Satz in Ihrem Antrag: „Die Wirtschaft dient den Menschen - nicht umgekehrt“ entspricht nicht der Realität und auch nicht der Praxis. Gemeinwohl kann und muss man mit den Be-

troffenen erstreiten. Dabei kann eine positive gesellschaftliche Meinung sehr wohl helfen. Das sehen wir schon.

Ich finde, dass in der Gemeinwohl-Matrix 2.0 für Kommunen aus dem Jahr 2020 da etwas deutlicher ist als Ihr Antrag, wenn ein Kriterium die gerechte Verteilung von Arbeit ist oder transparente und demokratische Mitbestimmung eingefordert wird.

Wenn Sie sich die Gemeinwohl-Bilanz der Stadtentwässerungsbetriebe Stuttgart ansehen - das ist sehr interessant, über 60 Seiten -, auf die Sie sich im Antrag beziehen, sehen Sie für mich zwei wichtige Aussagen: 100 Prozent gemeinwohlorientierte Eigentumsstruktur, kommunales Eigentum sowie die vielen Aussagen in dem Bericht zu Arbeitsbedingungen, Löhnen, Arbeitsschutz, prekären Arbeitsbedingungen und vieles mehr.

Die KölnBäder werden sich als ein städtisches Pilotunternehmen bewerben. Da sind wir gespannt auf die Diskussion der ersten Gemeinwohl-Bilanz - wohlwissend, dass die KölnBäder keine paritätische Mitbestimmung haben und der DGB erst kürzlich den Ausbau der Mitbestimmung für Betriebe ab 250 Beschäftigten eingefordert hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind der Auffassung: Sowohl die solidarische Wirtschaft als auch die Gemeinwohl-Ökonomie müssen eine aktive Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Wirtschaftssystem führen. Ansonsten wären diese Alternativen nur Feigenblätter zur Legitimierung des vorhandenen Modells.

(Beifall bei der LINKEN)

Das darf nicht sein. Es muss ganz klar im Vordergrund stehen, was wir denn genau wollen. Dabei müssen auch Fragen diskutiert werden, wie die Rolle von Wettbewerb und Gewinn in einer alternativen Wirtschaft ist. Auch das kann man natürlich von der Bilanz jetzt nicht erwarten, auch von diesem Antrag nicht, aber man muss an der Stelle schon weiterdenken.

Die Bewegung Gemeinwohl-Ökonomie möchte sich mit den gegenwärtig herrschenden Strukturen in der Gesellschaft und vor allem der Wirtschaft kritisch auseinandersetzen und sie auch durchaus infrage stellen. Das ist eigentlich das Spannende - gar nicht nur diese Gemeinwohl-Bilanz, das ist nur ein Handwerkszeug.

Der Finanzbilanz stellt die GWÖ einen anderen Ansatz gegenüber. Mit der Gemeinwohl-Ökonomie soll ein ethisches Wirtschaftsmodell etabliert

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 12

werden. Das Wohl von Mensch und Umwelt soll dabei zum obersten Ziel des Wirtschaftens werden. Allerdings wäre die Ausdehnung der Gemeinwohl-Ökonomie über die heute tatsächlich bestehenden Nischen hinaus nur durch gravierende Veränderungen und konkrete Markteingriffe möglich. Wenn wir tatsächlich eine andere Art von Wirtschaft wollen, die nicht mehr nur wachstumsorientiert ist, dann geht das nur mit großen Umbrüchen und großen Veränderungen. Dafür muss es aber politische Mehrheiten geben.

Ein Pilotprojekt für eine Gemeinwohl-Bilanz ist daher nur ein kleiner Teil aus dem Handwerkskasten. Die Gemeinwohl-Bilanz kann lediglich den Blick auf andere Bereiche erweitern - Frau Schneeloch hat es in ihrer Rede genannt - und eine weitere Zertifizierungsmethode für nachhaltiges Wirtschaften sein. Das kann sich vielleicht etablieren. Solange sich jedoch die Regeln nicht für alle Unternehmen ändern, werden die am Gemeinwohl orientierten Unternehmer an ihre Grenzen stoßen. Denn auch die Gemeinwohl-Unternehmen unterliegen selbstverständlich dem Kostendruck. Die LINKE-Ratsfraktion wird dennoch diesem Antrag - trotz aller Kritik - zustimmen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hoffentlich wird ein spannender Diskussionsprozess in Gang gesetzt. Wir werden diesen gesamten Prozess kritisch begleiten.

Insofern auch nur einmal ganz kurz zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Wir denken, wenn man das schon aufschlägt, nicht nur mit zwei städtischen Unternehmen, sondern das muss ein bisschen größer anfangen, das muss man wissenschaftlich begleiten. Auch darauf werden wir ein Auge haben, wie die wissenschaftliche Begleitung stattfindet. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Breite bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zuerst muss ich meine Freude hier zum Ausdruck bringen über die Kölner Sozialdemokratie. Man muss sagen: Godesberg lebt

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Das hätte ich eigentlich auch von der CDU erwartet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dazu komme ich gleich noch einmal. Stellen wir erst einmal das Positive heraus, was sozusagen Konsens ist.

Wir wissen - das kommt aus der Finanzbranche -, dass Unternehmen bei Rating-Agenturen nach Nachhaltigkeitskriterien bewertet werden. Ich möchte jetzt von denen keine nennen, keine Schleichwerbung; denn bei dem Antrag habe ich immer das Gefühl, dass ein bisschen Schleichwerbung dabei ist, weil es ein ganz bestimmter Verein ist, der dann wahrscheinlich auch die Bewertung vornehmen will. Viele kennen sie, auch Frau Schneeloch kennt genügend Nachhaltigkeitsfragen, darum möchte ich hier keine Namen nennen.

Aber bei den Kriterien ist wichtig, dass Sie nicht nur die Nachhaltigkeit des Umweltschutzes mit hineinnehmen, sondern auch der Unternehmensführung, wie Compliance, und soziale Aspekte, wie Arbeitssicherheit, faire Arbeitsbedingungen und Einhaltung von Arbeitsrechten. Das sehen wir von der FDP-Fraktion auch so und finden den Konsens sehr gut, dass wir das am Wertpapiermarkt, aber auch als Finanzierungsinstrument als Bewertung von Unternehmen haben.

Seit 2017 - das hat auch Frau Schneeloch hier noch einmal angebracht - werden börsennotierte Unternehmen in Europa dazu verpflichtet, regelmäßig Nachhaltigkeitsberichte anzufertigen. Das geschieht meistens im Bilanzanhang. Vollkommen richtig, das kann man nach der Meinung der FDP-Fraktion auch ausbauen. Gar kein Thema.

Auch ist eindeutig, dass allein das Bruttoinlandsprodukt als einzige Richtgröße kein ausreichendes Bild darüber vermittelt, wie sich das auf die Wirtschaftslage von unseren Bürgerinnen und Bürgern auswirkt oder wie sich das Wachstum langfristig auf die Nachhaltigkeit auswirkt. Das ist ein Konsens, den wir eigentlich auch haben müssten. Das heißt, wir müssen bei der sozialen Marktwirtschaft Anstrengungen unternehmen - gerade, wenn es um die Nachhaltigkeit geht.

Der Rat der Europäischen Union hat darum schon in einem Dokument im Juni 2019 auf Grundlage eines OECD-Berichtes über die „Schaffung von Chancen für das Wohlbefinden von Menschen und für Wirtschaftswachstum“ das zusammengefasst und wichtige Kriterien genannt. Ich möchte

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 13

insbesondere - weil das jetzt noch fehlt bei diesem Verein - die Bildung und Ausbildung ansprechen. Ich finde es auch ganz wichtig, dass bei den Kriterien eines Unternehmens dieses hinzunehmen, weil das etwas mit Chancengleichheit zu tun hat.

(Beifall bei der FDP)

Aber - und jetzt kommt ein dickes Aber - alle so wichtigen, zukunftswichtigen Kriterien, die zur Anwendung kommen sollen, dienen doch dazu, die eigentlich so erfolgreiche soziale Marktwirtschaft nicht abzuschaffen, sondern für die Zukunft fit zu machen, meine Damen und Herren. Fair und mit klaren Regeln - nach klaren Regeln auch für die Nachhaltigkeit für die Zukunft fit zu machen und natürlich die Nachhaltigkeitskriterien zu versehen mit Wettbewerb, da Wettbewerb wichtig ist und nach unserer Überzeugung auch zu einem besseren Ergebnis für eine Volkswirtschaft und für Wohlstand für viele führt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Da muss ich sagen, liebe CDU: Was muss ich da hören und lesen - frei nach Wilhelm Busch? Da sehe ich auf der Seite „Theoretische Basis“:

Unternehmen streben nach Gewinnmaximierung und verdrängen sich so lange gegenseitig vom Markt, bis nur mehr wenige große Konzerne übrig sind. Diese haben dann alle Macht gegenüber KonsumentInnen und Staaten und diktieren das globale Geschehen. Umwelt- und Sozialstandards kommen dabei unter die Räder des Profitstrebens.

Diesen Gedankengang kenne ich von irgendwas, was ich mal gelesen habe. Aber die soziale Marktwirtschaft, gerade der Mittelstand, der bei uns so stark ist, zeigt doch einen ganz anderen Weg, den wir haben. Wir geben die Regeln vor. Wir sind der Schiedsrichter im Wettbewerb und auf dem Markt, und das klappt, meine Damen und Herren. Das ist, glaube ich, der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie das, Herr Petelkau, Ihren Kanzlerkandidaten nicht hören, wenn da steht: „Kapitalismus und Kommunismus sind gescheitert.“ Beim Kommunismus gebe ich Ihnen recht, aber die soziale Marktwirtschaft ist nicht gescheitert, meine Damen und Herren. Darum ist der Antrag nach meiner Meinung auch nicht gut.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Jetzt der letzte Punkt - ich beeile mich, aber das muss ich sagen, auch wegen der Wirtschaftsförderung -, wieder frei nach Wilhelm Busch: Was muss ich lesen und hören? Da gibt es die Zusammenfassung in zehn Punkten.

Unternehmensgewinne

- dieser Verein hat ein paar Probleme mit Wettbewerb und auch mit Gewinnen -

dienen der Stärkung der Unternehmen

- jawohl, das unterschreiben wir -

sowie der Einkommenserzielung

- das unterschreiben wir -

und der Alterssicherung der UnternehmerInnen und der Beschäftigten,

- vollkommen richtig, aber jetzt kommt es; ist das die Meinung der CDU? -

nicht aber der Vermögensvermehrung externer KapitalgeberInnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besser kann man Investoren-Bashing nicht mehr bezeichnen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Unternehmensförderung, die wirklich Unternehmen helfen will, Investoren zu finden - gerade Startup-Unternehmen brauchen Geld -, dann das hineinzuschreiben, da bin ich der Meinung: Das ist nicht die Aufgabe unserer Unternehmensförderungsgesellschaft. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Meine lieben Zuschauer! Das, was ich hier heute erlebt habe, habe ich mir echt nicht vorstellen können. Die CDU-Fraktion hat die Reise zurückgemacht in die Phase, in der sie noch nicht zur sozialen Marktwirtschaft stand. Da gab es ja mal ein Ahlener Programm, als man dem Sozialismus sehr nah war. Wenn man sich Sie hier alle anschaut, dann kann man auch sehen: Ich glaube, dem einen oder anderen war es unangenehm, auf diesem Antrag zu stehen.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 14

(Beifall bei der AfD)

Das, was hier nämlich gemacht werden soll, ist im Grunde genommen, die ökosozialistischen Politikkommissare in die Unternehmen zu schicken. Sie wollen eine neue Form der Planwirtschaft einführen. Insofern muss ich dem Herrn Breite recht geben: Bei der SPD scheint immer noch Bad Godesberg präsent zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Es geht doch hier um nichts anderes, außer Sozialismus in einer neuen Form einzuführen. Hier soll eine neue Art der Planwirtschaft entstehen: Wenn du das nicht erfüllst oder jenes nicht erfüllst! Kurzer Tipp: Wenn Unternehmen attraktiv für Mitarbeiter sein wollen und die besten Fachkräfte finden wollen, dann machen die das von selbst, weil der Arbeitsmarkt in Teilen so eng ist, dass man sich selbst darum kümmern muss. Da ist es nicht die Aufgabe von Politikern, das zu tun und denen zu suggerieren, wie das geht. Sie haben ein Wirtschaftsverständnis, mit dem nie Google, Apple, Daimler-Benz und andere große Konzerne auf dieser Welt entstanden wären. Keinerlei Innovation.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube nicht, dass die Politik in der Lage ist, ein Auto selbst zu bauen oder Sonstiges. Überlassen Sie das lieber den Unternehmen und ihren Mitarbeitern. Deswegen werden wir selbstverständlich diesen Antrag ablehnen, weil die AfD-Fraktion *die* Partei der sozialen Marktwirtschaft ist.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist sie! Ich sage Ihnen ganz offen: Ludwig Erhard wäre heute Mitglied in der AfD.

(Beifall bei der AfD - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Das ist so! Da brauchen Sie gar nicht zu lachen. Bei Ihnen dreht er sich im Grabe um, dass eine Partei, die ihn mal zum Bundeskanzler gewählt hat, einen solchen Antrag mitstellt.

(Beifall bei der AfD)

Der wäre bei uns gelandet. Da können Sie sich aber sicher sein. Sie werden im Bund dann mit den Grünen koalieren und wahrscheinlich das alles gemeinsam auf den Weg bringen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist dann nur die Frage, ob die SPD oder die CDU dann noch mitmacht.

Damit ist die Wahl in diesem Lande klar: Es gibt nur eine nichtsozialistische Partei, das ist nämlich die unsere. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird noch weiter das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind FDP und SPD. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP und AfD. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion enthält sich. Dann ist dieser Antrag beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend „Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren“

AN/1882/2021

Zunächst hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben 2020 das Unheil schon kommen sehen: Durch die Änderung des Förderungsschwerpunktes der Landesregierung NRW würde ab 2021 das bewährte Netzwerk von Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen in Köln in eine finanzielle Schieflage geraten und wäre gezwungen, sein wichtiges Angebot einzuschränken oder sogar einzustellen. Quer durch alle demokratischen Fraktionen waren wir der Meinung, dass dieses Netzwerk aber unverzichtbar für Köln ist.

Dieser politische Wille und sicher auch eigene Einsicht hat die Verwaltung dazu veranlasst, die Beschlussvorlage „Sicherung der bestehenden Beratungsstruktur für arbeits- und erwerbslose Personen“ vorzulegen. Darin wurde eine nicht

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 15

ganz auskömmliche, aber das System immerhin rettende Finanzierung aus städtischer Hand vorgeschlagen sowie der Auftrag formuliert, das System unter den geänderten finanziellen Rahmenbedingungen über 2021 hinaus fortzuentwickeln. Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Weiterhin haben wir und die LINKEN als Antragsteller das Dezernat V gebeten, vor der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für 2022 die aktuellen Bedarfe aller Beratungsstellen, zum Beispiel auch die der Frauen gegen Erwerbslosigkeit, festzustellen und zu berücksichtigen. Neun Monate später lese ich die Mitteilung der Verwaltung für den Sozialausschuss wie folgt:

Wegen fehlender Finanzmittel wird das Beratungsnetzwerk totgespart. Die Träger kündigen nun alle leider an, dass sie ihr Angebot ohne die städtische Unterstützung wohl werden einstellen müssen.

Ich frage mich: Was hat den Stimmungsumschwung in der Verwaltung bewirkt? Erst weiter fördern, weil wichtig, und dann totsparen, weil vielleicht doch nicht so wichtig? Vielleicht habe ich es ja nicht mitbekommen, dass in Köln plötzlich die Vollbeschäftigung ausgebrochen ist und damit Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen obsolet geworden sind.

Meine Wahrnehmung ist eine andere. Dieser fiese kleine SARS-COVID-19-Virus hat nicht nur in Köln die Wirtschaft in die Knie gezwungen und Tausende von Jobs gerade im Niedriglohnsektor vernichtet.

Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, die Sie sicher in der Begründung unseres Antrages aufmerksam gelesen haben, dann sprechen die eher für meine These: Die Beratungszahlen sind trotz der coronabedingten Einschränkungen deutlich gestiegen. Gibt es ein besseres Indiz für die Notwendigkeit dieser Angebote?

Fehlende Finanzmittel - das ist ein Thema, mit dem ich mich an Sie, sehr geschätzte Frau Stadtkämmerin, wende, auch wenn sie gerade gar nicht zuhört. Ich beneide Sie nicht um Ihren Job, auch Sie können nur jeden Euro einmal ausgeben. Ich weiß aber, dass eine gute Arbeits- und Erwerbslosenberatung die Stadtkasse nicht belastet, sondern entlastet.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es durch gute Beratung gelingt, Menschen in bestem Fall in Brot und Arbeit zu bringen oder auch nur in ein Hilfesystem zu überführen, das

nicht aus städtischen Mitteln finanziert wird, dann spart die Stadt Köln bares Geld, vielleicht sogar mehr, als die Beratung kostet.

Verehrte Kolleg*innen des Gestaltungsbündnisses, der Presse war zu entnehmen, dass Sie das Thema mit in die Haushaltsplanberatung nehmen möchten. Das ist vielleicht ein kluger Schachzug. In dem ganzen Wust fällt das Totsparen der Erwerbslosenberatung dann nicht so auf.

Aber ich erinnere Sie, liebe Kolleg*innen von CDU und Grünen, an unseren gemeinsamen Beschluss im Januar dieses Jahres. Was hat sich seitdem geändert? Und ich erinnere Sie, liebe Kolleg*innen von Volt, CDU und Grünen, an Ihren eigenen Bündnisvertrag oder - besser gesagt - Ihre Bündnisvereinbarung, wie Sie sie nennen. Darin heißt es:

Arbeit und existenzsichernde Löhne sind Voraussetzung für ein von Hilfeleistungen unabhängiges Leben.

Sie haben sich „Erweiterung und Ausbau der Beratungsstellen“ zum Ziel gesetzt und sich vorgenommen, „kommunale Strukturen der unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren“ fortzuentwickeln.

Genau das können Sie jetzt und heute tun. Also: Geben Sie sich einen Ruck! Ziehen Sie das, was wichtig ist, vor die Klammer der Haushaltsplanberatung und stimmen Sie unserem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine sehr geehrten Anwesenden! Zurück zum realen Kapitalismus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben im August in Ihrer Haushaltsrede gesagt, es gebe keinen Kürzungshaushalt. Leider stimmt das nicht. Das müssen wir einfach jetzt erkennen. Wer von Ihnen in den vergangenen Tagen die Presse aufmerksam gelesen hat, konnte allein zwei Kürzungen nachlesen und erfahren: die Stadtteilmütter und die Erwerbs- und Arbeitslosenzentren.

SPD und DIE LINKE im Kölner Rat haben seit zwei Jahren die Kürzungen der Förderung der Er-

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 16

werbslosenberatungszentren und Arbeitslosenzentren durch das Land NRW immer wieder kritisiert und ein gemeinsames Agieren gegenüber dem Land, gegenüber Politik und Verwaltung eingefordert.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die CDU konnte die Kölner Grünen in den Dauerschlaf wiegen, obwohl die Grünen im Landtag ebenfalls die Fortführung der Finanzierung eingefordert haben. Immerhin kam es dann zu einer Zwischenfinanzierung für dieses Jahr.

Die Bedarfe dagegen - insbesondere bei den Erwerbslosenberatungsstellen - sind erheblich größer geworden. Allein im Jahr 2020 gab es 1 100 Beratungen mehr, insgesamt 6 300. Es ist ein Skandal, dass die Verwaltung den Beratungsstellen Echo, Frauen gegen Erwerbslosigkeit und Zentrum muslimischer Frauen die Mittel nicht erhöht hat, sondern drastisch kürzen will, und zwar auf 11 500 Euro.

Vorstandsfrau Brigitte Erdwig von Frauen gegen Erwerbslosigkeit und Ratsfrau von 1994 bis 1999 hat uns eben eine Petition mit 2 500 Unterschriften für den Erhalt der Kölner Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstruktur übergeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Arbeit dieser insgesamt neun Initiativen und Träger gebührt unseres Erachtens unser Respekt und Anerkennung. Wir stehen an ihrer Seite und sind mit ihnen gemeinsam solidarisch. Wir müssen einen Weg für eine ausreichende Förderung dieser Zentren finden, sonst bricht uns die gesamte Struktur zusammen. Das wäre schlimm und eine Katastrophe.

Mit unserem gemeinsamen Antrag schlagen wir Ihnen drei Fördergruppen, je nach dem Bedarf der Beratungsstelle Arbeit, KALZ, der Erwerbslosenberatungsstellen - dreimal 75 000 Euro - und der Arbeitslosenzentren - dreimal 25 000 Euro - vor. Sie sehen, es sind kleine Geldbeträge, nichts gegenüber den 88,6 Millionen Euro für die Bühnen, die Sie heute wahrscheinlich beschließen werden.

Ich habe gehört, dass CDU, Grüne und Volt unseren Antrag in die Haushaltsberatungen verweisen wollen. Danke dafür! Noch besser wäre, wenn Sie sich gleich in Ihren Reden auf die Bedarfe der Erwerbslosen- und Arbeitslosenzentren positiv beziehen würden und im Prinzip die Finanzierung zusichern würden. Das fände ich fair und richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Erwerbslosen- und Arbeitslosenzentren müssen in der Corona-Pandemie ausreichend unterstützt und gefördert werden. DIE LINKE, die SPD, die Erwerbslosenberatungsstellen, die Arbeitslosenzentren und viele mehr fordern soziale Gerechtigkeit. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bauer-Dahm das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich versuche immer, die Dinge in möglichst einfachen Worten zu erklären. Das ist heute anscheinend auch notwendig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die beiden Parteien SPD und DIE LINKE haben heute einen fürsorglichen Antrag gestellt: Der Rat der Stadt Köln soll sich weiterhin besonders für Menschen ohne Arbeit einsetzen. Erst einmal gut.

Menschen ohne Arbeit nennt man auch „Erwerbslose“. Für Menschen ohne Arbeit gibt es bisher verschiedene Hilfsangebote in Köln. Es gibt Erwerbslosenberatungsstellen, Arbeitslosenzentren und - ganz neu - auch die Beratungsstelle Arbeit. Diese wichtigen Hilfsangebote kosten alle viel Geld. Ein Teil des Geldes kommt von der Stadt Köln.

Der Antrag sagt, dass die Stadt weiter Geld für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung stellen soll. Wofür die Stadt Geld ausgibt, wird immer im Jahr davor von der Verwaltung geplant. Die fertige Planung trägt dann den Namen „Haushalt“. Das hat übrigens nichts mit putzen, kochen und spülen zu tun - für alle, die damit nichts anfangen können. Dieser Haushalt wird dann im Rat der Stadt Köln besprochen und bei Bedarf auch verändert. Für Dinge, die dem Rat dann besonders wichtig sind, kann er etwas mehr ausgeben als für andere Dinge.

Deswegen soll der Rat nun beschließen, dass auch im Haushalt für das Jahr 2022, also nächstes Jahr, Geld an die Einrichtungen für Menschen ohne Arbeit gehen soll. Für die Beratungsstelle Arbeit bekommt die Stadt Geld vom Land Nordrhein-Westfalen. Den Rest bezahlt die Stadt, und das soll auch so bleiben.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 17

Die Erwerbslosenberatungsstellen sollen jährlich mit bis zu 75 000 Euro durch die Stadt finanziert werden. Bisher hat das Land hier die Kosten übernommen. Die Arbeitslosenzentren sollen weiterhin jährlich mit bis zu 25 000 Euro gefördert werden. Das sind sehr gute und wichtige Vorschläge. Die meisten Mitglieder hier im Rat der Stadt Köln wollen diese Hilfsangebote erhalten. Das ist richtig und wichtig. Aber heute ist der falsche Zeitpunkt, um das zu besprechen.

Es gibt im Moment sehr viele Gespräche darüber, wie wir im nächsten Jahr das Geld der Stadt Köln verteilen wollen. Aber das Geld der Stadt Köln ist leider begrenzt.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Die Grünen, die CDU und Volt sind Parteien im Rat. Sie haben seit der letzten Wahl hier die Mehrheit und arbeiten eng zusammen. Dafür haben sie aufgeschrieben, was sie bis zur nächsten Wahl zusammen machen wollen und was nicht. Das, was wir alle nicht machen wollen, ist, im Sozialbereich zu kürzen, auch nicht wegen Corona. Es soll hier keine Probleme wegen zu wenig Geld geben. Das ist aber eben nicht immer einfach - besonders, weil das Land NRW uns weniger Geld für manche Dinge zur Verfügung stellt, leider auch für Menschen ohne Arbeit.

Auch die Grünen, CDU und Volt möchten dringend die gut funktionierenden Strukturen und Angebote für Menschen ohne Arbeit erhalten. Wir werden daher alle hart dafür streiten, unser gemeinsames Ziel „keine Kürzungen im Sozialbereich“ zu halten. Aber versprechen oder beschließen können wir heute noch nichts.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Wir müssen dafür mehr Geld in die Hand nehmen, und das geht eben über den Haushalt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Da wir inhaltlich aber alle übereinstimmen, nehmen wir die Anregung sehr gern mit in die weiteren Gespräche zum Haushalt 2022. Oder in schwerer Sprache: Wir bitten um Verweisung in die Haushaltsplanberatungen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich spreche zunächst einmal die SPD und die LINKEN mit ihrem Antrag an. In Ihrem Antrag fordern Sie - ich möchte es zitieren -

die demokratischen Fraktionen [im Rat] auf, bei den jetzigen Haushaltsberatungen und Beschlussfassungen die jährlichen Haushaltsmittel zur Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren zu erhöhen.

Eine bemerkenswerte Aussage. Da Sie sich sicherlich den demokratischen Fraktionen zurechnen, möchten Sie sich also selbst vom Rat auffordern lassen, Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Wir sind da etwas anders gestrickt. Wir handeln, statt Erklärungen abzugeben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits im August 2020 haben wir gemeinsam mit den Grünen der Verwaltung den Auftrag erteilt, mit den Trägern der Angebote zu besprechen, wie der aufgrund der geänderten Landesförderung notwendige Prozess des Umbaus der Angebote gestaltet werden kann, um das gute Beratungsnetz in Köln zu erhalten. Das hat die Verwaltung auch getan. Wir haben nun Kenntnis davon, wie es weitergehen kann und welche kommunalen Mittel erforderlich sein werden, die bisherigen Angebote aufrechtzuerhalten. Sie nutzen jedoch die Umstrukturierung - das ist wieder an SPD und LINKE gerichtet - der Förderung stets zur Kritik an der Förderpraxis der Landesregierung. Das Land hat aber nicht einfach gekürzt, sondern andere Schwerpunkte gesetzt, und zwar sind die Angebote für prekär Beschäftigte und von Ausbeutung betroffene Menschen intensiviert worden. Das hätten Sie ruhig loben dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun zurück nach Köln: Wir haben hier eine etwas andere Struktur als das übrige Land. Unsere Beratungsstellen in diesem Aufgabenfeld leisten eine umfassende soziale Beratung und Begleitung über das Thema Arbeit im engeren Sinne hinaus. Auch wenn Sie mit Ihrem Antrag den Eindruck erwecken wollen, als wären Sie allein die Retter der Angebote, so bestand doch bisher im Sozialbereich stets Einigkeit über deren Wichtigkeit. Es ist dreist, dem Bündnis zu unterstellen, es wolle die betreffenden Angebote nicht sichern.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 18

Um darüber aber nicht im luftleeren Raum zu diskutieren, sondern die Grundlage für eine Fortführung zu schaffen, beantrage ich - ebenso wie mein Vorredner - einen Verweis in die Haushaltsplanberatungen. Denn nur dort können Mittel gesichert werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Vorab möchte ich noch einmal deutlich machen, dass wir hier heute über ein Thema sprechen, das uns wirklich alle beschäftigt. Ich glaube, wir standen alle in den letzten Tagen und Wochen mit den Verantwortlichen aus den Erwerbslosen- und Arbeitslosenzentren in Kontakt. Wir haben die Sorgen und Nöte gehört, und ich glaube, keiner ist hier unbeeindruckt von dem, was uns dort gesagt worden ist. Ich glaube, das sollten wir hier auch einmal als Konsens feststellen.

(Beifall bei der FDP)

In der Tat ist es so, dass es ärgerlich ist für einen Kommunalpolitiker, für eine Kommunalpolitikerin, wenn Leistungen auf Landesebene gekürzt werden, die in Köln gebraucht werden. Darüber müssen wir uns gar nicht unterhalten. Insofern ist das nachvollziehbar.

Aber ich möchte trotzdem noch einmal das, was Frau Gärtner eben gesagt hat, deutlich machen: Es ist in der Tat nicht so, dass einfach nur soziale Leistungen generell gekürzt worden sind, sondern dass sie umgeschichtet worden sind. Es ist mir auch ganz wichtig in der Beratung, die wir hier heute führen, dass das auch berücksichtigt wird.

Ich möchte auch noch einmal auf den Beschluss des Sozialausschusses zu sprechen kommen. Wir haben uns dort verständigt, zu sagen, die Verwaltung möge bitte prüfen, inwieweit sie die fehlenden Leistungen des Landes ausgleichen kann. Hier wird jetzt ein bisschen so getan, als ob die Verwaltung nicht gehandelt hätte und dass sie - wie war eben noch einmal das Wort? - totsparen würde. Ich bin verwaltungskritisch, das können Sie mir glauben, aber das ist ein unfairer Vorwurf an die Verwaltung.

(Beifall bei der FDP)

Es ist in der Tat nicht so, dass nichts geschehen ist, sondern wir haben durchaus gesehen, dass wir Vorschläge bekommen haben und dass dieser Vorwurf des Totsparens nicht gerechtfertigt ist. Ob das auskömmlich ist - ja oder nein -, das ist eine Diskussion, die wir gern führen können. Das ist auch richtig. Die müssen wir auch führen. Die müssen wir aber nicht hier im Rat führen, die müssen wir in der Tat in den Haushaltsplanberatungen führen. Ich glaube, das ist auch der richtige Ort. Deswegen werden wir der Verweisung zustimmen, weil jetzt die Politik am Zuge ist. Bisher war es die Verwaltung. Das ist das richtige Vorgehen.

Dann möchte ich bitte noch einmal zwei Punkte erwähnen, die von Herrn Detjen angesprochen wurden. Sie haben gesagt, es gibt zwei Themen, einmal die Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen und die Stadtteilmütter. Zum Thema Stadtteilmütter: In der Tat, wir haben am Montag die Demonstration der Stadtteilmütter hier gehabt, und auch das ist ein Anliegen, das auch mir persönlich ganz wichtig ist. Aber ich frage mich, warum Sie heute nur ein Thema hier vorgebracht haben und nicht auch dieses andere Thema, wenn es Ihnen denn so wichtig ist. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass auch ein politischer Winkelzug dahintersteht, dass Sie das heute auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Beifall bei der FDP)

Dann muss ich noch einmal sagen: Ich bin überzeugte Sozialpolitikerin, aber das, was mich immer ärgert, ist dieses Ausspielen von Kultur und Sozialem.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie heute wieder mit den Bühnen kommen und sagen, die bekommen 88,6 Millionen Euro, das fehlt alles wieder im Sozialhaushalt, dann ist das, wie ich finde, auch als Ratspolitiker oder als Ratspolitikerin, die die ganze Stadt und alle Belange in dieser Stadt im Blick haben muss, nicht in Ordnung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag von Grünen und CDU, den Antrag in die Haushaltsberatungen zu verweisen, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN und der SPD. Gibt es

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 19

Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag verwiesen.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Antrag auf Errichtung eines städtischen Denkmals für alle Opfer religiös-ideologisch motivierter Gewalttaten“ AN/1893/2021

Hier hat zunächst Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und im Livestream! Der heutige Antrag ist wohl ein Rückblick auf das 20. und 21. Jahrhundert, aber auch ein Ausblick für die kommenden Generationen.

Wir als AfD-Fraktion konnten schon bei dem Karl-Küpper-Preis ein erfolgreicher Impulsgeber sein.

(Beifall bei der AfD)

Wir sind die Fraktion, die immer wieder betont, dass religiöser Hass oder eine extreme politische Meinung in Köln keinen Platz hat. Dazu gehören Rassismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Kommunismus, Salafismus, Antisemitismus und der damit verbundene Hass und krankhafte Ideologien.

Kommende Generationen müssen mit einem Denkmal aufgefordert werden, sich kritisch mit der Geschichte auseinanderzusetzen, aber noch kritischer die Zukunft zu betrachten. Kranke Ideologien oder religiöse Gewalttaten dürfen keine Rolle mehr spielen.

Geschätzte Kollegen, wir als AfD bedauern es, dass unser Änderungsantrag, den wir in Köln-Portz eingebracht haben, der alle antidemokratischen Strukturen und noch vieles mehr zum Thema hatte, einfach abgelehnt worden war.

Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, im Dezember 2021 unsere Partnerstadt Katowice zu besuchen, um dort an die Ausrufung des Kriegsrechts und die Niederschlagung von Streiks der damaligen Demokratiebewegung zu erinnern.

Aber auch weitere Protagonisten der westlichen Demokratien mussten die Freiheit, ihre Meinung zu vertreten, mit dem Leben bezahlen. Als Beispiel nenne ich Samuel Paty, den Lehrer, der enthauptet wurde, weil er Mohammed-Karikaturen zeigte.

Aber richten wir den Blick zurück nach Deutschland und nach Köln. Einigen Kölnern wird im Gedächtnis sein, dass im September 2008 ein Mordanschlag auf eine Kölner Polizeistreife misslang, die in einen Hinterhalt gelockt worden war. Die Täter gaben an, Waffen erbeuten zu wollen, um in einen heiligen Krieg zu ziehen, um dort Amerikaner zu töten. Zwei von ihnen, inzwischen volljährig, reisten dann 2013 nach Syrien aus.

Genauso erschütternd sind der Nagelbombenanschlag auf der Keupstraße und der Anschlag auf der Probsteigasse. Beide Anschläge hatten klar das Ziel, Menschen zu töten, die nicht in das Weltbild einiger weniger passen. Und dafür gibt es in Köln keinen Platz.

(Beifall bei der AfD)

Diese Gewalttaten verurteile ich und verurteilt meine Fraktion auf das Schärfste.

Meine Damen und Herren, das Denkmal an der Keupstraße ist in der finalen Realisierung. Das begrüßen wir sehr.

Wir möchten aber nicht nur den Opfern von rechter Gewalt und Rassismus gedenken. In Köln ist es - und das bedauern wir noch mehr und zutiefst - offenbar nicht mehr möglich, mit einer Kippa auf der Straße herumzulaufen. Wir waren entsetzt über den Hass, die Feigheit und die Brutalität, die der Antisemitismus in Köln und in Deutschland annimmt.

Für viele Kölner ist es unfassbar, dass zwei Täter einen jungen Mann feige und hinterhältig krankenhaushausreif schlugen, nur weil er eine Kippa trägt. Das Ausmaß an Gewalt hat eine unvorstellbare Dimension angenommen.

(Zuruf: Und ihr seid die Brandstifter! - Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: So ist es!)

- Das hätten wir gern fürs Protokoll.

Meine Damen und Herren, es wird für unsere jüdischen Mitbürger immer schwerer, den höchsten jüdischen Feiertag, der übrigens heute gefeiert wird, Jom Kippur, in Frieden zu begehen.

In Hagen gab es gestern Mittag eine mögliche Gefährdungslage, schrieb Radio Köln. Die Synagoge musste von starken Polizeikräften abgeriegelt werden. Der Gottesdienst zum Jom Kippur musste abgesagt werden.

Unser Grundgesetz und die Konsequenz unserer Geschichte machen uns klar: Wir müssen zu un-

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 20

serer Verantwortung stehen. Kein Veedel für Antisemitismus. Kein Veedel für Rassismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Kommunismus, Salafismus und Sexismus. In Köln gibt es keinen Platz für religiös-ideologische Straftaten. In Köln gibt es keinen Platz für Extremismus.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE] - Weitere Zurufe)

Mein dringender Appell an Sie - hören Sie genau zu, Sie da hinten -: Zeigen Sie überparteilich Rückgrat - auch Sie, Herr Weisenstein. Zeigen Sie Rückgrat. Lassen Sie uns doch heute gemeinsam ein Signal an alle Kölnerinnen und Kölner senden. Lassen Sie uns gemeinsam ein Denkmal für Köln beschließen, das sich kritisch mit der deutschen Geschichte auseinandersetzt und wegweisend für die Zukunft sein kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich um Handzeichen, wer diesem Antrag zustimmen wünscht. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6.

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit“ AN/1890/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1973/2021

3.1.5 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP betreffend „Dezernat IX wieder auflösen - Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen“ AN/1570/2021

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Die Oberbürgermeisterin muss für Transparenz bei der Nicht-Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat IX sorgen“ AN/1895/2021

Ich beginne in der Rednerliste mit Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Sehr viel lieber wäre es uns gewesen, wenn heute auch der neue Dezernent für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit, den wir am 24. Juni gewählt haben, seine Antrittsrede gehalten hätte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Die Umstände, die dazu geführt haben, dass das nicht der Fall ist, kennen wir alle, beurteilen sie aber offensichtlich unterschiedlich.

Das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt sieht keinerlei Anlass, am Verfahren der Dezernatsbesetzungen in der Stadt Köln irgendetwas zu ändern. Die Abläufe entsprechen exakt den Vorgaben der Gemeindeordnung und den Richtlinien der Bezirksregierung.

Wir beauftragen die Verwaltung heute in der vorgegebenen Weise, das Besetzungsverfahren neu zu starten. Die Verfahrenshoheit liegt bei der Oberbürgermeisterin. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben. Der Ausschreibungstext liegt dem Antrag bei. Eine professionelle Personalberatungsagentur wird beauftragt. Es gilt selbstverständlich das Prinzip der Bestenauslese.

Insofern halten wir den Änderungsantrag der LINKEN für unnötig. Wie bei den bisherigen Besetzungsverfahren auch, wird auch bei diesem die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben sichergestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Auch den SPD-Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.5 lehnen wir ab. Die Schaffung des neuen Dezernats IX für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit ist die richtige Antwort auf die vor uns liegenden Herausforderungen.

Wo, wenn nicht in einem solchen Dezernat, könnten beispielsweise die Probleme einer von Leerstand bedrohten City gelöst werden? Wenn wir gemischte und lebendige Quartiere erhalten und entwickeln wollen, benötigen wir Stadtentwicklungskonzepte, die unseren Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 21

Eine weitere Säule dieses Dezernats wird die Digitalisierung sein. Auch diese ist hier bestens aufgehoben. Köln soll sich zu einer Smart City entwickeln. Das verlangt geradezu nach einer engen Verzahnung von Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Und zuletzt: Köln ist keine Insel. Als Wirtschaftsstandort und Lebensraum brauchen wir die Region, und die Region braucht uns. Stadtentwicklung muss also immer in Zusammenarbeit mit den Kommunen im Umland stattfinden.

Das Bündnis ist überzeugt davon, dass die Schaffung dieses Dezernats mit diesem Zuschnitt nicht nur angemessen, sondern auch notwendig ist. In diesem Dezernat bündeln wir zentrale Themen, die die Entwicklung der Metropole Köln stark prägen, und wir stärken strategisch den Verwaltungsvorstand unserer Stadt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Nachricht vom Rückzug von Niklas Kienitz, angeblich wegen persönlicher Anfeindungen, am 24. Juli dieses Jahres schlug ein wie eine Bombe. Die Berichte über das regierungsamtlich festgestellte Fehlen der notwendigen Qualifikation des zuvor nur mit sehr knapper Mehrheit Gewählten verfehlten ihre Wirkung ebenfalls nicht.

Im Ergebnis war das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt blamiert, die Oberbürgermeisterin war bloßgestellt, und unsere Stadt erschien mal wieder in einem schlechten Licht aus Klüngel und halbseidenen Machenschaften.

(Beifall bei der AfD)

Wir alle waren fassungslos angesichts der Vorgänge und Machenschaften, von denen wir doch glaubten, sie längst hinter uns gelassen zu haben.

Doch wie konnte es so weit kommen? Das muss man Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, liebe CDU, liebe Voltis, heute fragen. „Posten vor Inhalten“ scheint das Motto Ihres fragilen Bündnisses zu sein. Dezernatenposten wurden nach Parteibuch untereinander aufgeteilt, besetzt

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

und damit die Stadtverwaltung zulasten der Steuerzahler aufgebläht. - So weit, so machbesoffen.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Als es aber um die Stelle des neuen Stadtentwicklungsdezernenten ging, haben Sie den Bogen vollends überspannt. Sie haben sich dazu entschieden, die Stelle auf eine bestimmte Person nach deren Wünschen zuzuschneiden. Statt das neue Dezernat nach sachpolitischen Erwägungen zu strukturieren, wurde ein Zuschnitt gewählt, der fachlich weder einleuchtend noch sachlich begründbar war. Hinzu kam ein intransparentes Ausschreibungsverfahren, bei dem trotz hoch qualifizierter Bewerbungen angeblich nur der Bewerber aus dem Ratsbündnis übrig blieb, dessen Name bereits während der Koalitionsverhandlungen in der Presse für das Amt gehandelt wurde. Das hatte mehr als nur ein Geschmäcke.

Gerade die Verstrickung von Herrn Kienitz in die Stadtwerke-Affäre von 2018 zeigt, dass insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU nichts gelernt haben.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch in aller Deutlichkeit sagen: In der Stadtwerke-Affäre hat sich niemand der Beteiligten mit Ruhm bekleckert. Fehler wurden auf allen Seiten gemacht - gerade auch in der Fraktion, die ich heute als Vorsitzender vertrete.

Aus diesen Fehlern gelernt und entsprechende Konsequenzen gezogen hat aber anscheinend nicht alle Fraktion in gleichem Maße. Insbesondere die CDU erscheint hier völlig ignorant zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Wie sonst kann man auf die Idee kommen, mit Niklas Kienitz - ganz unabhängig von der fehlenden fachlichen Qualifikation -

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

eine der zentralen Figuren der Stadtwerke-Affäre für ein Amt vorzuschlagen, das zuvor extra für ihn geschaffen wurde?

Es waren aber nicht nur die CDU, die hier eine Selbstbedienungsmentalität an den Tag gelegt hat, sondern auch andere in diesem Raum Anwe-

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 22

sende, die das Vorhaben, Niklas Kienitz den Dezernentenposten zuzuschustern, maßgeblich unterstützt haben. So haben leider auch die Grünen mal wieder den Kompass verloren und dieses für Köln so schädliche Machtspiel mit ihren Stimmen erst möglich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Zudem bin ich den Kolleginnen und Kollegen der CDU sehr dankbar, dass sie in ihrer eigenen Pressemitteilung deutlich gemacht haben, dass es Oberbürgermeisterin Reker war, die das Verfahren geführt und somit verantwortet hat.

Neben der Ermöglichung dieses Postendeals, den Sie, Frau Oberbürgermeisterin, in der eigentlichen Stadtwerke-Affäre, also in einem anderen Fall, noch theatralisch vorgaben, verhindern zu wollen, scheinen Sie nun beim Führen des Verfahrens auch noch vergessen zu haben, den Rat, die Presse und auch die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß darüber zu unterrichten, was Sie wann wussten und mit wem Sie dieses Wissen wann teilten.

Wie kann es ansonsten sein, dass Sie von der Regierungspräsidentin per SMS über das sich abzeichnende Scheitern des Kienitz-Verfahrens informiert wurden und später behaupteten, dass Sie von nichts wussten?

Wie kann es zudem sein, dass die in Ihrem Amt einsehbare Akte dünn wie eine Speisekarte ist und keinerlei Aussagen über Auswahlkriterien und Bewertungen der übrigen Bewerber enthält?

Wie kann es sein, dass Anfragen zur Aufklärung dieses Klüngelskandals von Ihrer Verwaltung in einer Art und Weise beantwortet werden, die an Arbeitsverweigerung grenzt?

(Beifall bei Teilen der SPD - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie kann es also sein, dass Sie an der Bewerbung von Niklas Kienitz festgehalten haben, als sich abzeichnete, dass diese scheitern würde?

Hier muss endlich eine umfassende Aufklärung erfolgen. Und da sind gerade Sie, Frau Oberbürgermeisterin, gefordert. Sagen Sie endlich, was Sie wissen. Sagen Sie endlich die Wahrheit, und hören Sie auf, uns und die Öffentlichkeit weiter für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Genauso wichtig wie die Aufklärung der Postenaffäre ist für uns Sozialdemokraten aber, nun den

Blick wieder auf das Wohl der Stadt zu richten und konstruktiv an der Lösung dieser Vertrauenskrise zu arbeiten.

Dies kann nicht gelingen, wenn wir an der Struktur eines Dezernats festhalten, das für einen Mann gestrickt wurde, der nun gar nicht mehr zur Wahl steht.

Lassen Sie uns gemeinsam die Aufblähung der Stadtverwaltung rückgängig machen und unnötige Kosten für den Steuerzahler einsparen.

Lassen Sie uns hier und heute über eine Struktur abstimmen, die unterschiedliche Ämter der Stadtverwaltung wieder nach sachpolitischen Erwägungen in einem Dezernat bündelt.

Dabei halten wir Sozialdemokraten es für zentral, dass die Bereiche -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben Ihre Redezeit bereits lange überschritten.

Christian Joisten (SPD): Ich bin sofort fertig, Frau Reker.

- Stadtentwicklung, Stadtplanung und Bauen in einem Dezernat zusammengefasst sind, damit die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum endlich vorankommt. Das sind wir den vielen Kölnerinnen und Kölnern schuldig, die verzweifelt nach einer neuen Wohnung suchen und nichts Bezahlbares mehr finden.

Lassen Sie uns also jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass endlich Schluss ist mit dem Postengeschacher, dass endlich Sachpolitik vor Machtpolitik in diesem Rat und in dieser Stadt gestellt wird.

Deshalb werbe ich um Zustimmung zu unserem Antrag, das Kienitz-Dezernat wieder aufzulösen und somit auf eine erneute Ausschreibung dieses nun politisch auch im höchsten Maße vorbelasteten Postens zu verzichten. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir heute die Kraft dazu gemeinsam aufbringen würden, und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Ich finde es schon sehr bemerkenswert, Herr Joisten, was Sie sich hier heute erlauben und wie Sie die Fakten verdrehen.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 23

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Hohen Hause ja schon viele Dinge zu Wahlkampfzeiten gehört. Aber ich muss wirklich sagen, lieber Christian Joisten: Das, was hier gerade erzählt wurde, war unterirdisch und diesem Hause nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Die Zeitungen haben viel geschrieben. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten viel lesen können. Fangen wir einmal mit den einzelnen Teilbereichen an.

Beginnen wir mit dem Thema Ressortzuschnitt. Auch hier wurde ja gerade wieder behauptet, das würde alles gar nicht zueinanderpassen. Dabei sind Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit doch mit die wichtigsten Funktionen, die wir in dieser Stadt haben - neben dem Thema Nachhaltigkeit, an anderer Stelle.

Diese Bündelung der Querschnittsfunktionen haben wir teilweise in dieser Stadt auch schon gehabt. Gerade die Zeit, als das Thema Wirtschaft zusammen mit der Stadtentwicklung in den Händen von Klaus Otto Fruhner lag, war eine der besten Zeiten, die wir hier hatten. Daran wollen wir wieder anknüpfen.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund kann ich nur die Fehlbehauptung zurückweisen, hier wären irgendwelche Ressorts personell zugeschnitten worden. Nein, es macht absolut Sinn, diese Ressorts zusammenzuführen und damit in gebündelter Form unsere Stadt voranzubringen. Und genau deshalb haben wir es gemacht.

Das Zweite, was hier kritisiert worden ist, ist die Zahl der Dezernate. Wir hören auch immer wieder, wir hätten zu viele Dezernate. Ich möchte das - ich habe das an anderer Stelle schon einmal im Rat gesagt - noch einmal in den Vergleich setzen. 15 Referate, vergleichbar mit unseren Dezernaten, gibt es in München als einer Stadt mit 1,5 Millionen Einwohnern, also nur 400 000 Bürgerinnen und Bürgern mehr. Frankfurt steuert die Geschichte einer 750 000 Einwohner umfassenden Stadt

ebenfalls mit zehn Dezernaten. Man kann also sagen, dass wir eine angemessene Zahl haben. Wir haben auch neue Aufgaben in dieser Stadt, und das muss geschafft werden.

Dann kommen wir einmal zum letzten Punkt. Auch das wurde hier gerade wieder behauptet. Es wurde behauptet, Niklas Kienitz wäre nicht geeignet gewesen. Woher wissen Sie das denn überhaupt?

(Beifall bei der CDU)

Die Bezirksregierung hat überhaupt nicht entschieden, ob er geeignet ist oder nicht. Das ist doch die Wahrheit - und nicht das, was hier behauptet wird.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle deutlich: Wir haben hier auch ein parteipolitisches Spiel. Wir haben eine sozialdemokratische Chefin in der Zeughausstraße.

Und ich kann für unsere Fraktion sagen: Wir werden intensiv über eine Dienstaufsichtsbeschwerde prüfen lassen,

(Beifall bei der CDU)

warum hier interne Vorgänge in die Öffentlichkeit gekommen sind und warum hier auch in Verfahren eingegriffen wird.

Ich erinnere nur daran, dass wir alle letzte Woche aus der Zeughausstraße unaufgefordert einen Leitfaden bekommen haben. Dabei sind wir doch gar nicht die Ansprechpartnerin. Wir reden hier von der Kommunalaufsicht, und die Kommunalaufsicht spricht mit unserer Verwaltungschefin, und das ist unsere Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der CDU)

Wie auf Bestellung gab es dann direkt ein Anspringen der Linkspartei. Auch dort ist das wieder, kann man sagen, bestellt worden. Es kommt der Leitfaden, und ein paar Stunden später steigt die Linkspartei darauf ein. - Alles das muss man prüfen.

Deshalb kann ich nur sagen: Wir lehnen den Antrag auf Auflösung dieses Dezernats ab. Das Dezernat ist sachgerecht, und das, was hier veranstaltet wird, ist ein offener Klamauk.

Dann kommen wir noch einmal zurück zu dem Verfahren. Dieses Verfahren, das hier in Köln seit 2015 in den verschiedensten Fällen - und da ist auch ein Sozialdemokrat herausgekommen - angewandt worden ist, ist bisher nie - nie! - von der Bezirksregierung in irgendeiner Form kritisiert

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 24

worden. Im Gegenteil: Wir haben das Verfahren unter der Leitung der Oberbürgermeisterin nach der Gemeindeordnung in vorbildlicher Form umgesetzt.

Das ist doch die Realität hier in unserer Stadt - und nicht das, was Sie hier permanent aus Wahlkampfgründen und mit sehr offensichtlichen Hintertgedanken entsprechend beabsichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen wir noch einmal zu dem Änderungsantrag der LINKEN. Sie wollen hier große Auswahlrunden machen. Das Thema Transparenz spielt für Sie im Prinzip die einzige Rolle. Wie ich in meiner letzten Ratsrede im Gürzenich schon gesagt habe, ist doch das Wichtigste, dass wir Bewerberinnen und Bewerber den Schutz geben, dass vorzeitig keine Informationen herausgehen. Denn sonst bekommen wir nicht mehr die Besten für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Und das ist genau etwas, was wir nicht wollen. Wir wollen die Besten für unsere Stadt.

Ich möchte noch einmal betonen - und da auch die Lanze für Niklas Kienitz brechen, der leider heute aus einem sehr traurigen Anlass verhindert ist -: Niklas Kienitz hat sich einem ordentlichen Verfahren gestellt und war am Ende des Verfahrens der Beste.

Und genau das ist es, was wichtig ist - auch für alle anderen Verfahren, die wir bekommen. Wir sollten hier auf der bewährten Spur weitermachen und dafür sorgen, dass wir diesen Verwaltungsvorstand, der in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet hat - mit der Oberbürgermeisterin an der Spitze -, weiter stärken.

Deshalb werben wir für unseren Antrag und werden alle anderen Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Wir haben mit SPD und FDP den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.5 gestellt, da wir wesentliche Kritikpunkte an dem Zuschnitt des Dezernats haben.

Regionales ist in einer Wachstumsregion mit angespanntem Wohnungsmarkt eng verbunden mit der Wohnungsfrage. Die Wohnungsfrage kommt in dem neuen Dezernat jedoch zu kurz. Das ist ein sehr großer Fehler. Wir wissen, dass wir bis dato alle Wohnbauziele weit verfehlt haben. Mit dem neuen Zuschnitt haben Sie es versäumt, dem Thema Wohnen das Gewicht zu verleihen, welches erforderlich und notwendig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht hinnehmbar, dass Regionales nur im Hinblick auf Stadtentwicklung, Digitalisierung und Wirtschaft bearbeitet wird. Regionales ist eine Querschnittsaufgabe. Jedes Dezernat muss den regionalen Gedanken in sich tragen. Da nutzt ein separates Dezernat wenig. Wohnen, Verkehr, Gewerbe, Nahversorgung, Grünflächenentwicklung, Bildung und Kultur: Das alles erfordert regionales Denken.

Die neue Dezernatsverteilung ist nicht geeignet, die Aufgaben der Stadt und der Region zu stemmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den Kosten hat Herr Joisten schon einiges gesagt. Da möchte ich mich gerne anschließen. Eine weitere Aufblähung der Verwaltung möchten wir nicht.

Für den Fall, dass unser Antrag keine Mehrheit findet, haben wir weitere Überlegungen angestellt, wie ein neues Ausschreibungsverfahren auszusehen hat. Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Ich möchte die einzelnen Punkte kurz vorstellen. Denn das ist uns wichtig. Nach der letzten Ratssitzung am 18. August 2021 ging es ja wirklich munter her. Da war Highlife in allen Gassen in diesem Rat.

Wichtig ist uns, dass der Leitfaden der Bezirksregierung Köln mit seinen 13 Punkten strikt angewendet wird.

(Beifall bei der LINKEN - Bernd Petelkau [CDU]: Haben wir ja!)

- Dazu komme ich gleich.

Ich möchte noch zur Kenntnis geben, dass wir in Erfahrung bringen konnten, dass der Leitfaden erstellt wurde, weil es immer wieder Probleme mit Beigeordnetenwahlen in den kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Köln gegeben hat. Dieser Leitfaden ist mit dem Ministerium für Kommunales abgestimmt und den anderen Bezirksregierungen

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 25

zur Kenntnis gegeben und auch zur Verfügung gestellt worden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Das ist ja schon einmal eine sehr wichtige Information, finde ich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: CDU-Ministerium!)

Diese 13 Punkte des Leitfadens orientieren sich an der Regelung des § 71 Gemeindeordnung NRW und der aktuellen Rechtsprechung. Wenn man sich den Leitfaden genau anschaut, sieht man, dass darin auch viele Entscheidungen von Verwaltungsgerichten und Oberverwaltungsgerichten zitiert werden.

Für ein transparentes, demokratisches und regelkonformes Verfahren sind wir gut beraten, uns an den Leitfaden zu halten.

Es kann nicht die Aufgabe des Personalberatungsunternehmens sein, die Auswahlgespräche zu führen, sondern es darf diese lediglich vorbereiten. Das ist aber in Ihrem Antrag so dargestellt. So können wir das nicht stehen lassen.

Die Geheimhaltung von Bewerber*innen gegenüber dem Rat muss ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang darf es aber auch keine Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Personalberatungsunternehmen über die Geheimhaltung von Bewerber*innen geben. Denn eine solche ist für Ratsmitglieder nicht bindend. Dies führt dann auch eventuell dazu, wenn man sein Recht sucht, dass das ein regelunkonformes Verfahren wird.

In der Ratssitzung am 18. August dieses Jahres wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Geheimhaltung ein wichtiger Faktor sei, weil Bewerber*innen ein besonderes Interesse daran haben. Das ist selbstverständlich und nachvollziehbar. Deshalb hat der Rat die Möglichkeit, nach § 30 GO die Geheimhaltung gesondert zu beschließen. Damit würden wir den Bewerber*innen zumindest die Befürchtung nehmen, dass deren Name dann in die Öffentlichkeit kommt. Also sollten wir das machen. Das wäre auch eine Möglichkeit, da voranzugehen.

Für ein Verfahren, das viele Ratsmitglieder einbindet, ist eine Findungskommission ein sehr guter Weg. Andere Kommunen machen es uns vor. Köln sollte auch diesen Weg einschlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte gerne zum Schluss noch auf einen wichtigen Punkt eingehen. Tatsächlich bewegen wir uns bei der Dezernatswahl in einem Spannungsverhältnis zwischen den Regelungen des § 71 Gemeindeordnung, konkretisiert durch die Rechtsprechung, und dem Wunsch, dass sich fachlich sehr gut qualifizierte Menschen in Köln bewerben. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir diese Problematik als LINKE sehen und auch erkennen. Nichtsdestotrotz sind wir alle hier im Rat an gesetzliche Vorgaben gebunden.

Unser Änderungsantrag bietet die Möglichkeit, dieses Spannungsverhältnis aufzulösen und uns darauf zu konzentrieren, qualifizierte Menschen nach Köln zu holen - und das in erkennbar transparenten Verfahren, nicht nur im Rat, sondern auch in der Stadtgesellschaft.

Ganz zu guter Letzt - meine Redezeit ist fast vorbei -: Herr Petelkau, Sie haben gesagt, es sei bisher immer wunderbar in diesem Rat gelaufen. Ja, wo kein Kläger, da auch kein Richter. Wir haben hier ein Verfahren angestoßen, weil wir bestimmte Sachen nicht in Ordnung finden. Nur weil es in der Vergangenheit gut gelaufen ist, heißt das nicht, dass diese Verfahren allesamt in Ordnung waren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich an die letzte Ratssitzung. Da hat meine Vorrednerin eine Rede gehalten, die mir nicht gefallen hat. Ich bin hier ja ein leidenschaftlicher Debattenredner. Aber bei bestimmten Sachen, insbesondere wenn es um Personen geht, muss man auch wissen, welchen Ton man findet. Man muss auch nicht alles sagen, was einem aufgeschrieben wird. Das war, Herr Joisten, heute bei Ihnen so. Das können Sie besser.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Das können Sie besser. Denn es geht hier auch um einen Menschen. Das muss man auch einmal sagen. Er hat das Recht, sich zu bewerben. Wir können dann alle unterschiedlich beurteilen, wie das Verfahren war. Aber er hat auch das Recht, sich zu bewerben. Dann muss man aufpassen, ob man das nachher alles mit seinem Namen verbindet.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 26

Das wollte ich hier nur einmal sagen, weil ich ja schon ein bisschen länger im Rat bin und hier viele Verfahren gesehen habe. Es gab Findungskommissionen - die haben auch kein gutes Ergebnis gebracht - und andere Verfahren.

Man kann das sicherlich verbessern. Da kann man sich auch einmal zusammensetzen. Jeder kann sich optimieren. Da sind wir uns sicherlich einig.

Aber wir sollten aufpassen, dass wir hierbei nicht selber über die Stränge schlagen. Denn - das wissen alle, die schon einmal in solchen Verfahren drin waren und ein Vorschlagsrecht gehabt haben - so sehr haben sich die Verfahren - da kann ich aus meiner Erfahrung sprechen - nicht verändert, dass man sagen könnte, dass hier jetzt etwas ganz Besonderes passiert wäre. Vielmehr war das ein Verfahren, das ich in dieser Form auch üblicherweise kenne.

Neu war nur, dass sich die Bezirksregierung - in welcher Form sie kommuniziert hat, will ich jetzt gar nicht nachforschen - derart eingemischt hat und dass Sachen bei der Presse waren, bevor die Oberbürgermeisterin oder wir sie bekommen haben. Immerhin sollen wir den Beigeordneten ja wählen. Denn auch wenn dankenswerterweise die Oberbürgermeisterin das Verfahren übernommen hat, um hier eine Lösung zu finden und einen Personalvorschlag zu machen, ist es unser originäres Recht, den Dezernenten zu wählen.

Daher hätte ich eigentlich erwartet, dass die Kommunalaufsicht uns das über die Oberbürgermeisterin dann zur Verfügung stellt - aber nicht in dieser Art und Weise, wie das hier passiert ist. - Das wollte ich nur einmal in der Sache sagen.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Aber - das weiß auch das Ratsbündnis, glaube ich - die FDP war da immer eindeutig. Wir haben die Strukturierung so abgelehnt. Darum haben wir auch die Kandidaten nicht gewählt. Dann ist es auch logisch, dass Sie uns jetzt auf diesem Antrag stehen sehen. Denn wir wollten das nicht. Das hatten wir immer deutlich gemacht und es auch beantragt. Darum ist das eine inhaltliche Begründung. Ich wollte hier noch einmal zum Ausdruck bringen, dass wir das jetzt nicht mitmachen, weil das von uns vorher auch immer so kommuniziert worden ist. Darum stehen wir auf diesem Antrag auch drauf. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde gerne noch einmal ein bisschen zurückgehen. 2018 im Zuge der Stadtwerke-Affäre war ich jüngere Kölnerin - jünger als jetzt zumindest - und noch nicht sonderlich politisch. Ich war interessiert, aber nicht politisch aktiv. Die Details dieser Affäre habe ich damals nicht verfolgt und auch irgendwie gar nicht richtig mitbekommen.

Aber eine Sache werde ich nie vergessen - und das hat mich richtig aufgeregt -: dass die Politikerinnen und Politiker dieses Gremiums der Stadt Köln, des Rates der Stadt Köln, sich anschließend monatelang mit sich selbst beschäftigten statt mit den Lebensbedingungen der Kölnerinnen und Kölner und das dann auch noch in Interviews selbstbewusst kommuniziert haben. Das habe ich nicht verstanden.

Diese politische Kultur hat zu dem Eindruck beigetragen, dass es den früheren Politiker*innen Kölns, unserer gemeinsamen Stadt, in erster Linie um ihr eigenes Wohlergehen und um ihren eigenen Machterhalt geht statt um das Wohlergehen der Menschen, die in dieser Stadt leben.

Nun bin ich seit einem Jahr Teil dieses Rates. Ich bin Teil dieses Gremiums, in dem man sich jetzt fast zerfleischt, wenn es darum geht, Personen zu finden, die diese Stadt nach vorne bringen sollen und die gemeinsam konkrete Lösungen suchen sollen, um die Herausforderungen unserer Stadt anzugehen.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Kritik in unserem politischen System und im öffentlichen Diskurs ist notwendig, und dass man den Fraktionen des Gestaltungsbündnisses, zu dem ich ja auch gehöre, ganz genau auf die Finger guckt, halte ich für unheimlich wichtig und in einer Demokratie unerlässlich.

Lassen Sie uns bitte jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam nach vorne blicken, sodass die unglaublich wichtigen Themen der Stadtentwicklung, der Wirtschaft, der Digitalisierung und der Regionalen Zusammenarbeit endlich in der Verwaltungsspitze angegangen werden können.

Denn wir gemeinsam können den Kölnerinnen und Kölnern doch nicht ernsthaft erzählen, dass

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 27

wir uns seit einem halben Jahr schon wieder nur mit uns selbst beschäftigen,

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

anstatt die Digitalisierung Kölns voranzubringen, anstatt mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Köln auch für die Folgen des Klimawandels und der Klimakrise gewappnet ist und nicht noch stärker dazu beiträgt, und anstatt für Wirtschaft zu sorgen, die zukunftsfähig ist und nicht im 20. Jahrhundert stecken bleibt.

Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Beschließen Sie mit uns den Antrag zur Besetzung dieses Dezernates, damit es endlich vorgehen kann in der Verwaltung und wir die Stadt Köln stark machen können. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Steuerzahler! Köln blamiert sich weiter. Die Diskussion hier ist auch eine einzige Blamage. Herr Petelkau, Sie haben mir - nämlich dem, was ich gesagt habe, als wir es auflösen wollten - eigentlich de facto gerade mit Ihrer Rede recht gegeben. Hier scheint wohl schwarzer Klüngel versus roten Klüngel zu agieren. Anders kann ich mir das Ganze, was Sie hier gesagt haben, nicht erklären.

Das zeigt auch, dass wir ein grundlegendes Problem bei der Besetzung von Spitzenbeamtenposten haben. Wir haben eine Verbonzung und eine parteipolitische Inanspruchnahme dieser Posten, die einfach ungesund ist.

(Beifall bei der AfD)

Das schwächt das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Demokratie und staatliche Institutionen.

Frau Glashagen, Sie haben soeben gesagt, dass wir uns gerade selbst beschäftigen. Aber Sie sind mittlerweile Teil dieses Ratsklüngelbündnisses. Sie machen da mit. Sie schreiben jetzt den Posten einfach neu aus, als ob nichts gewesen ist.

Es ist ein arroganter Schlag der Macht ins Gesicht der Steuerzahler, der vielen Corona-Geschädigten in dieser Stadt und auch der Flutopfer im Kölner Umland, dass jetzt dicke Posten ausgeschrieben werden und man einfach weitermacht. Man hätte hier einmal ein Signal der Bescheidenheit setzen können und einfach auf die Besetzung dieser Posten verzichten sollen.

Aber der Reihe nach: Eine Kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Kämmerling hat ergeben, dass die Oberbürgermeisterin - und die muss jetzt wirklich für Transparenz sorgen - mit der zuständigen Landesministerin von der CDU, Frau Scharrenbach, telefoniert hat. Angeblich soll Frau Reker nur ihre Sichtweise der Ministerin dargelegt haben. Es erscheint wenig glaubhaft, dass es da keinen Austausch zwischen den Damen gegeben hat.

Dann gibt es auch Medienberichte, dass die Frau Oberbürgermeisterin mit der Regierungspräsidentin von der SPD, Frau Walsken, in engem Kontakt via SMS stand. Zuvor hatte die Frau Oberbürgermeisterin noch verlautbaren lassen, dass es keinen Kontakt gab. Was denn jetzt? Frau Reker, hat Sie die Bezirksregierung über die mögliche Ablehnung vorgewarnt oder nicht?

Die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Sven Tritschler von der AfD hat außerdem ergeben, dass Polizei und Staatsanwaltschaft außer den Presseberichten nichts von Anfeindungen oder Bedrohungen gegen Herrn Kienitz wissen. Es liegen also keinerlei Anzeigen vor.

Warum?

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, warum? Warum? Soll da etwas vertuscht werden?

Der gesamte Vorgang um die Besetzung des Dezernats IX macht misstrauisch. Damit meine ich auch schon den politischen Entschluss wie auch die Tatsache, dass der Name Kienitz schon zuvor in den Medien herumgeisterte.

Waren die Bedrohungen und Anfeindungen etwa nur ein Scheinargument? Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Wenn da etwas war, dann wird das mit aller Härte des Gesetzes verfolgt. - Aber wenn da nichts war und das einfach nur eine Ausrede war, dann ist das verwerflich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 28

Dann stehen hier auch noch die laut Oberbürgermeisterin unwahren Behauptungen des früheren grünen Ratsherren Frank zu der Causa Kienitz im Raum. Warum wird nicht rechtlich dagegen vorgegangen? Ich kenne eine sehr gute Medienrechtskanzlei am Friesenplatz, Frau Reker. Ich glaube, Sie kennen sie auch. Beauftragen Sie sie doch einfach einmal, damit Herr Frank seine Aussagen zu der ganzen Causa unterlässt. Oder ist doch ein Funken Wahrheit dabei?

Es entsteht also ganz offensichtlich der Eindruck, dass hier vertuscht und verschleiert werden soll.

Die Neuausschreibung soll schnell gestartet werden. Ich bin gespannt, wann der erste Name aus dem CDU-Umfeld kursieren wird, der da mit einem wohl dotierten B8-Posten versorgt werden soll.

Der Rat hätte das bereits stoppen können. Wir hatten als AfD-Fraktion ja einen ähnlichen Antrag eingebracht. Warum wurde er denn dann abgelehnt? Er hätte nämlich ein Signal gegen die ganze Klüngerei setzen können, um das Vertrauen der Bürger in unsere Stadt und ihre Institutionen zu stärken. Aber er wurde ja nur abgelehnt, weil er von der AfD war.

Die Oberbürgermeisterin muss hier endlich für Transparenz sorgen. Nur so kann das Vertrauen in die Verwaltung und in die Besetzung von Spitzenpositionen wiederhergestellt werden. Frau Reker, Sie haben bei der Stadtwerke-Affäre gegen den Parteienklüngel gestanden. Dafür auch noch einmal unser Lob. Dann sorgen Sie auch jetzt für Transparenz und Aufklärung.

Wir stehen selbstverständlich weiter für die Auflösung des Dezernats IX. Wir werden diesem Antrag auch entsprechend zustimmen und fordern die Frau Oberbürgermeisterin auf, endlich hier für Offenheit und Transparenz zu sorgen. Denn Köln kann es besser. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im World Wide Web und auf der Zuschauertribüne! Liebe alle! Vorab ein Zitat. Der sehr gute Redner der Die PARTEI hatte in einer mehr gestammelten als gehaltenen Spontanrede in der

ungefähr 5. Ratssitzung des Kölner Stadtrates im März 2021 mit folgenden Worten geendet:

Die PARTEI vergisst nicht. Wir werden den Antrag dann wohl in einer anderen Sitzung noch mal stellen.

Anlass war damals der sehr gute Antrag „Wieder Ärger um Kölner Spitzenamt“, der unverständlicherweise vom Verwaltungsbündnis einfach von der Tagesordnung genommen worden ist. Der Antrag, so Frau Martin von den Grünen - ich erwähnte es auch schon mal -, habe sich erledigt. Die PARTEI hatte damals unter anderem vorgeschlagen, ein Dezernat zur Errichtung von Dezernaten einzurichten.

Nun haben wir alle in unserer Kommunalpolitik-Bubble mit großer Aufmerksamkeit die in der Presse geführte Debatte um die Besetzung des Dezernates IX verfolgt. Angeblich sei der Aspirant und von einer Ratsmehrheit gewählte Beigeordnete dieses Dezernates nicht geeignet gewesen, den mit der Stelle verbundenen Aufgabenkreis kompetent auszufüllen.

Wir von der FRAKTION kommen nicht umhin, in aller Bescheidenheit festzustellen, dass Die PARTEI getreu ihrer Hymne auch mit ihrem damaligen Antrag und ihrer anfangs zitierten Rede wie immer recht behalten hat - zum einen damit, dass der Antrag jedenfalls thematisch dann wohl noch mal gestellt werden wird, was heute der Fall ist, und zum anderen damit, dass ein Dezernat zur Errichtung von Dezernaten sicher sinnvoll gewesen wäre. Jedenfalls wäre in diesem Fall - das hatte ich auch schon mal erwähnt - die Eignung nicht das Ausscheidungskriterium gewesen.

Eigentlich hatten wir eine interessante ornithologische Dokureihe mit dem Titel „Expedition in den Klüngelteich“ und einer Folge „Dezerneste bauen und schützen“ geplant. Leider ist dieses Projekt aufgrund unserer intern vereinbarten Faulenquote nicht umgesetzt worden. Gerne lassen wir Sie aber an der bisherigen Drehbuchgestaltung teilhaben. Die Storyline war etwa wie folgt gewesen:

Der gemeine und vitale Klüngler schafft es auch entgegen zunächst widrigen Umständen, sein Habitat entsprechend seinen Bedürfnissen konstruktiv umzugestalten. Vorrangiges Ziel ist die Schaffung eines Dezernestes, in dem er und seine Artverwandten eine produktive Brutstätte schaffen und regen Kontakt zu anderen Dezernesten aufnehmen - mit dem Ziel, diese möglichst in die eigene Dezerneststruktur zu integrieren.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 29

Doch - hier die dramaturgische Wendung - der gemeine Klüngler ist in Gefahr. Sachpolitische Erwägungen um Verschlankungen des Verwaltungsapparates und ähnlich leere Phrasen werden seitens der klüngelfeindlichen Nichtklüngler vorgeschützt, um - - Hier dann ein Cliffhanger für die nächste spannende Folge von „Expedition in den Klüngelteich“, die dann wohl heute in stilistisch etwas langweiligerer Form hier live im Rat der Stadt Köln stattfindet.

Wir von der FRAKTION jedenfalls lehnen uns zurück und beobachten mit Interesse den Fortgang dieser Tragikomödie. Stimmen werden wir in besserer Fraktionsmanier mit Ja und Nein abwechselnd, gegen eine erneute Ausschreibung und für eine Auflösung des Dezernates. Dann gibt es noch irgendwas von der NfDAP; haben wir natürlich nicht gelesen; keine Ahnung; sind wir wahrscheinlich dagegen.

Zum Ende noch ein vermittelnder Vorschlag: Zögern Sie doch die Ausschreibung und die Beauftragung des Headhunters über den Termin der Bundestagswahl hinaus. Dann steht ein Heer gescheiterter Wahlzombies zur Verfügung. Viel Glück dabei. - Gern geschehen und besten Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich muss gestehen, dass ich immer ganz dankbar für die Auflockerungen bin, die dann zwischendurch hier kommen - wobei sich das nicht nur auf die bewusste Satire bezieht, sondern, wie ich jetzt mal ein bisschen frech sagen kann, auch auf manch ungewollte Komik hier.

Damit wären wir auch schon beim Thema. Ich bin ganz dankbar, dass ich hier immer mehr oder weniger als letzte Rednerin ans Pult darf, gerade in solchen Gesprächsrunden wie eben. Ich finde es unheimlich anstrengend, was hier allen in diesem Saal und auch den Zuschauer*innen zugemutet wird. Okay, es ist Wahlkampf. Aber muss das sein, dass wir hier wie unsere Kolleg*innen bzw. eure Kolleg*innen - ich habe noch keine auf Bundesebene - nur gegenseitiges Bashing vom Feinsten betreiben, mehr oder weniger inhaltlose Polemik, und es irgendwie nur darum geht, hier im Stream möglichst gut dazustehen? Das finde ich echt richtig anstrengend. Und das hat für mich nichts mit konstruktiver Sachpolitik zu tun.

(Zurufe: Oh!)

- Danke. Danke für die Mitleidsrunde.

Ich bin für Transparenz, ja, auf jeden Fall.

Was die Zusammenlegung der Bereiche angeht, so wurde eben von der ersten Rednerin von den Grünen meiner Meinung nach durchaus plausibel dargelegt, warum es Sinn macht oder zumindest nicht völlig sinnlos ist, die Bereiche in dieser Form zusammenzulegen.

Andererseits kann man sicherlich auch anders argumentieren. Ich glaube, ehrlich gesagt, dass wir uns in der Konstellation hier sowieso nie einigen würden. Insofern: Lassen wir die Demokratie walten und die Mehrheit entscheiden.

Wahrscheinlich gibt es auch nicht die optimale Aufteilung der Bereiche in die Dezernate, weil eben, wie ja auch gesagt wurde, alles irgendwie miteinander zusammenhängt.

Gerade ich als KLIMA FREUNDIN kann nicht müde werden, zu betonen, dass das Klima-Thema sich überall durchzieht und letzten Endes alle Bereiche, alle Dezernate, alle Themen miteinander verknüpft sind und miteinander kooperieren müssen. Sonst schaffen wir es eh nicht, diese Aufgabe zu bewältigen, die uns bevorsteht.

Jetzt ist mir noch wichtig, zu sagen: Ich glaube ganz ehrlich nach dem, was ich hier bisher miterlebt habe, was die Kölner Kommunalpolitik angeht - - Ich hatte vorher schon viel über den kölischen Klüngel gehört, wie alle, und finde einiges davon bestätigt - was mich irgendwie enttäuscht und frustriert, aber was mich vielleicht auch nicht weiter überraschen sollte. Insofern möchte ich an dieser Stelle sagen: Wenn gewährleistet wäre, dass solche Posten ohne Parteibuch besetzt würden, dann hätten wir hier manche Probleme nicht.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD:
Fragen Sie mal Frau Diemert!)

Aus unserer Sicht gibt es jetzt das Problem, dass manche Posten damals noch von der SPD besetzt wurden und andere aus den letzten Jahren von der CDU. Meiner Meinung, unserer Meinung nach wäre es deutlich leichter, wenn solche Posten, gerade die der relevanten Entscheidungsträger*innen in dieser Stadt, unabhängig besetzt würden -

(Beifall bei der AfD)

und vor allem nach Inhalten und nach Sachentscheidungen. Das ist meiner Meinung nach auch

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 30

unsere Verantwortung gegenüber der Stadtbevölkerung.

Jetzt möchte ich noch eine letzte Sache sagen. Herr Petelkau, das richtet sich an Sie. Sie haben hier einen Kommentar wiederholt, den Sie letztes Mal schon gebracht haben. Ich empfinde das als absolute Beleidigung uns allen gegenüber - als ob wir nicht integer genug wären, uns in dieser Situation vernünftig zu verhalten. Uns steht die Akteneinsicht zu. Und wenn wir uns alle informieren würden, wer die Bewerber*innen sind, fände ich es doch wirklich vermessen und auch im Grunde genommen beleidigend, wenn dann behauptet würde, allein durch die Tatsache, dass wir von diesem Recht der Akteneinsicht Gebrauch machen, würden gute Bewerber*innen oder die besten Bewerber*innen irgendwie verscheucht oder davon abgehalten, sich zu bewerben. Dem möchte ich ganz klar widersprechen.

Als Letztes sei dazu noch gesagt - in diesem und in anderem Kontext -: Es heißt ja immer so schön: Der Mensch schließt immer erst mal von sich auf andere. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Kollegin, ich wollte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, wie viele Menschen mit grünem Parteibuch hier Dezernenten geworden sind.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nein, das ist mir nicht bekannt. Es sind ja auch noch gar nicht alle Posten besetzt.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Weil Sie das eben so pauschal gesagt haben. Ich kann Ihnen helfen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich hatte von vor allem SPD und CDU gesprochen. Das stimmt. Von Grünen hatte ich nicht gesprochen.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Lesen Sie es einfach nach. - Vielen Dank.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich möchte Ihnen allerdings schon sagen, dass ich glaube, dass dieser Rat jetzt an einem Tiefpunkt, der von Spekulationen, Beschuldigungen, Fehlinterpretationen und anderen völlig unpassenden Einschätzungen geprägt ist, angekommen ist. Das finde ich ausgesprochen bedauerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Seit mehr als zehn Jahren verfolge ich in Köln die Wahl von Beigeordneten. Das Verfahren ist immer dasselbe, so wie es auch in Nordrhein-Westfalen immer dasselbe ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich kenne es vorher nämlich auch schon seit zehn Jahren so. Ich bin selber aus einem solchen Verfahren hervorgegangen und bin hier mit allergrößter Mehrheit gewählt worden - parteilos übrigens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Auch das, was die Kollegin Tokyürek von den LINKEN gesagt hat, ist falsch. Es braucht keinen Kläger, sondern die Bezirksregierung überprüft jede Wahl von Beigeordneten. Manchmal teilt sie kein Ergebnis mit. Aber das heißt nicht, dass es keinen Kontakt gegeben hat.

Wie oft ich mit der Regierungspräsidentin oder mit der Ministerin telefoniere, ist ganz und gar meine Sache. Das werde ich hier nicht offenlegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn ich um Vertraulichkeit gebeten werde - vielleicht werden Sie davon auch mal Gebrauch machen -, dann halte ich diese Vertraulichkeit ein, bis sie von der anderen Seite aufgehoben wird oder bis man sich darüber einig ist, dass man diese Vertraulichkeit aufhebt.

Im Moment kann ich nur SMS herumzeigen. Das mache ich hin und wieder. Sie haben mich noch nicht gefragt. Sonst zeige ich sie Ihnen vielleicht auch einmal, damit Sie dann Ihre Legendenbildung sein lassen und mich nicht in eine Notsituation bringen.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 31

Eigentlich wollte ich nach dem, was Frau Glashagen uns ins Stammbuch geschrieben hat, nichts mehr sagen. Frau Glashagen, durch Ihre Nachredner ist dieser gute Vorsatz jetzt leider wieder aufgehoben. Aber ich lasse nun über die Vorschläge abstimmen.

Und ich kann Ihnen nur sagen: Die Stadt Köln wird von vielen darum beneidet, dass sie ein Dezernat für Regionale Zusammenarbeit, ohne die Flutkatastrophe zu kennen, gegründet hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wird von allen aus der Region Köln/Bonn darum beneidet, dass sie diese Steuerungsstelle hat, die wir leider - vielen Dank, Frau Martin, dass Sie das eingangs Ihrer Rede gesagt haben - noch nicht besetzt haben.

Aber wir werden dieses Verfahren genauso regelkonform durchführen wie alle anderen, die übrigens von der Bezirksregierung nicht beanstandet wurden. Es ist noch kein einziges Verfahren von der Bezirksregierung beanstandet worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich lasse jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag unter TOP 3.1.6. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag unter TOP 3.1.5 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und Volt. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die SPD, das ist DIE LINKE - -

(Christian Joisten [SPD]: Sie hatten doch zuerst nach Gegenstimmen gefragt!)

- Habe ich falsch herum gefragt? - Ah so. Okay. Dann: Enthaltungen?

(Zuruf: Können wir das noch einmal wiederholen?)

- Ja. wenn Sie wünschen, können wir das Abstimmungsverfahren wiederholen.

Ich lasse über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.5 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, Volt und die Oberbürgermeisterin. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Frau Gabrysch, Herr Dr. Akude und Herr Zimmermann. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Antrag - - Herr Weisenstein. Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, den Tagesordnungspunkt 3.1.4 zu vertagen. Lassen Sie mich zwei Sätze zur Begründung sagen.

Wie Sie alle wissen, prüft die Bezirksregierung momentan das Verfahren zur Besetzung des Kulturdezernates. Sie beabsichtigen nun, das gleiche Verfahren für das Stadtentwicklungsdezernat aufzusetzen. Ich denke, es erklärt sich von selbst, dass man die drei Wochen abwarten sollte, bis die Bezirksregierung zu einem Entschluss gekommen ist, und dann neu überlegen sollte.

Außerdem möchte ich etwas anregen. Natürlich gab es in der heutigen Ratssitzung auch Missfälle. Aber ich glaube schon, dass es grundsätzlich die Bereitschaft und die Möglichkeit gibt, mit allen demokratischen Fraktionen in diesem Haus darüber zu sprechen, wie wir künftig zu einem demokratischen, transparenten und auch vertraulichen Verfahren zur Besetzung von Dezernaten kommen.

Lassen Sie uns diese drei bis vier Wochen dafür nutzen. Es schlägt nichts, wenn wir den Antrag heute verschieben. - Vielen Dank.

Ich bitte um Abstimmung meines Ansinnens.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Wochen haben, glaube ich, auch noch einmal deutlich gemacht, dass es wichtig ist, dieses Dezernat jetzt auch zu besetzen.

Ich kann DIE LINKE durchaus verstehen, wenn sie sagt: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt und wollen diesen Antrag jetzt vertagen. - Das ist auch vom Verfahren her vollkommen in Ordnung.

Wir halten es allerdings für notwendig und auch sinnvoll, dieses vakante Dezernat jetzt zu besetzen - auch in diesem Verfahren. Mit demselben Verfahren haben wir ja auch zum Beispiel Herrn Wolfram gewählt. Das ist ein Verfahren, das

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 32

nicht geprüft wurde. Entsprechend können wir es jetzt auch weiter so machen.

Dem Wunsch nach einer gemeinsamen Gesprächsrunde würden wir uns auf keinen Fall verschließen. Die Misstöne, die heute gefallen sind, sind etwas, was wir auch noch einmal nachbesprechen sollten. Das sollten wir gerne auch in einer gemeinsamen Runde tun, um zu schauen, wie wir hier eigentlich generell mit den Verfahren und miteinander im Rat umgehen.

Daher würden wir jetzt den Vertagungsantrag ablehnen, aber gerne noch einmal auf die anderen zugehen und schauen, wie wir denn die Tonalität im Rat auch so gestalten können, dass hier alle fair miteinander umgehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Aber den Geschäftsordnungsantrag nehme ich natürlich zur Kenntnis. Deswegen lasse ich zunächst über den Vertagungsantrag abstimmen, bevor ich dann, je nach Ergebnis, zur Abstimmung von Tagesordnungspunkt 3.1.4 komme.

Wer dem Vertagungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Wir machen die Gegenprobe. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Ursprungsantrag abstimmen.

(Zuruf von der LINKEN: Über den Änderungsantrag!)

- Moment. - Zu Tagesordnungspunkt 3.1.4. haben wir zuerst über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt. Als Nächstes kommt jetzt der Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Von Frau Gabrysch und von der Fraktion Die FRAKTION. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD, von den LINKEN und von der AfD. Enthaltungen? - Von Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann. Dann ist diesem Antrag zugestimmt. Damit

ist es so beschlossen. - Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Transparenzoffensive 2021“ AN/1572/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/1995/2021

Herr Wortmann, Sie haben das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Gäste im Saal und Zuhörerinnen und Zuschauer! Wir alle haben im Sog der sogenannten Stadtwerke-Affäre den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln gemeinsam überarbeitet. Mit unserem heutigen Antrag wollen wir gegenüber der Bürgerschaft noch eine vertrauensbildende Maßnahme obendrauf setzen.

Dazu aber eine kleine Geschichte: Ich war schockiert, als im April 2014 ein Journalist es wagte, gegen die Herren Börschel und Ott Strafanzeige zu stellen, und eine entsprechende Klageschrift bei der Staatsanwaltschaft Köln einreichte. Es ging um den Vorwurf der Vorteilsnahme im Zusammenhang mit Vielämterei und Funktionsanhäufung. So stellte der Kläger infrage, ob den vereinbarten Honoraren und Entschädigungen auch entsprechende Leistungsmengen und Qualitäten gegenüberstehen. Unstrittig war wohl in der Klageschrift die aufgelistete Anzahl von Pöstchen: bei Herrn Ott etwas über 20, bei Herrn Börschel etwas über 30.

Die Bezüge und Aufwandsentschädigungen konnten aufgrund mangelnder Transparenz nicht dargestellt werden. Genau da setzt sieben Jahre später dieser Antrag wieder an.

Um die Geschichte abzuschließen: Bei der Pressekonzferenz und Vorstellung hat der Chefredakteur einer Kölner Tageszeitung dem Kläger Wahlpropaganda und Instrumentalisierung der Medien vorgeworfen - was ich bis heute übrigens sehr bedaure. Klar, zum Zeitpunkt 14 Tage vor der Kommunalwahl hätte einem das einfallen können. Es war unglücklich, aber vom Kläger überhaupt nicht beabsichtigt, wie man weiß, wenn man ihn kennt.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 33

Ihm ging es um die Verantwortung von Ehrenamtsträgern in politischen Gremien und um Transparenz.

Wir alle haben doch nur ein Interesse: Wir wollen alle die gläserne, unangreifbare Mandatschaft für alle Kölner Politikerinnen und Politiker.

Deshalb fordern wir mit diesem Antrag eine Erweiterung der bestehenden Profile aller im Rat und in Ausschüssen und sonstigen Gremien tätigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger - für die Bürgerschaft verständlich und nachvollziehbar.

Es wird auch weitere Anträge von uns in diese Richtung geben. Es muss erkennbar sein, wer welches politische Mitglied in ein Aufsichtsgremium entsendet.

Das ist wichtig, wenn die Bürger nachfragen wollen, wenn sie zum Beispiel bei NetCologne als Teilnehmer abgezockt werden und ihnen für miserable Übertragungsraten das Flaggschiff der Fritz-Box-Flotte für teures Geld und einen 24 Monate laufenden Vertrag aufs Auge gedrückt wird oder wenn die RheinEnergie auf Kosten ihrer Kunden sündhaft teure Ladesäulenmodelle für Luxus Haushalte an die Wand fährt.

Meine Damen und Herren, was in Berlin und Restdeutschland derzeit an Restvertrauen von der Spitzenpolitik und deren Dunstkreis an die Wand gefahren wird, soll uns nicht hindern, das Steuer herumzureißen. Also stimmen Sie für Ihr persönliches gutes Wissen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass der vorliegende Änderungsantrag in die Einzelabstimmung kommt. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FRAKTION und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ansinnen, mehr Transparenz hineinzubringen, ist durchaus unterstützenswert. Man muss aber auch aufpassen, dass man nicht immer wieder da Transparenz fordert, wo eigentlich schon alle Daten und Fakten bekannt sind. Mit An-

trägen dieser Art wird ja teilweise auch der Anschein erweckt, das seien Geheiminformationen, die bisher nie jemand irgendwo hätte finden können. Viele der Dinge - wie hoch das Sitzungsgeld für Gremiensitzungen ist etc. - sind bekannt. Zugabeernermaßen muss man ein bisschen danach suchen.

Das Ansinnen, diese Zahlen noch einmal kompakter zusammenstellen, teilen wir also durchaus, wollen aber dem Eindruck entgegenwirken, es sei bisher nicht bekannt gewesen, weil das nicht den Tatsachen entspricht.

In unserem Änderungsantrag, der von vielen Weiteren mit unterstützt wird - vielen Dank dafür -, geht es allerdings unter anderem darum, dass wir den Punkt 3 in dieser Form nicht haben wollen. Denn wir haben mit der Beschlusslage zum PCGK, also zum Public Corporate Governance Kodex, festgelegt, dass die Verwaltung bzw. die Beteiligungsverwaltung demnächst einen Vergütungsbericht vorlegen wird, in dem auf genau diese Fragen eingegangen wird. Dann sollten wir auch diesen Vergütungsbericht abwarten und nicht jetzt im vorausseilenden Gehorsam quasi per Schnellschuss schon so etwas mit beschließen.

Daher würde ich mich freuen, wenn sich unserem gemeinsamen Änderungsantrag noch Weitere anschließen würden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch kurz vom Platz aus. - Grundsätzlich spricht gegen Transparenz überhaupt nichts. Das ist gut. Wir alle als Kommunalpolitiker - das würde ich jetzt für die meisten von uns in den demokratischen Fraktionen wirklich in Anspruch nehmen - sitzen hier, weil wir Überzeugungstäter sind, und nicht, weil wir damit wahnsinnig viel Geld verdienen würden. Was die Aufwandsentschädigung angeht, ist mein Credo immer: Wenn ich in derselben Zeit Pizza ausfahren würde und freundlich wäre, würde ich inklusive Trinkgeld im Zweifel mehr verdienen.

Das ist also nicht der Punkt. Transparenz ist gut. Die meisten sitzen aus Überzeugung hier. Deswegen spricht auch überhaupt nichts dagegen, das zu veröffentlichen. Man kann auch gerne darstellen, was übrig bleibt, wenn die Steuer und meine

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 34

Partei drübergegangen sind. Dann reicht es nämlich tatsächlich nur noch zum Essengehen.

Dagegen spricht also überhaupt nichts. Lassen Sie uns das konzentriert sammeln und auch, wie im Änderungsantrag vorgeschlagen wird, die regelmäßige Sitzungszahl darstellen. Im Nachhinein kann man dann auch nachschauen, wie viele Sitzungen tatsächlich stattgefunden haben. Das ist ja wirklich kein Geheimnis. Das steht auch in den Geschäfts- oder Jahresberichten der Betriebe. Da sind wir also gern dabei.

Den Punkt 3 zu streichen, halten wir ebenfalls für richtig. Dort, wo Vorstände in AGs unterwegs sind, sind die entsprechenden Zahlungen ohnehin in den Geschäftsberichten zu sehen, und dort, wo Leute in einem anderen Geschäftsführerverhältnis sind, geht es die Öffentlichkeit auch erst einmal nichts an, weil es natürlich Privatleute sind, die als Geschäftsführer dort arbeiten und nicht ihr Gehalt offenlegen müssen, so wie wir das alle privat nicht tun müssen.

Die Politiker sind da anders unterwegs und anders zu beurteilen. Wenn das konzentriert gemeldet wird, spricht meines Erachtens überhaupt nichts dagegen.

Insofern würden wir dem Änderungsantrag zustimmen und dann auch dem Gesamtantrag. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Dann haben Sie das Wort, Frau Tokyürek. Bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache das auch vom Platz aus. - Vergleichen wir einmal die beiden Anträge.

Der Punkt 1 ist jetzt unstrittig. Dafür wird es ja eine Mehrheit geben.

Beim Punkt 2 können wir auch dem Änderungsantrag zustimmen. Es ist in Ordnung, wenn man das noch einmal konkretisiert.

Wir würden aber auch dem Punkt 3 zustimmen. Im Licht der Transparenz ist das auf jeden Fall ein guter Weg. Im Antrag der FRAKTION finden sich ja sehr viele Links. Andere Kommunen machen das doch schon vor. Warum soll Köln das nicht tun?

Die Begründung des Änderungsantrags des Bündnisses ist nicht ganz nachvollziehbar und auch nicht wirklich überzeugend. Da wird von Geschäftsberichten gesprochen, die man einsehen kann, und von einem Vergütungsbericht, der jetzt kommen soll. Wir können doch heute schon den Punkt 3 beschließen, und wenn der Vergütungsbericht da ist, kann man das entsprechend veröffentlichen.

Die Idee dahinter ist ja, glaube ich, dass man mit einem Klick alle Daten hat und alle Bürgerinnen und Bürger einen Zugang dazu haben. Es geht doch gar nicht um uns. Ich kann mir einen Geschäftsbericht besorgen und dann hineinschauen. Aber um mich geht es hier ja gar nicht. Es geht darum, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, auf einen Blick zu sehen: Wie hoch sind die Vergütungen? Wie ist die Höhe der Vergütungen der Mandatsträger? - Und gerade bei den Mandatsträgervergütungen halte ich es schon für bitter nötig, dass sie entsprechend veröffentlicht werden.

Insofern werden wir auch dem Punkt 3 zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir stehen auch auf dem Änderungsantrag drauf. Wir finden es gut und richtig, dass wir einmal deutlich machen, wie viele Sitzungen wir hier haben.

Mir ist nur gerade, als Herr Krupp gesprochen hat, noch eine Idee gekommen. Eigentlich hätten wir noch die Zeiten der Sitzungen mit aufnehmen müssen, um auch deutlich zu machen, wie lange wir insbesondere in Ausschüssen und in Fraktionssitzungen für das Sitzungsgeld, das wir dort bekommen, sitzen.

Bei Punkt 3 ist noch die Frage, ob im Fall von Gemeinwohl Bilanzierung und Veröffentlichung entsprechend erfolgen. Aber bis jetzt sehe ich da die rechtlichen Probleme. Meine Vorrednerin hat gesagt, dass es Städte gibt, die das veröffentlichen. Ich weiß nicht, ob sie das rechtswidrig machen. Wenn die Geschäftsführer und die Vorstände das freiwillig machen, ist das selbstverständlich möglich. Das ist immer möglich. Aber ich sehe da jetzt keine Eingriffsmöglichkeit - außer, DIE LINKE will hier politisch ein anderes System; sie hat ja gerade gesprochen. Da muss man also dann einmal schauen, wie das weitergeht.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 35

Darum bin ich der Meinung - das ist unsere Meinung -, dass das zurzeit hier nicht geht. Deshalb haben wir den Punkt 3 auch gestrichen.

Wir bitten um eine breite Mehrheit für den Änderungsantrag, damit die Kölner Bevölkerung sehen kann, dass wir arbeiten und wie viele Sitzungen wir machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es scheint eine Rückfrage von Herrn Wortmann zu geben.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Herr Breite die Zwischenfrage zulässt.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ach so.

Ulrich Breite (FDP): Selbstverständlich.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ich begrüße den Einwand von Uli Breite. Denn wir haben uns natürlich über die Formgebung einer solchen Profildarstellung keine Gedanken gemacht. Ich will ja sagen: Verwaltung macht Verwaltung, Politik macht Politik.

Deshalb werden sich daraus noch weitere Vorlagen ergeben, glaube ich. Und dann freuen wir uns auf die Abstimmung. - Danke sehr.

Ulrich Breite (FDP): War das Zustimmung zu dem, was ich gerade zu Punkt 3 gesagt habe? Ich habe es nicht ganz verstanden, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, ja.

Ulrich Breite (FDP): Ja, das meine ich auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer an den Bildschirmen! Auch ich mache das kurz von hier.

Ich möchte an dem Punkt noch einmal die Rolle von Vertrauen betonen - Vertrauen von unseren Wählerinnen und Wählern, von den Kölnerinnen und Kölnern, wegen denen wir hier sitzen und für die wir hier alle sitzen. Dieses Vertrauen basiert zu einem großen Teil auch auf Transparenz - auf Transparenz, wie wir mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger aus deren Steuern hier umgehen.

Ein ganz wichtiger Teil sind dabei unsere, ich nenne sie jetzt mal, Bezüge, die gerade alle schon ausgeführt worden sind. Dass das transparent dargestellt wird, finden wir wichtig und völlig unstrittig. Wir freuen uns dann auf den entsprechenden Vorschlag der Verwaltung.

Wir haben bei dem Punkt 3 auch eine Schwierigkeit gesehen. Die Gründe wurden jetzt schon vielfach angesprochen. Bei diesen Personen handelt es sich nicht um gewählte Vertreterinnen und Vertreter, wie wir es sind.

Dennoch freuen wir uns an dem Punkt auf den Vergütungsbericht der Verwaltung, der viele dieser geforderten Dinge enthalten wird. Sobald er vorliegt und wir ihn uns angeschaut haben, diskutieren wir einfach noch einmal, ob er dort vernünftig verlinkt werden kann oder wie er dort noch mal dargestellt werden kann. Dann hätten wir auch diesen Punkt umgesetzt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich auf meiner Rednerliste Frau Gabrysch.

(Unruhe)

Sie haben das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Schön, dass schon ein Seufzen durch den Raum geht, wenn ich aufgerufen werde. - Ich mache es kurz. Mehr Transparenz finde ich wichtig. Ich schließe mich meinen Vorredner*innen von LINKEN und Volt an, was die Notwendigkeit angeht.

Wie eben schon einmal gesagt wurde, geht es bei Transparenz ja nicht nur darum, dass die Informa-

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 36

tionen irgendwann mit viel Mühe und Not irgendwo zu finden sind, ohne dass die Öffentlichkeit wirklich Bescheid weiß, sondern vor allem auch um Niedrigschwelligkeit und Zugänglichkeit.
- Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, FDP, Volt und Herrn Zimmermann in Einzelabstimmung.

Zu Ziffer 2. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Zu Ziffer 3. Gegenstimmen? - Die FRAKTION, Frau Gabrysch und die LINKEN. Enthaltungen? - Dann ist dem zugestimmt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Herr Dr. Steinkamp hat das Wort.

Dr. Dieter Steinkamp (Stadtwerke Köln): Vielen Dank. - Ich nutze die Gelegenheit ja relativ selten aktiv. Aber ich möchte die von Herrn Wortmann vorhin pauschal geäußerten Abzocke-Vorwürfe gegen NetCologne und RheinEnergie nicht einfach unkommentiert hier in der öffentlichen Ratsitzung stehen lassen.

(Beifall)

Herr Wortmann, nur folgenden kurzen Hinweis: In beiden von Ihnen angesprochenen Feldern befinden sich die Unternehmen im Wettbewerb. Bekanntlich bilden sich Preise im Wettbewerb. Da muss man dann natürlich auch das gesamte Leistungs- und Produktspektrum nehmen und darf vor allen Dingen nicht Äpfel und Birnen vergleichen.

Aber selbstverständlich - sprechen Sie mich gerne noch einmal an - können wir das im Detail vertiefen und aufklären. Ich bin sehr sicher, dass der Nebel, den Sie hier gestreut haben, sich dann positiv lichten wird. Die NetCologne hat erst vor wenigen Wochen wieder einen bundesweiten Award für ihre Breitbandehrlichkeit gewonnen, also für die garantierte Bandbreite, die dann auch im Blindtest nachgecheckt worden ist. Nehmen Sie

also die Information jetzt erst einmal mit - und, wie gesagt, gerne unter vier oder sechs oder acht Augen auch mehr dazu.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Maßnahmenpaket für günstiges Wohnen schnüren“ AN/1864/2021

Hier hat zunächst Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir müssen leider wieder einmal über den Wohnungsbau in Köln sprechen - oder, besser gesagt, über den Wohnungsbaumangel.

Am 10. September 2020 haben wir hier über den SPD-Antrag „Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!“ diskutiert. Meine Fraktion hatte sich damals die Mühe gemacht, alle schon getroffenen Beschlüsse des Rates oder des Stadtentwicklungsausschusses zusammenzufassen und dem Rat erneut zum Beschluss vorzulegen, damit sie endlich umgesetzt werden.

Wir haben hier in Köln kein Erkenntnisproblem, was fehlenden Wohnraum angeht. Wir haben auch nur in Teilen ein politisches Problem; denn auf viele Maßnahmen konnten wir uns ja verständigen. Wir haben in Köln vor allem ein Umsetzungsproblem.

Ich will das an ein paar Zahlen festmachen. Köln braucht jedes Jahr ungefähr 6 000 neue Wohnungen. Besser wären es mehr. In Köln hat circa die Hälfte der Bevölkerung Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein, und die Kosten der Unterkunft, die den städtischen Haushalt jedes Jahr mit fast 400 Millionen Euro belasten, steigen und steigen.

Und wie sieht die Realität in Köln aus? Im Jahr 2018 wurden knapp 4 000 Wohnungen fertiggestellt, 2019 waren es 2 200, und - Überraschung! - letztes Jahr waren es noch weniger, nämlich gerade mal 2 013 Wohnungen. Hier wird also nur ein Drittel der Wohnungen, die wir eigentlich bräuchten, tatsächlich bezugsfertig gebaut.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 37

Der Bestand an geförderten Wohnungen liegt dabei stabil bei 6,8 Prozent. „Stabil“ hört sich gut an, ist es aber in dem Fall nicht. Denn wir brauchen nicht irgendwelche Wohnungen. Wir brauchen vor allem bezahlbare Wohnungen, das heißt, geförderte Wohnungen und bezahlbaren Wohnraum. Die gibt es hier kaum, obwohl viele Menschen sie sehr dringend benötigen.

Das Schlimmste dabei ist: Es werden eher weniger als mehr geförderte Wohnungen; denn wir bauen weniger geförderte Wohnungen neu, als jedes Jahr aus der Bindung herausfallen. Das Problem des fehlenden Wohnraums und vor allem des fehlenden preiswerten Wohnraums wird also jedes Jahr größer.

Unabhängig davon, dass Sie gerade das Gegenteil von Effizienz beschlossen haben, indem Sie das Thema Wohnen jetzt auf vier Dezernate aufgeteilt haben - verwaltungstechnisch nach unserer Auffassung ein Wahnsinn -, muss natürlich die Verwaltung schneller werden. Baugenehmigungen müssen zügig erteilt werden, Baupläne schnell aufgestellt werden. Dazu müssen alle Ämter an einem Strang ziehen. Das ginge natürlich besser, wenn sie in einem Dezernat zusammengelegt wären und nicht auf vier verteilt sind.

Die Wohnungsbauleitstelle müsste mit den nötigen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden. Sie darf hier kein zahnloser Tiger sein, sondern muss auch effizient handeln und entscheiden können.

Wir brauchen endlich ein strategisches Flächenmanagement, damit wir auf städtischem Grund und Boden Wohnraum schaffen, und zwar, indem wir nicht einfach an die Höchstbietenden verkaufen. Vielmehr müssen wir alle Instrumente nutzen, die wir haben, und per Erbpacht und Konzept- und Direktvergabe dafür sorgen, dass die entstehenden Wohnungen bezahlbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt Köln muss auch Bauland ankaufen und, wo immer es geht, ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen. Lasst uns kreativ sein. Was ist denn aus den Überbauungen von Parkplätzen oder Supermärkten geworden? Bisher nichts.

Wenn wir eine klare Übersicht hätten, welche Flächen wir haben, die schneller bebaubar sind, könnte man loslegen und als Verwaltung ein ganz konkretes Wohnungsbauförderprogramm erarbeiten, aus dem hervorgeht, welche Flächen wir noch in diesem Jahrzehnt bebauen können. So

schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in Köln, die ihn am dringendsten brauchen - für junge Familien, für Studierende, für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen -, und auch Genossenschaften könnten zum Zug kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen einen Wohnungsbaufonds, mit dem wir als Stadt Flächen ankaufen können und auch unsere städtischen und andere Wohnbaugesellschaften unterstützen, damit bezahlbare Wohnungen für alle entstehen und nicht nur für die oberen Zehntausend.

Liebe Oberbürgermeisterin, liebe CDU, liebe Grüne, andere Großstädte - da sei Hamburg als Beispiel genannt; ich werde aber jetzt nicht sagen, wer zu der Zeit dort Bürgermeister war -

(Heiterkeit)

haben es vorgemacht. Lassen Sie uns eine Offensive für bezahlbares Wohnen starten, etwas gegen die steigenden Mieten hier tun und mit diesem Beschluss bekräftigen, was wir eigentlich alle wollen, nämlich faire Mieten für alle. Die Maßnahmen liegen schon alle auf dem Tisch. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Packen wir's an. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ja, unsere Stadt steht vor vielen Herausforderungen: Klimawandel, Corona, knappe Kassen und auch steigende Mieten. Letzteres gehört zu den Problemen, die wir als Politik lösen müssen. Deshalb würde ich meine Energie gerne dafür verwenden, diese Dinge schnell und ganz konkret anzugehen, und nicht dafür, mich mit so einem Showantrag zehn Tage vor der Bundestagswahl auseinandersetzen zu müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Alles, was hier steht - wirklich alles -, ist Beschlusslage. Und nicht eine Wohnung, lieber Mike Homann, würde mehr gebaut werden, wenn wir es noch einmal beschließen.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 38

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Erster Punkt: strategisches Flächenmanagement.
In der Stadtstrategie 2030 heißt es auf Seite 84:

Um dem stetig steigenden Flächendruck zu begegnen, muss Köln zukünftig ein Flächenmanagement aufbauen und die aktive Steuerung der Bodennutzung durch eine nachhaltige Liegenschafts- und Bodenpolitik ausbauen.

Und später:

Dafür baut Köln ein digitales strategisches Flächenmanagement auf.

Noch Fragen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -
Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Hört! Hört!)

Zweiter Punkt: Flächenankauf. Im Antrag der SPD heißt es:

Die Verwaltung führt eine ... noch aktivere ... Bodenbevorratung ein, ...

Diese Formulierung impliziert, dass die Verwaltung bereits aktiv ist. Sie tut genau das, was Sie fordern: gezielter Ankauf von Bauland. Die Aufforderung, da noch aktiver zu werden, ist unnötig.

Und natürlich ist es selbstverständlich - dafür stehen wir Grünen und das Bündnis -, dass überall da, wo das Vorkaufsrecht gilt, dieses auch genutzt wird. Allerdings ist auch klar, dass das nicht zu jedem noch so übertriebenen Preis passieren kann; denn das trägt eben nicht, wie Sie es im Antrag formulieren, immer dazu bei, dass der Preis gedämpft wird, sondern das kann die Bodenpreisspirale auch durchaus nach oben treiben.

Dritter Punkt: Geld. Im Antrag heißt es, es solle ein Fonds zum Ankauf von Grundstücken und Immobilien aufgelegt werden.

Liebe SPD, da lohnt sich ein Blick in den aktuellen Haushaltsplanentwurf. 50 Millionen Euro sind dafür vorgesehen. Ich denke, das sollte reichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Und Sie können darauf vertrauen, dass wir Grünen und das Bündnis darauf achten, dass dieses Geld zielgerichtet und nachhaltig angelegt wird.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:
Schon seit 20 Jahren!)

Punkt 4 des Antrags schlägt eine Umstrukturierung der Verwaltung vor. Tja, hier weichen unsere Vorstellungen voneinander ab. Die vorgeschlagene Zentralisierung von Ämtern wird dem komplexen Thema Wohnen unserer Meinung nach nicht gerecht. Das Bündnis hat den Stadtvorstand gestärkt und Veränderungen innerhalb der Verwaltung vorgenommen, was gerade mit Blick auf städtische Liegenschaften und Stadtentwicklung auch dem Wohnungsbau zugutekommen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Und schließlich Punkt 5 Ihres Antrages:

Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen aus dem Jahr 2015 wird konsequent umgesetzt und ... fortgeschrieben.

Ganz genau so machen wir das. Auch dieser Punkt 5 zitiert eins zu eins die Beschlusslage.

Abschließend noch ein Wort zu Ihrer Begründung: Da nennen Sie Hamburg als positives Beispiel - warum auch immer;

(Heiterkeit)

vielleicht, um zehn Tage vor der Bundestagswahl auf vermeintliche Verdienste des früheren Ersten Bürgermeisters hinzuweisen; man weiß es nicht. Hamburg gehört jedenfalls zu den fünf Städten in Deutschland mit den teuersten Mieten - weit vor Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Ich fasse zusammen: Der Antrag ist von Punkt 1 bis Punkt 5 und bis zur Begründung unnötig und frisst unser aller Zeit. - Danke, dass Sie mir trotzdem zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Sommer das Wort.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte SPD, man könnte eigentlich erwarten, dass man auf Ihren Antrag seriös antwortet. Das ist auch das, was wir hier üblicherweise tun.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 39

Aber diese Niveaulosigkeit von eben kann ich gerne einmal zurückgeben. Mehr als den Satz, dass es sich hier nur um rein populistisches Tun handelt, brauche ich nicht zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist immer das Gleiche: Sie sind gar nichts. Es sind immer die anderen; die Oberbürgermeisterin ist es; die CDU ist es. Sie setzen sich mit Fakten und Tatsachen nicht auseinander. Hier wird irgendetwas in den Raum gestellt und irgendetwas behauptet. Das ist niveaulos, aber entspricht ja Ihrem Stil von heute.

(Beifall bei der CDU)

Wohnungsnot ist nicht nur reine Chefsache; Wohnungsnot entwickelt sich vielleicht auch, und auch Sie haben damit zu tun.

Was es hier auch schwierig macht, ist zum Beispiel, dass Zielkonflikte in Ihren Anträgen überhaupt nicht mitberücksichtigt werden. Sie stellen einfach etwas in den Raum. Dass wir natürlich auf der einen Seite klimabedingt Flächen schonen wollen und auf der anderen Seite die Bautätigkeit steigern müssen, ist doch klar. Aber das wollen Sie ja gar nicht hören.

Und wenn es mal um das Thema Bauen geht: Wenn ich mir Ihr Wahlprogramm ansehe - Mietendeckel, Vermögensteuer, Enteignungsfantasien -, kann ich der SPD-Linken nur sagen: Da möchte ich doch mal private Investoren sehen, die noch Lust auf Bauen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das reicht für Sie heute. Mehr sage ich nicht dazu; denn mehr haben Sie nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Zunächst möchte ich mich bei der SPD dafür bedanken, dass sie heute das Thema Wohnen erneut auf die Tagesordnung gesetzt hat. Das mag Ihnen von der CDU und von den Grünen natürlich ein Stück weit unangenehm sein.

(Widerspruch bei der CDU)

- Ja. Man muss es doch einmal benennen. Das ist ja auch nachvollziehbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir haben vor drei bis vier Jahren mit großem Brimborium das sogenannte Bündnis für Wohnen ins Leben gerufen. Seitdem sind die Zahlen der fertiggestellten Wohnungen so schlecht, wie sie schon sehr, sehr lange nicht mehr waren. Es wurden 6 000 Wohnungen mit der Wohnungswirtschaft vereinbart. Wenn es einigermaßen läuft, bekommen wir 2 000 im Jahr zusammen. Das bedeutet also mindestens ein Defizit von 4 000 Wohnungen im Jahr.

Frau Martin, Sie haben vorhin mit Geld argumentiert. Das Problem ist doch: Wir haben in dem Ankaufblock, den wir haben, doch mehr Geld, als wir jemals ausgegeben haben.

(Zuruf von Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das ist doch jetzt einmal egal. Wir müssen aber doch einmal den Problemen auf den Grund gehen. Wir schieben jährlich Millionen im Haushalt vor uns her an Geld, mit dem wir Flächen kaufen können. Wir tun es aber nicht.

Und warum tun wir es nicht? Weil wir es, was nicht nachvollziehbar ist, seit Jahren nicht hinkriegen, meine Damen und Herren, endlich einmal darüber zu reden, wie wir die Bodenpolitik der Stadt Köln tatsächlich reformieren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir warten seit Jahren auf eine Vorlage zum Erbbaurecht, und es kommt nichts. Wir hatten im Juni einen Antrag eingebracht. Da hat die SPD noch einen Antrag eingebracht. Dann wurde er in den Liegenschaftsausschuss vertagt. Und jetzt sagt das Liegenschaftsamt: Ja, nach zwei Jahren können wir jetzt wirklich einmal überlegen, ob wir bald ein Fachgespräch machen. - Ich bin ja absolut dafür, dieses Fachgespräch zu führen, und habe auch große Hoffnung, dass unser neuer Liegenschaftsdezernent - jetzt ist er leider nicht da - tatsächlich in den nächsten Wochen einmal zu diesem Gespräch einlädt. Es ist höchste Eisenbahn, meine Damen und Herren. Das müssen wir unbedingt machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir werden nämlich nur dann dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung bauen und erhalten können, wenn das Land,

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 40

auf dem die Wohnungen stehen, uns gehört und wir sagen: Ihr Investoren müsst das und das und das machen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Sonst geht es nicht, Herr Breite. Das wissen Sie. Sie können etwas anderes dazu erzählen. Das stimmt halt einfach nicht.

Ein weiterer Punkt geht auch in Richtung SPD. Ja, es ist ein guter Antrag, und wir stimmen auch zu. Aber trotzdem muss ich zwei Dinge zur SPD sagen.

Wir müssen doch jetzt alle Kraft darauf verwenden, dass wir die GAG stärken. Und die GAG stärken können wir nur, indem wir der GAG Fläche zur Verfügung stellen. Da nutzt es nichts, nur mit dem Kopf zu nicken. Da muss man richtig aktiv werden, meine Damen und Herren. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die GAG sowohl in Kreuzfeld als auch in der Parkstadt Süd mit richtig dicken Dingen versorgt wird, damit dort preiswerter Wohnraum für alle Kölnerinnen und Kölner besteht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, noch etwas zur Liegenschaftsfrage und zum Thema Erbpacht: Wir haben ja - und es ist auch richtig gut, dass wir den haben - im Stadtwerke-Konzern einen Entwickler. Den müssen wir auch benutzen. Dem müssen wir viele Aufgaben geben. Der hat auch vieles vor der Brust. Wir haben ja viele Dinge zu entwickeln. Wir haben die Parkstadt; wir haben Kreuzfeld; wir haben das Otto-Langen-Quartier; wir haben den Deutzer Hafen; wir haben Tod und Teufel. Deswegen ist es natürlich sehr, sehr wichtig, dass wir diese Gesellschaft haben.

Jetzt appelliere ich an die SPD für diese anstehenden Fachgespräche. Wir haben da ja eine Differenz. Wir als LINKE sagen - und ich hoffe, dass das die Mehrheit in dieser Stadt auch so sieht -: Wir dürfen nicht nur kein Land mehr verkaufen, das uns direkt gehört, sondern müssen auch dafür Sorge tragen, dass auch die Unternehmen, die wir mit Projektentwicklung beauftragen, nur noch in Erbpacht vergeben können.

Das wird ein schmerzhafter Einschnitt. Da müssen wir alle als Politik zusammenhalten und mit dem Stadtwerke-Konzern richtig ins Benehmen gehen. Aber es ist ganz, ganz wichtig, dass das passiert, meine Damen und Herren. Dann wird natürlich - - Ich weiß nicht, ob es Tränen gibt; aber es wird schon Schimpfe geben. Aber da müssen

wir durch. Es darf weder städtisches Land verkauft werden, noch darf Land verkauft werden, das irgendeiner städtischen Tochter gehört.

Jetzt ist meine Redezeit abgelaufen, und ich will Sie nicht länger strapazieren. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, weil er grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Aber ein bisschen nachdenken und feilen müssen wir noch. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen von der SPD, der Antrag hat mich total überrascht. Um das zu erklären, muss man Ihren Antrag von hinten aufrollen.

In Ihrer Begründung listen Sie im ersten Absatz die Probleme im Bereich Wohnen auf. Damit haben Sie absolut recht.

Im zweiten Absatz mutmaßen Sie über die Ursachen für diese Probleme. Auch hier kann ich Ihnen folgen bzw. stimme Ihnen sogar in weiten Teilen bzw. im Großen und Ganzen zu. Vor allen Dingen liegen Sie richtig in Bezug auf die Länge der Verfahren bei B-Plänen und Bauanträgen. Sie wissen vermutlich auch, dass ich Ihnen noch viel mehr Gründe nennen kann, zum Beispiel hohe Baukosten aufgrund von immer mehr Auflagen.

Die von Ihnen und mir genannten Ursachen haben alle eines gemeinsam: Bürokratie.

Und jetzt zu dem für mich Überraschenden an Ihrem Antrag: Statt als Lösung Ihrer richtig analysierten Problemlage einen Abbau von Hemmnissen im Wohnungsbau zu fordern und Verfahren zu beschleunigen, wollen Sie dem Ganzen mit noch mehr Bürokratie zu Leibe rücken:

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

weitere Stellen, Ämter-Tetris, neue theoretisch-akademische Steuerungselemente - das „sozialistische“ spare ich mir -, Quoten etc.

Liebe Kollegen von der SPD, warum kommen Sie nicht zu einem viel simpleren Schluss? Wir müssen schneller planen und bauen, und dafür müssen wir Hürden nicht auf-, sondern abbauen.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 41

Einen Antrag in diese Richtung hätte die FDP sicher mitgetragen. So bleibt bei Anerkennung des guten Willens nur die Ablehnung. - Danke.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat jetzt das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier und im Stream! Grundsätzlich kann ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen. Die SPD und DIE LINKE haben sehr gute Dinge gesagt. Nichtsdestotrotz werden wir von Volt auch diesen Antrag ablehnen - nicht, weil wir nicht dem zustimmen, was darin steht, aber, weil der Antrag einfach nicht zielführend ist. Wie Christiane Martin schon gesagt hat, sind viele Dinge nämlich schon in der Verwaltung im Prozess und werden bereits angeschoben, fortgeschrieben und angepasst.

Ich will ja nicht sagen, dass wir hier nicht noch mehr Tempo brauchen oder dass wir nicht natürlich analysieren müssen, wo genau jetzt die Schwierigkeiten sind. Aber was im Antrag an sich steht, ist, wie gesagt, alles bereits beschlossen worden und schon in der Umsetzung. Natürlich wünsche auch ich mir mehr Tempo. Aber aus den genannten Gründen werden wir diesem Antrag jetzt nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.8 abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabrysch. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der Fraktionen Die Linke., FDP und Die FRAKTION betreffend „Sonnen-deck - PV-Anlagen über Autobahnen“ AN/1897/2021

Ich gebe Frau Niknamtavin das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da nach meiner Rede noch ausführlichere Reden folgen, halte ich mich kurz.

Wir möchten heute eine bereits versiegelte Fläche für unsere Energietransformation nutzbar machen. Ende des Monats wird uns die Verwaltung mitteilen, wie versiegelt unsere Stadt ist. Daraus werden wir zwei Schlüsse ziehen müssen:

1. Wo kann entsiegelt werden?
2. Wie können wir die versiegelte Fläche optimaler nutzen?

Unser Antrag kann bereits jetzt einen Beitrag zum Punkt 2 leisten. Daher bitte ich Sie um breite Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort. - Oder Herr Sterck. Sehr gerne auch Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin, das Bild unseres Bundestagskandidaten Volker Görzel hängt ja jetzt in der halben Stadt. Geht man irgendwo auf eine Veranstaltung, wird man freundlich begrüßt: Tag, Herr Görzel. - Dann sage ich: Nein, Herr Görzel ist der andere mit wenigen Haaren; ich bin Herr Sterck.

(Heiterkeit)

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Schmeckpeper, der früher für die Ratsgruppe GUT tätig gewesen ist, hat über dieses Thema mit mir bereits vor langer Zeit einmal gesprochen, auch wegen möglicher Einsatzformen im Rheinischen Revier. Deswegen taucht in diesem Antrag merkwürdigerweise auch die Stadt Kerpen auf, die sich um dieses Thema schon verdient gemacht hat. Aber wir haben uns gedacht: Warum soll das nur entlang der A 4 in Kerpen passieren? Warum soll das nicht auch in Köln stattfinden?

Der Antragsentwurf ist an uns herangetragen worden. Wir haben da gerne mitgemacht. Ich habe mich gewundert, dass sich nachher so wenige Fraktionen hier beteiligt haben. Die möglichen Bedenken werden wir ja sicherlich später hören.

Köln hat wenige Möglichkeiten für erneuerbare Energien. Es soll Fraktionen geben, die gerne mehr Windräder in Köln bauen wollen. Das sehen

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 42

wir als FDP-Fraktion gerade in einer so eng bebauten Stadt kritisch. Wir haben auch schon zig Beschlüsse gefasst, was Photovoltaik angeht. Ich würde einmal behaupten, dass in dieser Richtung in Köln bisher wenig bis nichts passiert ist.

Wir haben, was Flächen angeht, natürlich Probleme, Photovoltaik hier richtig auszurollen. Außer den Dachflächen gibt es da auch wenige Möglichkeiten.

Deswegen müssen wir, wie wir das in anderen Bereichen ja auch tun, über Doppelnutzungen nachdenken. „Doppelnutzungen“ bedeutet: Wie kann man die Fläche in Köln doppelt einsetzen? Da wir hier in Köln große Autobahnflächen haben, haben wir es als nachvollziehbar empfunden, genauer zu prüfen, wie man dort eine Doppelnutzung hinbekommen kann, sodass diese Flächen nicht nur für die individuelle Mobilität zur Verfügung stehen, sondern man dort möglicherweise auch noch etwas Energie erzeugen kann.

Daher hoffe ich, dass die eine oder andere Fraktion sich heute vielleicht doch noch überwinden kann, auch wenn sie nicht Mit Antragsteller ist, dieser Initiative zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen hier im Saal und zu Hause an den Endgeräten! 5 000 bis 6 000 Quadratmeter stehen uns auf öffentlichen Gebäuden zur Verfügung, um diese mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Wenn es gut läuft, können wir in circa zehn Jahren erfolgreich zwei bis drei Schwimmbäder damit beheizen.

Die privaten Dachflächen entziehen sich dem unmittelbaren Zugriff der Stadt und stehen somit nicht in Berechnungsgrundlagen zur Verfügung. Sie sind privat. Daran ist nichts zu rütteln.

Zudem müssten wir, um die städtischen Klimaziele zu erreichen, pro Tag auf 40 Dächern PV-Anlagen installieren, um jährlich 15 000 einzelne Dachflächen zu bebauen, welche von der Verwaltung anvisiert sind.

Natürlich hoffen wir alle darauf, dass sich möglichst viele Eigentümer*innen dazu entschließen,

in Eigeninitiative etwas zur städtischen Klimaneutralität beizusteuern. Jedoch müssen wir als Stadt die Vorreiterin sein.

Ganz abgesehen davon, stehen uns so viele Elektroingenieur*innen aktuell nicht zur Verfügung - ein Job mit Zukunft.

Deswegen haben wir uns auf bereits versiegelte Flächen auf dem Kölner Stadtgebiet konzentriert. Da Stauseen, Berghänge oder Ähnliches in der hiesigen Topografie rar gesät sind, bietet sich die Autobahn mehr als an. Diese riesige Fläche auf dem städtischen Gebiet, deren einzige Nutzung aktuell dem MIV und dem Güterverkehr zur Verfügung steht, sollte einem Mehrfachnutzen dienen. Die Autobahn hat nur eine Eigentümerin. Sie ist verkehrlich gut angebunden und wird auch die nächsten 100 Jahre noch existieren. Ergo: perfekt für Installation und Wartung.

Zudem gibt es mittlerweile lichtdurchlässige PV-Systeme, welche einem befürchteten Tunnel effekt zuvorkommen. Es gibt Beispiele für ausfahrbare Anlagen, welche bei schlechtem Wetter eingefahren werden können und eine Wartung am Rande der Autobahn ohne Vollsperrung ermöglichen.

Jedoch werden auch hier natürlich wieder Ressourcen verbraucht. Aus Pappe lässt sich so etwas nur schwer bauen. Mit einer Stahlseilkonstruktion und sparsamem Einsatz von Masten lässt sich jedoch ein schonender Umgang gestalten. Cradle to Cradle, warum nicht? Es wird in Zukunft immer wichtiger, Materialien so zu verbinden, dass sie dem Kreislauf wieder zugutekommen.

Unser Antrag bzw. unser Prüfauftrag zielt darauf, mehr valide Informationen zu dieser Option und den Grundvoraussetzungen zu erhalten. Außerdem geht es um Gespräche mit landes- und bundesweiten Akteur*innen; denn wir wollen alle Potenziale, die sich bieten, nutzen, abwägen und betrachten. Forschung und Industrie zeigen uns, dass wir als Kommune neue Wege gehen müssen.

In unserer Nachbarkommune Kerpen gab es bereits einen Vorstoß zu diesem Thema, da dort erkannt wurde, dass die städtische Klimaneutralität aufgrund der Belastung durch die Autobahnen nicht erreicht werden kann, ohne diese mit einzu beziehen. Hier bietet sich ein regionaler Zusammenschluss an. Denn auch wir sind vom Strukturwandel in den Nachbarregionen betroffen. Wir müssen Tempo machen und auch mit einzelnen großen Projekten an den Start gehen.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 43

Natürlich kann dieser Antrag auch Teil einer großen Solarstrategie sein. Allerdings würden wir das gerne einzeln betrachten und nicht nur in diesen großen Blumenstrauß mit aufnehmen.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen, damit die Stadt Gespräche aufnehmen kann und wir umfassende Informationen erhalten und Verhandlungsgrundlagen schaffen, um mit der Stadt einen Leuchtturm in Sachen Klimaschutz zu bilden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Schlömer das Wort.

Ursula Schlömer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die Klimaziele zu erreichen, muss Köln beim Ausbau der Photovoltaik massiv zulegen. Da sind wir uns ja anscheinend alle einig.

Zu Beginn der heutigen Sitzung hat unser neuer Beigeordneter William Wolfgramm eindrücklich herausgestellt, dass wir eine PV-Offensive brauchen.

Zunächst einmal bieten die Kölner Dachflächen ein gigantisches Ausbaupotenzial. Dabei sind alle Akteurinnen und Akteure gefragt - vorneweg die Stadt Köln und die städtischen Beteiligungsgesellschaften mit ihren Liegenschaften, weiterhin die Wohnungswirtschaft sowie die privaten Immobilienbesitzer*innen und die Gewerbetreibenden.

Daneben sind natürlich durchaus kreative Ideen gefragt, wie noch weitere Flächenpotenziale im Kölner Stadtgebiet für den PV-Ausbau identifiziert und realisiert werden können.

Allerdings liegt in dem hier vorliegenden Antrag der Fokus nur auf den Autobahnen. Das scheint etwas eng gefasst.

Es geht hierbei auch keineswegs um ein Entweder-oder, also PV auf Dachflächen oder anderweitige Flächenpotenziale, sondern es geht darum, alle möglichen Potenziale, die technisch machbar und ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind, auszuschöpfen.

Wir möchten die inhaltliche Diskussion darüber allerdings zunächst im zuständigen Fachausschuss führen. Daher beantragen wir, nach Abschluss der

jetzigen Debatte den Antrag in den Ausschuss für Klima und Umwelt zu verweisen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jäger hat jetzt das Wort.

Christiane Jäger (SPD): Ich mache die Kommentierung der SPD zu dem Antrag auch gerne vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle hier im Raum und wo auch immer! Es ist ein bemerkenswertes Trio zusammgekommen, das sich auf diesem Antrag findet. Allein das führt dazu, dass man ihn schon sehr genau lesen sollte. Das haben wir dann auch gemacht.

Die Zielrichtung, mehr Flächen für PV hier in dieser Stadt zu finden, ist vollkommen richtig - das haben alle schon gesagt - und unterstützt die SPD-Fraktion selbstverständlich auch.

Eine realistische Chance, dass ein tatsächliches Sonnendeck auf irgendeinem Stück der Autobahn in Köln entstehen wird, sehen wir nicht. Wir glauben nicht, dass jemand hier in diesem Ratssaal erleben wird, dass das tatsächlich gebaut wird - auch die Jüngsten von uns hier nicht. Ich erlaube mir sogar die Kommentierung: Ich vermute, dass selbst das neugeborene Kind von Frau Abé dieses nicht erleben wird.

Nichtsdestotrotz sind wir, die SPD-Fraktion, der Meinung, dass wir natürlich kreative Lösungen brauchen, um mit der Photovoltaik voranzukommen. Deswegen werden wir aus politischen Gründen diesem Antrag auch zustimmen.

Trotzdem möchten wir darauf hinweisen, dass in der Realität unsere Baustellen auf den Autobahnen heute natürlich schon Dauerthema sind. Eigentlich haben wir ein Jahrzehnt von Baustellen und des Dauerthemas Stau, und es geht nichts voran. Weitere Baustellen, auch im Zuge von Photovoltaikerstellung, sind möglicherweise etwas kompliziert und etwas schwierig und bringen uns nicht nach vorne.

Es wäre dem Bürger auch schwer zu vermitteln, warum jetzt bei der Photovoltaik und den Autobahnen seitens der Autobahn GmbH Gas gegeben werden soll, wo doch das Thema Lärmschutzwände seit Jahrzehnten in ganz vielen Ecken dieser Stadt ein großes Problem ist und nichts passiert.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 44

Unsere Anregung ist daher: Möglicherweise muss die Autobahngesellschaft nicht nur gucken, was direkt über der Straße geht, sondern auch schauen, was rechts und links der Straße möglich ist. Möglicherweise gibt es sogar zukünftig kluge Lösungen, Lärmschutzwände direkt mit Photovoltaik zu versehen

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

und in diesem Kontext tatsächlich kreative Lösungen ein Stück voranzubringen.

Wie Sie sehen, haben wir uns damit beschäftigt. Wir teilen also politisch diesen Antrag und werden ihm zustimmen. Ich könnte es auch so formulieren: Bei Anerkennung des guten Willens stimmt die SPD-Fraktion zu.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen großen Konsens, glaube ich, dass wir den Photovoltaikausbau schnell vorantreiben müssen.

Herr Wolfgramm hat vorhin schon etwas zum Verhandlungsergebnis zwischen RheinEnergie und Klimawende Köln gesagt. Das fordert uns ja noch einmal heraus. Wenn ich das richtig herausgehört habe, haben Sie auch einen gewissen Respekt vor diesem Ergebnis und wissen, dass das schon eine enorme Herausforderung ist.

Wir haben in Köln viele Dächer: kleine, große, schräge, steile, flache. Aber alle Dächer werden nicht ausreichen, um in kurzer Zeit schnell den Photovoltaikausbau voranzutreiben, sodass wir glauben, dass wir tatsächlich auch zusätzliche Flächen benötigen.

Hier ist jetzt ein innovativer Ansatz vorgestellt worden, der aber auch seine Haken und Ösen hat. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass es eine ressourcenschonende Bauart sein soll. Das ist nämlich genau die Herausforderung - unter anderem. Sicherlich gibt es auch noch von den Genehmigungen her große Hürden zu nehmen.

Wir möchten dem Antrag aber gerne eine Chance geben und ihn im Fachausschuss weiterberaten.

Wir sind allerdings auch der Meinung, dass wir das in einer Gesamtschau mit den anderen Möglichkeiten, Photovoltaik auszubauen, machen sollten. Deswegen schließen wir uns an und bitten um Verweisung in den Fachausschuss.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause! Ich halte mich kurz und bleibe dabei am Platz.

Auch wir erkennen natürlich die Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien an und freuen uns sehr, dann mit Herrn Wolfgramm auch innovative Vorschläge wie diesen zu diskutieren. Aber wir haben seit dieser Ratsperiode einen Ausschuss für Klima. In diesem Ausschuss sollten wir das auch fachlich diskutieren, finde ich. Ich sitze glücklicherweise selber auch darin und freue mich dann schon auf diese Diskussion. Trotzdem vielen, vielen Dank für die innovative Idee.

Ich freue mich auf den Austausch in diesem Gremium, dem Ausschuss für Klima, und schließe mich meinen Vorrednern an, die um Verweisung in diesen Ausschuss bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Frau Gabrysch auf der Rednerliste.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es überrascht euch wahrscheinlich nicht, dass ich ein großer Fan von dieser Initiative, von dieser Idee bin. Die KLIMA FREUNDE treten - das habe ich ja schon mehr als oft genug gesagt - natürlich absolut dafür ein, dass auch PV mit großen Schritten voranschreitet. Wenn wir es mit der Klimawende ernst meinen und unsere Stadt schnellstmöglich und bestmöglich klimaresilient machen wollen, dann brauchen wir auch eine schnellstmögliche und bestmögliche Energiewende. Und da ist das Thema PV einfach einer der größten Bestandteile.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 45

Deswegen begrüße ich auch sehr, dass die RheinEnergie eine PV-Offensive für Köln ausgerufen hat und dass sich in diesem Jahr auch die Bürger*inneninitiative Solaroffensive Köln gegründet hat.

Wir müssen alle Flächen nutzen - jeden Quadratmeter - für PV, für Strom, für Wärme und auch für Dachbegrünung. Es wird eine riesen-große Herausforderung. Umso wichtiger ist es, dass wir an allen Stellen schauen. Wir brauchen private Dächer. Wir brauchen wirtschaftlich genutzte Dächer. Wir brauchen unsere öffentlichen Dächer. Wir brauchen eben auch Flächen, die sich in unserem Stadtraum befinden und die uns nicht gehören, sondern vielleicht der Bundesebene gehören.

Deswegen begrüße ich dieses innovative, kreative Projekt umso mehr. Ich würde mir wünschen - - Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, was da-gegensprechen würde, ein solches Projekt auch mal separat zu betrachten und auch mal voranzuziehen. Wenn wir das jetzt wieder in eine gesamte städtische Planung einbetten, verzögern wir meiner Meinung nach den Prozess, was dieses Projekt angeht, nur unnötig, gerade weil es ein ganz besonderes Projekt ist.

Ich begrüße auch, dass hier gerade schon das Thema Lärmschutzwände angeführt wurde. Denn genau das wäre auch etwas, was ich noch zu ergänzen gehabt hätte. Man sollte wirklich darüber nachdenken, ob es nicht technisch möglich ist, bei diesen Wänden die PV-Module auch zum Lärmschutz mitzuverwenden.

Ich wünsche mir wirklich, dass wir über diesen Antrag heute positiv entscheiden, damit wir möglichst zügig voranschreiten können, neue Wege in Richtung Strukturwandel gehen, ein ganz klares Zeichen setzen, auch in der regionalen Zusammenarbeit, und wirklich mal mutig und kreativ vorangehen. Ich hatte das vorhin auch schon einmal gesagt. Natürlich freue ich mich sehr, wenn wir in alle Richtungen schauen und das den anderen nachmachen. Ich fände es aber umso schöner, wenn wir auch den Mut hätten, mal selber voranzugehen.

Von einem Weiteren bin ich auch überzeugt, was diese PV-Offensive angeht. Die Energiewende, die wir zur Klimawende brauchen, zieht sich durch alle Bereiche durch. Wir haben hier über die Flächennutzung zu beraten und zu entscheiden. Dann brauchen wir natürlich auch Beratungsstellen, bei denen sich alle Akteur*innen, alle Stakeholder*innen beraten lassen können. Da mangelt

es absolut an Kapazitäten. Die Beratungsbüros sind jetzt schon überlaufen.

Außerdem brauchen wir Hersteller von Modulen und Zulieferer. Lasst uns doch die Leute hierher holen. Lasst uns doch die Leute ins Rheinische Revier holen. Lasst uns doch hier eine kleine PV-Metropole aufbauen. Und lasst uns eine Ausbildungsoffensive starten. Das ist auch total wichtig; denn es mangelt absolut an Solarteuren, an Dachdeckern und an Elektronikingenieuren.

Ich plädiere also absolut dafür. Die KLIMA FREUNDE werden - ihr könnt es euch denken - mit wehenden Fahnen für diesen Antrag stimmen. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn wir damit heute den Startschuss für etwas ganz Großes setzen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün verwiesen werden soll. Das war der Antrag der Grünen, der dann auch im Weiteren Zustimmung fand. Gibt es Gegenstimmen? - Von den LINKEN, der FDP und der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen.

Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Köln. Aber normal. Beendigung der unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen“ AN/1896/2021

Herr Busch hat das Wort.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dänemark hat nicht nur seine ganz eigenen sozialdemokratischen Ideen von Einwanderung und Asyl, sondern auch, was das Thema Corona angeht. Bereits seit dem 14. Juni 2021 gibt es in Dänemark keine Maskenpflicht mehr, außer in Bussen und Bahnen.

(Beifall bei der AfD)

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 46

Damals hatte Dänemark eine Impfquote bei COVID-19-Impfungen von 25 Prozent. Eine Maskenpflicht in Bussen und Bahnen gibt es heute dort nicht mehr.

In Deutschland kann man bei einer Impfquote von 62,9 Prozent nur davon träumen, dass die Politik auf den Gedanken kommt, dem Bürger auch nur den Anschein von Erleichterung der Maßnahmen zukommen zu lassen.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht sei hier auch einmal erwähnt, dass Grundrechte keine Gnadenrechte sind.

(Beifall bei der AfD)

Seitens der Politik wird dies gern einmal vergessen - mit Aussagen wie, der Bürger solle sich nur brav an Vorgaben halten, die man nach Gutdünken ersonnen hat, damit er die unverhandelbaren Rechte wiederbekommt. Es geht hier aber nicht um Gnadenrecht, sondern darum, dass sich die Politik immer und auch gerade bei Härte dieser Eingriffe fragen lassen muss, ob dies noch verhältnismäßig ist.

Nun hat Dänemark die Pandemie für beendet erklärt, ganz ohne weitere Lockdowns und Bevormundungen. Seit dem 10. September 2021 gibt es in Dänemark keine sogenannten G-Regeln mehr. Niemand muss nachweisen, dass er genesen, geimpft oder gesund ist.

Schon allein, dass man als Ungeimpfter benachteiligt wird, ist abstrus, da Geimpfte und Genesene laut Gesundheitsamt der Stadt Köln genauso ansteckend sein können wie alle anderen auch.

Hier lässt man es wieder an Verhältnismäßigkeit missen - wie so oft in den letzten anderthalb Jahren.

Während wir heute selbst im Rat kontrolliert wurden - und der eine oder andere hatte Probleme beim Einlass; ich habe das persönlich mitbekommen - und mit Maske ans Rednerpult gehen müssen, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!)

- Es ist so. Das haben wir eben mitbekommen. Da können Sie „Quatsch“ sagen. Fragen Sie nach.

- kann man in Dänemark unbeschwert essen und einkaufen gehen.

(Zurufe: Ab nach Dänemark mit dir! - Das ist eine Ausrede!)

- Alles gut.

Lassen Sie uns also wenigstens auf dieser Ebene die uns zur Verfügung stehenden Maßnahmen beenden und als Rat offen an Landes- und Bundesregierung kommunizieren, dass man sich seitens der Regierung an die mehrfach gebrochenen Versprechen halten möge.

(Beifall bei der AfD)

So versprach Bundesgesundheitsminister Jens Spahn den Bürgern, wenn allen ein Impfangebot gemacht wurde, würden die Einschränkungen ein Ende haben. Jedem Bürger konnte ein Impfangebot gemacht werden.

Eine Impfpflicht durch die Hintertür lehnen wir ab - egal, wie sehr der Stand der Grundrechte durch die Sturmgeschütze des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und anderer öffentlich-rechtlicher Meinungen bereits marode geschossen wurde.

Jetzt ist es an der Zeit, die Maßnahmen zu beenden. Dänemark macht es uns vor. Wir als Köln können zeigen, dass wir in allen Belangen innovativ sind. Seien wir wie unser skandinavischer Nachbar. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, nur zur Information: Ihnen dürfte bekannt sein, dass nach der Coronaschutzverordnung des Landes die einzelnen Kommunen nicht befugt sind, solche weitgehenden Ausnahmeregelungen zu treffen. Angesichts der pandemischen Lage würde ein solches Schreiben auch nicht dem Interesse der Stadt Köln entsprechen. - Das wollte ich Ihnen nur noch einmal aus unserer Sicht bestätigen.

(Philipp Busch [AfD]: Darf ich dann direkt dazu Stellung nehmen, Frau Oberbürgermeisterin?)

- Ich gehe jetzt in die Abstimmung. Sie hatten die Möglichkeit, zu sprechen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 47

3.1.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Bürogebäude RWE zur Gesamtschule umwidmen“ AN/1902/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/1993/2021

Ich gebe Herrn Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vor gut einem Jahr bin ich, wie einige andere auch, neu in diesen Rat gewählt worden. Wenn mir allerdings vorher jemand gesagt hätte, dass im Rat der Stadt Köln ein Jahr lang nicht eine einzige Debatte über den Kölner Schulbau geführt wird, hätte ich mich wahrscheinlich gewundert.

Auch wenn Ihre Erinnerungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, an die eigene Schulzeit möglicherweise unterschiedlich ausfallen und bei einigen vielleicht schon etwas verblassen, werden wir eines allerdings gemeinsam haben: An die Angst und Sorge, dass die Wunschschule bzw. die Schule im Veedel einen als Kind ablehnt, muss sich höchstwahrscheinlich keine oder keiner von Ihnen erinnern.

Aber genau diese Dramen spielen sich seit Jahren in vielen, zu vielen Kölner Familien ab. Eltern bangen dem Tag der Schulplatzbenachrichtigung entgegen. Kinder empfinden eine Schulabsage als persönliche Zurückweisung. Sie können einfach nicht verstehen, warum ihre Freundinnen und Freunde ausgewählt werden und sie nicht.

Und diese Situation ist in den letzten Jahren nicht besser, sondern deutlich schlimmer geworden.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat im Frühjahr ihren vorläufigen Höhepunkt mit 700 Schulplatzablehnungen an Gesamtschulen und über 400 Ablehnungen für Gymnasien erreicht. In über 50 Familien musste man sogar die Ablehnung in der zweiten Verteilerrunde hinnehmen. Hinzu kommen noch Hunderte von Familien, die monatelang nach der Entscheidung für ihre Wunschschule im Ungewissen bleiben.

Die allgemeine Betroffenheit war groß, und die Reaktionen aus dem politischen Raum waren ähnlich. In der folgenden Schulausschusssitzung fielen Sätze wie: Das Thema Schulbau muss allerhöchste Priorität haben. Kurz- und mittelfristige

Lösungen müssen nun her. Auch unkonventionelle Wege müssen beschritten werden.

Genau darum geht es uns jetzt in diesem Antrag. Wenn der klassische Schulbau deutlich zu langsam ist und wenn sich die Schulplatznot noch verschärft - darauf deuten auch die ja zum Glück steigenden Kinderzahlen hin -, müssen wir andere, neue Wege beschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch nicht schlimm, wenn es dann endlich einmal etwas schneller geht. Das sind wir insbesondere den Kindern in unserer Stadt schuldig.

Mit dem Bürogebäude auf der Aachener Straße ist vor ein paar Monaten eine schnelle und passende Lösung für ein Gymnasium gefunden worden. Hier entsteht eine Schule innerhalb eines Jahres.

(Beifall bei der SPD)

In der Bezirksvertretung Porz gibt es den einstimmigen Beschluss, das Grundstück Porzer Ringstraße für ein Schulgebäude zu nutzen.

Wir wollen nun mit dem Erwerb bzw. der Nutzung des RWE-Gebäudes die Gelegenheit für eine Gesamtschule einbringen. Die Vorteile liegen auf der Hand.

Erstens: ein ausreichend großes bestehendes Gebäude ohne langwierige Planungs- und Bauzeiten und keine zusätzliche Versiegelung durch einen Neubau.

Zweitens: eine lernförderliche Umgebung im Grünen geschaffen. Ich denke an den Lernort im Stadtwald und bei benachbartem Urban Gardening.

Drittens: eine vorhandene Anbindung an Radwege und die Straßenbahn. Gerade die KVB-Linie 7 bietet mit ihrer Trassenführung eine Anbindung an mehrere Stadtbezirke bis in die Innenstadt, wo besondere Knappheit an Gesamtschulplätzen herrscht.

Viertens: die Möglichkeit von Rückbau bzw. Entsiegelung. Der vorhandene Mitarbeiter*innenparkplatz bietet sich zum Beispiel als entsiegelter Schulhof bzw. Bewegungsraum an.

Geben wir den betroffenen Familien, die sich ernste Sorgen um die Schulplätze an weiterführenden Schulen und insbesondere an Gesamtschulen machen, ein klares Zeichen:

(Beifall bei der SPD)

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 48

Wir lassen nichts unversucht, um die Schulbaumi-
sere in den Griff zu bekommen.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, wir haben uns
verständigt, dass der Antrag, den wir eingebracht
haben, und der Änderungsantrag des Bündnisses
wie folgt miteinander verbunden werden können:
Nach unseren Punkten 1 und 2 wird als Punkt 3
der erste Punkt aus dem Beschlussvorschlag des
Bündnisses eingebaut, allerdings erst beginnend
mit dem Passus „Auch ist darzustellen“. Der
zweite Punkt des Beschlussvorschlags des Bünd-
nisses wird als Punkt 4 übernommen. Der dritte
Punkt wird dann zu Punkt 5. - Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat
Frau Hölzing das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grü-
nen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!
Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und
Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen,
auch an den Endgeräten draußen! Wir brauchen
Gesamtschulen, und das dringend. Das wissen
wir. Aber wir können sie eben nicht herbeihexen.

Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung sind
wir von der Verwaltung immer wieder aufgefordert
worden: Nennt uns mögliche Grundstücke und
Gebäude, die wir für Schule prüfen und nutzen
können. - Alles ist somit willkommen. Alles will die
Verwaltung prüfen.

Wir Grünen unsererseits haben die Verwaltung
aufgefordert: Seid kreativ. Seid flexibel. Geht un-
konventionelle Wege im Hinblick auf die Schaf-
fung von Schul- und Gesamtschulplätzen.

Insofern ist die Prüfung des RWE-Verwaltungsge-
bäudes auf dessen Tauglichkeit als Gesamtschule
zu begrüßen. Für uns steht aber die Frage im
Raum, ob dieses Gebäude überhaupt ansatz-
weise für Schule geeignet ist. Hier handelt es sich
um einen alten 70er-Jahre-Bau mit erheblichen
Handicaps. Es gibt keinen Bebauungsplan und
keinen Aufstellungsplan. Vergaberechtliche Fra-
gen müssen wohl auch noch geklärt werden.

Dieses Gebäude ist nicht vergleichbar mit dem
Unitymedia-Gebäude an der Aachener Straße,
das wir kürzlich für ein Gymnasium angemietet
haben. Das Haus dort kam den Ansprüchen von
Schule schon relativ weit entgegen - im Unter-
schied zu dem RWE-Verwaltungsgebäude. Die

Treppenhäuser und Aufzüge liegen innen auf ei-
ner Achse, und die Büroflächen schließen sich wie
Tortenstücke rundherum daran an. Das wird bei
der Aufteilung in Klassen eine Schwierigkeit sein,
und auch der Brandschutz wird eine entschei-
dende Rolle spielen.

Ein von uns am Schulstandort vorgeschlagenes
leer stehendes ehemaliges Bürohaus bzw. Möbel-
haus in Kalk fiel bei einer solchen Prüfung sofort
durch.

Eine Versiegelung weiterer Flächen an dieser
Stelle - immerhin liegt das Grundstück im Grün-
gürtel, was wir nicht vergessen wollen -, zum Bei-
spiel beim Bau von Sporthallen oder Parkplätzen
für Lehrkräfte, lehnen wir ab. Wir wollen dort so
viel Entsiegelung wie möglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da wir im Stadtgebiet auch einen Mangel an Se-
nior*innenwohnanlagen beklagen und diese Nut-
zung vom Investor selbst für dieses Gebäude
schon angedacht wurde, fordern wir die Verwal-
tung auf, auch diese Möglichkeit einer Mischnut-
zung zu prüfen.

Von einer schnellen Schaffung von Gesamtschul-
plätzen an diesem Ort ist also wahrscheinlich
nicht auszugehen. Und eine Gesamtschule hier
wird sicher eins, nämlich sehr teuer, weil wir ja auf
einen Investor angewiesen sind.

Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, parallel
dazu die Prüfung des von uns eingebrachten
Standorts am Salzburger Weg

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

wieder aufzunehmen. Wir haben hier nur einen
Steinwurf entfernt ein städtisches Grundstück,
das unserer Meinung nach ebenfalls Potenzial für
eine Gesamtschule hat und weitere Möglichkeiten
bietet.

Im Schulausschuss vor gerade einmal 17 Tagen
hat die Verwaltung kundgetan, dass wir in diesem
Stadtteil keine weiterführende Schule mehr brau-
chen. Dass weiterführende Schulen aber keine
bezirklichen Stadtteilschulen sind, sondern ge-
samstädtische Schulen, wissen wir alle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Der Dezernent Voigtsberger hat das aber in der
Kölner Rundschau am 10. September 2021 rela-
tiviert. Er begrüßt die Antragsinitiative der SPD.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 49

Damit ist jetzt klar, dass auch in Lindenthal Gesamtschulplätze geprüft werden. Und das begrüßen wir unsererseits sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Schülerinnen und Schüler, die auch in diesem Jahr wieder keinen Platz an einer Kölner Gesamtschule bekommen haben! Wir sind uns einig - nicht nur im Rat, sondern auch im Schulausschuss -: Wir brauchen Gesamtschulen in dieser Stadt, wir wollen Gesamtschulen in dieser Stadt, und wir werden zusätzliche Gesamtschulplätze schaffen - nicht nur durch die Diskussion oder den vermutlichen Beschluss in der heutigen Ratssitzung, sondern schon durch den Schulentwicklungsplan, der maßgeblich von diesem Bündnis, aber auch von weiteren politischen Freunden unterstützt wurde, in dem ganz klar steht: 13 neue Gesamtschulen und acht neue Gymnasien wollen und müssen wir hier in Köln schaffen.

Der Unterschied zu vergangenen Zeiten ist nicht nur, dass man vielleicht alles lustig erklärt und schreibt, was man gerne die nächsten 20 Jahre haben will, sondern dass wir es in dieser Stadt vielleicht auch einmal umsetzen. Qualität hat ihren Preis und kostet. Das haben wir verstanden. Wir haben durch unsere Schulbaubeschleunigungspakete 1 und 2 auch Gymnasien und Gesamtschulen auf den Weg gebracht. Aber zur Wahrheit gehört genauso: Wenn man 30 Jahre lang die Schulen verkommen lässt, die Sanierung nicht durchführt und den Schulneubau nicht vornimmt, dann wird man das auch in zehn Jahren oder in einer Regentschaft als Oberbürgermeisterin nicht korrigieren können.

Deshalb sind wir selbstverständlich dabei, alle Möglichkeiten zu prüfen und uns keine Denkverbote auferlegen zu lassen, wie wir zusätzlichen Schulraum und zusätzliche Schulplätze schaffen können - ganz besonders auch, wenn in diesem Jahr 695 Kinder keinen Platz auf einer Gesamtschule bekommen können.

Sie können versichert sein - hier spreche ich für die Verwaltung wie auch für den Vorsitzenden des Schulausschusses, aber auch die Sprecher der

Fraktionen -, dass wir in jeder Sitzung des Schulausschusses darum ringen und überlegen, wie wir diese Plätze hinkommen.

Deshalb hätte ich mir diese Debatte auch im Schulausschuss gewünscht. Aber jetzt wird sie hier geführt. Das ist auch in Ordnung. Wie meine Vorrednerin schon deutlich gemacht hat, möchte ich hier nur nicht sagen: Wir versprechen, dass das an diesem Standort klappt. - Denn dann wäre die Frustration hinterher nur umso größer.

Aber wir beauftragen die Verwaltung, das zu prüfen. Das tun wir heute hier ja wohl mit allergrößter Mehrheit. Dann bin ich auch auf das Ergebnis der Prüfung gespannt. Als Vorsitzender des Schulausschusses wünsche ich mir natürlich, dass wir dort Gesamtschulplätze errichten können. Aber wir wünschen uns auch, dass wir früh genug eine Antwort haben, um zu sehen: Können wir damit planen, oder können wir damit nicht planen?

Sich nur auf diesen Antrag oder auf dieses Grundstück zu fokussieren, ist ja auch ein bisschen wenig. Deshalb wurde zu Recht gesagt: Wir als Politik haben den Salzburger Weg nicht aufgegeben. Für uns ist das ein guter Standort für eine Gesamtschule. Deshalb schreiben wir das auch wieder in diesen Antrag hinein.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es ist ja nicht so, dass nichts passieren würde oder keine Ideen da wären. Wir wollen auch im Stadtbezirk Ehrenfeld zügiger eine vorgezogene Gesamtschule bauen. Hier nenne ich nur das Interim Fitzmauricestraße. Das sind ja Dinge, bei denen wir hoffentlich zum Zeitpunkt X - wobei X nicht größer als 1 sein sollte, in Jahren gerechnet - eine Antwort bekommen, wann das realisierbar sein wird.

Erwähnen möchte ich hier auch: Wenn sich aber herausstellt, dass dort keine Schulnutzung bzw. keine Gesamtschulnutzung möglich ist - es ist ja ein Gewerbegebiet, muss man sagen -, würden wir uns wünschen, dass natürlich auch geprüft wird, inwieweit eine gewerbliche oder wirtschaftliche Nutzung an diesem Standort möglich ist.

Wie Sie sehen, erwähne ich das ganz am Ende meiner Rede, um auch klarzumachen: Ich wünsche mir, dass eine Verwirklichung möglich ist und dort zusätzliche Gesamtschulplätze geschaffen werden können. Denn unser Ziel bleiben 13 neue Gesamtschulen und acht neue Gymnasien, um - vielleicht mit Blick auf die nächsten zehn Jahre - den Bedarf an Plätzen hier decken zu können.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 50

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und werbe natürlich um Zustimmung zu diesem kombinierten Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind, denke ich, zwei gute Anträge aus dem Schulausschuss. Ich finde es sehr gut, dass die SPD diesen Antrag gestellt hat. Wir können damit durch den Änderungsantrag des regierenden Ratsbündnisses heute auch in Bezug auf das Problem Salzburger Weg entscheiden. Es ist auch eine sehr gute Sache, dass ihr das eingebracht habt.

Wir müssen natürlich Folgendes sehen - Helge Schlieben hat es angesprochen -: Der Schulentwicklungsplan sieht zwar 13 Gesamtschulen und acht Gymnasien vor. Aber als Zielvorstellung ist schon dort angepeilt, dass bis zum Jahr 2030 das Ziel, dass kein Kind mehr an einer Gesamtschule abgelehnt wird, erreicht wird. Das ist natürlich eine lange Zeit. Das heißt, dass noch viele Jahre Kinder an Kölner Gesamtschulen abgelehnt werden.

Zudem ist diese Zielsetzung wackelig. Das wissen wir alle. Das beruht nicht nur auf den Schwierigkeiten beim Schulbau, sondern auch darauf, dass der Schulentwicklungsplan diese Zielsetzung unter der Bedingung formuliert, dass der Anteil der Eltern und Kinder, die die Gesamtschulen wählen, nicht zunimmt. In den vergangenen zehn Jahren ist das aber ganz anders gewesen. Der Anteil dieser Wahl ist steil in die Höhe gegangen.

Darüber hinaus beruht es darauf, dass zum Beispiel die Klassengrößen - und gerade Gesamtschulen sind alle inklusive Schulen - nicht verändert werden. Das bedeutet, dass die Inklusion an Schulen, ob Gesamtschulen, Realschulen oder Hauptschulen, auch weiter in sehr großen Klassen stattfindet - etwas, was pädagogisch überhaupt nicht wünschenswert ist.

Das heißt: Wir sprechen hier heute natürlich über eine starke Notmaßnahme. Das wissen wir alle. Wir sprechen seit Langem vom Schulbaunotstand.

Zu diesem Schulbaunotstand gehört auch, dass im Moment die Situation mit neun Gesamtschulen

sehr bitter aussieht. Es hat 2020 und 2021 keinen einzigen neuen Platz in einer neu gebauten Gesamtschule gegeben. 2022 werden - die Zahlen sind im Ausschuss kürzlich bekannt gegeben worden - 186 neue Schulplätze im 5. Schuljahr an Gymnasien geschaffen, aber nur 27 an einer Gesamtschule.

Diese realen Tatsachen sprechen nicht dafür, dass bisher der Ausbau von Gesamtschulen für die Stadt Köln ebenso wichtig ist wie der von Gymnasien.

Das bedauert DIE LINKE sehr; denn viele Studien belegen, dass an Gesamtschulen Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen und mit Migrationshintergrund eine bessere Chance auf höhere Schulabschlüsse haben als im traditionellen dreigliedrigen Schulsystem.

Die Anträge, die wir heute besprechen, sollten so, wie das hier formuliert ist, auch eine unvoreingenommene, offene Prüfung beinhalten.

Mir gefällt es jetzt besser, dass wir so abstimmen, dass der Antrag der SPD im Punkt 1 zur Grundlage genommen wird; denn bei den Kosten müssen wir sehen, dass wir gerade für dringend nötigen Schulplatz an der Aachener Straße schon eine stattliche Summe bezahlen. Das werden wir heute beschließen. Der Rat ist auch in der Pflicht, zu sagen: Wenn es um Gesamtschulplätze geht, dann werden wir in dieser Notlage auch Geld in die Hand nehmen und nicht auf einmal da mit dem Taschenrechner daherkommen und noch einmal über die Kosten nachdenken.

Die Versiegelungsproblematik im Grüngürtel zu beachten, ist ein wichtiger Gesichtspunkt. Die Prüfung des Gebäudes könnte dennoch ergeben, dass man einfach das Gebäude abreißt und sich aber als Stadt auf jeden Fall die Fläche sichert. Alle Möglichkeiten wahrnehmen, auch unkonventionelle, heißt: Wir erwarten von der Verwaltung, dass die Sicherung des Grundstückes auf jeden Fall in Betracht gezogen wird.

Den Punkt zum Salzburger Weg unterstützen wir, wie gesagt.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir auch im Rechtsrheinischen, auf der Schäl Sick, auf der ich auch wohne, einen Standort haben, nämlich im Stadtteil Neubrück am Helene-Weber-Platz, an dem eine dringend benötigte zweite Gesamtschule für den Stadtbezirk Kalk entstehen kann. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, diese Möglichkeit wahrzunehmen. Dafür spricht nicht nur der Bedarf an Gesamtschulplätzen im Stadtbezirk

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 51

Kalk, sondern dort könnte auch zeitnah schon zum nächsten Schuljahr eine Gesamtschule mit 108 Plätzen im 5. Schuljahr entstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich hatte gerade schon Sorge, dass wir eine aktuelle Stunde zu Gesamtschulen haben, Herr Kockerbeck. Aber da haben wir noch mal Glück gehabt.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vorsitzende des Bauausschusses und als Bildungspolitikerin schlagen hier zwei Herzen in meiner Brust. Denn sowohl die Pläne des Investors für seniorenge-rechtes Wohnen als auch die Prüfung, ob hier eine Schule angesiedelt werden kann, sind sinnvoll, und der Bedarf ist auf jeden Fall bei beiden Dingen da.

Gerne möchte ich aber daran erinnern, dass man das Fell des Bären nicht verteilen sollte, bevor dieser erlegt ist. Hier bedeutet das konkret, dass wir kein natürliches Zugriffsrecht haben, sondern es nur versuchen können - bzw. die Verwaltung muss es versuchen. Sozialistische Mittel, der Immobilie habhaft zu werden, lehnen wir als FDP naturgemäß ab. Dem können wir dann auch nicht zustimmen.

Beim Änderungsantrag des Ratsbündnisses können wir aber gerne mitgehen. Er entspricht in etwa der Beschlusslage in der BV. Und warum sollten wir das nicht einfach prüfen?

Wie schon am Salzburger Weg würde ich mir allerdings wünschen, dass wir bei der Prüfung der Schulformen etwas offener sind bezüglich Varianten: Was kann man da wirklich am besten hin-bauen? - Sie wissen, dass selbst ich mich nicht mehr gegen Gesamtschulen wehre. Wir haben den Bedarf für alle weiterführenden Schulen - das wird auch lange noch so bleiben - und müssen zu-sehen, dass wir das gleichmäßig übers Stadtge-biet erledigt bekommen.

Aber vielleicht gibt es eine bessere Lösung als eine Gesamtschule. Denn Gesamtschulen haben vielfältige räumlich-pädagogische Anforderungen. Und dafür, die mal so eben in einen Verwaltungs-bau aus den 70er-Jahren zu pressen, fehlt selbst

mir als Architektin, Herr Seeck, die Fantasie. Allein die Länge des Planungs- und Bauverfahrens würde vermutlich jeden Neubau toppen. So schnell kriegen wir das da leider nicht hin.

Vielleicht müssen wir gemeinsam im Schulaus-schuss - ich würde darum bitten, dass wir dort dann wieder darüber diskutieren - überlegen, ob es andere Ideen dazu gibt. Warum zum Beispiel nicht ein Berufskolleg, dessen Schüler sowieso von außerhalb kommen, nach dort draußen verlegen und dafür in der Stadt Gesamtschulplätze frei machen, oder andere alternative Lösungsfor-men?

Zur Entsiegelung der Flächen kann ich nur sagen: Wir haben in dieser Stadt noch nicht beschlossen, dass wir keine Lehrerparkplätze mehr brauchen. Und eine so große Schule braucht leider auch viele Lehrerparkplätze. Das ist ein frommer Wunsch. Aber da wird nicht viel passieren.

Ich freue mich auf eine entsprechende Überle-gung und Diskussion im Ausschuss für Schule und Weiterbildung, und ich freue mich, wenn die Stadt es schafft, dieses Gebäude zu bekommen, um eine vernünftige Nutzung unterzubringen. Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Morgen steht die Gesamtschule dort nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Ruffen, war das ein Antrag zur Geschäftsordnung, in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu verweisen?

Stefanie Ruffen (FDP): Dem Änderungsantrag würden wir als FDP zustimmen. Ich möchte, dass wir im Ausschuss für Schule und Weiterbildung darüber diskutieren, wie wir weitergehen. Aber dem Änderungsantrag stimmen wir heute zu. Somit kann die Verwaltung ja versuchen, erst einmal das Gebäude zu bekommen bzw. zu prüfen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist also kein direkter Verweisungsantrag?

Stefanie Ruffen (FDP): Nein.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 52

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Ich will es ja nur klären, damit ich richtig abstimmen lasse. - Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle! Die SPD hat in ihrem Antrag richtig festgestellt, dass es an Gesamtschulplätzen mangelt. Da gehen wir mit. Vor einer guten Stunde haben Sie ebenso festgestellt, dass es einen enormen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gibt. Da gehen wir auch mit.

In diesem Antrag hätten Sie wunderbar zeigen können, dass auch beides gleichzeitig möglich ist

(Beifall bei Volt)

und dass Sie nicht nur reden, sondern auch mal etwas machen wollen. Das Ergebnis ist nun dieser Antrag. Als Politik stehen wir aber vor der Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen zu setzen, um beide Mängel zu beseitigen. Die SPD hat das Wohnen leider hier vergessen.

Daher haben wir auch den gemeinsamen Änderungsantrag des Bündnisses eingebracht und setzen uns dafür ein, dass neben der Umwandlung in eine Gesamtschule auch die Wohnnutzung mitgedacht wird. Der Standort ist ideal, insbesondere im Bezirk Lindenthal, um das gemeinsame Lernen und das Mehrgenerationenwohnen zu ermöglichen.

Wir wollen das gemeinsame Lernen und gemeinschaftliche Wohnen fördern. Modelle wie das Mehrgenerationenwohnen machen das Wohnen erschwinglicher, verringern durch das gemeinsame Nutzen der Ressourcen die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und verbessern den sozialen Zusammenhalt - alles zutiefst SPD-lastige Themen.

Deswegen freuen wir uns natürlich auch darüber, dass wir alle damit jetzt zusammen zustimmen.

Wir stellen uns jedoch die Frage, warum diese Anmietung jetzt von der SPD wieder hier im öffentlichen Teil besprochen werden muss. Das Gebäude ist längst verkauft. Es ist ein bisschen spät gewesen, das jetzt zu beantragen. Das Vorkaufrecht kann auch nicht mehr gezogen werden. Und die Verwaltung ist ja bereits in Gesprächen mit den Eigentümer*innen. Ich hoffe oder wir hoffen nur, dass dieser Antrag in der Öffentlichkeit jetzt nicht dazu geführt hat, dass der Investor zu Hause sitzt und sich über klingelnde Kassen freut. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch hat jetzt das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen aus der Politik und der Verwaltung! Wir haben heute hier schon viel darüber gehört, was wir alles in dieser Stadt brauchen. Und zum Stichwort Mischnutzung möchte ich jetzt mit sehr polemisch großen Worten sagen:

Ich habe einen Traum. Ich habe einen Traum für Köln. Ich habe einen Traum von einem Gebäude, das dem Gemeinwohl zur Verfügung gestellt wird, das einer Kombination aus Mehrgenerationenhaus, sozialem Wohnraum, gerne auch Kita, Schule und Umweltbildungszentrum gleichkommt, das nicht der Gewinnmaximierung dienen soll und das eine Art ökosoziales Transformationszentrum ist. Wir durften - ich erwähnte es bereits - im WandelWerk ja schon ein Jahr lang bewundern, was so ein Raum an Kreativität, an Schaffenspotenzial und an zukunftsweisenden Ideen hervorbringen kann.

Ich habe einen Traum von einem Ort, wo Selbstversorgung großgeschrieben wird, wo wir wieder lernen, uns selbst zu versorgen, wo wir wieder lernen, was unsere Eltern, Großeltern und Ahnen noch wussten und noch konnten, wo es um Flächennutzung geht, wo jeder Quadratzentimeter bestmöglich genutzt wird - für PV, für Strom und Wärme, für Wind und für Grün; Fassaden, Dächer und Balkone werden genutzt; solche Orte gibt es bereits in anderen Teilen dieser Welt -, wo es ein umfassendes Wasserauffangsystem gibt und wo es einen Gemeinschaftsgarten gibt, in dem gemeinsam gewerkelt wird.

Ich habe einen Traum von einem Raum für Gemeinschaft, Kreativität, Nachhaltigkeit, Bildung, Kultur, Forschung und Entwicklung.

Ich habe den Traum davon, dass ein solches Objekt wie das, über das wir hier gerade sprechen, ein Pilotprojekt zum Thema Quartiersentwicklung - Superblock oder wie auch immer wir das nennen möchten - werden kann, wo die Stadt Köln mutig vorgeht und wirklich mal alles, was schon irgendwo im Raum steht, zusammen betrachtet und schaut, was in einem solchen großen Gebäude und den anliegenden Flächen möglich ist.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 53

Letzten Endes spielt bei diesem Traum keine Rolle, ob das jetzt genau dieser Standort sein wird oder ein anderer. Wir haben gerade auch von mehreren anderen Standorten gehört. Es gibt viele Gebäude und viele Flächen in Köln, die dafür infrage kämen, so einen Traum mal anzugehen. Am besten gäbe es natürlich solche Orte in jedem Stadtteil dieser großen Stadt.

Deswegen rufe ich an dieser Stelle auf: Lasst uns träumen. Denn je größer die Träume sind, desto mehr dieser Träume werden zu Visionen, je mehr Visionen wir haben, desto mehr dieser Visionen werden zu konkreten Ideen und Projekten, und je mehr konkrete Ideen und Projekte wir haben, desto mehr davon werden zur Realität.

Die KLIMA FREUNDE begrüßen natürlich absolut, dass dieses Objekt erst mal, wie jetzt beantragt und auch in der BV beschlossen, auf diese beiden Nutzungsmöglichkeiten hin geprüft wird. Aber ich wollte an dieser Stelle gerne noch als Anregung, als Denkanstoß mit zu Protokoll geben, wie man solche Projekte auch für die Zukunft denken könnte. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar über die Ziffern 1 und 2 des Ursprungsantrages der SPD, dann den zweiten Absatz der Ziffer 1 des Änderungsantrages als Ziffer 3, die Ziffer 2 des Änderungsantrages als Ziffer 4 und die Ziffer 3 des Änderungsantrages als Ziffer 5. Habe ich das richtig verstanden? - Ja. Gibt es dann überhaupt noch Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Standortwahl Klärschlammverbrennung“ AN/1887/2021

Ich gebe zunächst Herrn Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne unseren Antrag „Standortwahl Klärschlammverbrennung“ vorstellen.

Wir haben es hier mit einem Phänomen zu tun, das dazu führt, dass wir im Kölner Norden die Situation haben, dass es bei vielen Anwohnerinnen und Anwohnern in Niehl und Merkenich doch erhebliche Fragen dazu gibt, warum und wieso die Klärschlammanlage ausgerechnet in ihrem Stadtteil verwirklicht werden soll.

Wenn man sich den Begriff „Klärschlammverbrennungsanlage“ einmal auf der Zunge zergehen lässt, wird man natürlich ein gewisses Verständnis dafür entwickeln können, dass die Nachbarschaft nicht unbedingt Juhu schreit, wenn so eine Anlage auf sie zukommt. Desto wichtiger ist es, dass man solche Dinge sehr transparent mit der Öffentlichkeit diskutiert.

Wir sind der Auffassung, dass dies nicht im erforderlichen Maße geschehen ist. Es sind ja insgesamt fünf Standorte in Erwägung gezogen worden, und der Bevölkerung wurde nur mitgeteilt: Wir können euch zwar nicht sagen, warum es bei den anderen vieren nicht zustande gekommen ist; aber es hat den Kölner Norden getroffen. - Das reicht unserer Meinung nach als Argumentation nicht aus.

Deswegen müssen wir hier das Verfahren noch einmal öffnen. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion im Rat der Stadt Köln darüber, warum und wieso überhaupt diese Klärschlammanlage an diesem Ort realisiert werden muss. Dabei müssen natürlich auch die Fakten bezüglich der anderen geprüften Standorte hier diskutiert werden.

Selbstverständlich gibt es da auch Daten, die man vertraulich behandeln muss. Diese Daten können wir natürlich nicht öffentlich diskutieren - das ist völlig klar -, aber eben die anderen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Kölner Norden sagen. Ich komme selbst aus dem Kölner Norden und verfolge die Diskussionen insbesondere in Niehl und Merkenich bereits seit geraumer Zeit. Es gibt in diesem Bericht schon sehr große Vorbehalte. Man muss ein bisschen in die Historie gucken, um zu sehen, warum es diese Vorbehalte gibt.

Seinerzeit - dem oder der einen oder anderen älteren Mitstreiter oder Mitstreiterin wird das noch ein Begriff sein - hatten wir die Diskussion und das Ergebnis zur Platzierung des überdimensionierten Müllofens in Köln-Niehl. Das ist etwas, was noch heute im Stadtbezirk Niehl ein Thema ist, insbesondere auch deswegen - nicht nur, aber auch -, weil der Müllofen natürlich ein erhebliches Verkehrsaufkommen in diesem Stadtteil nach sich zieht.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 54

Warum erzähle ich das noch einmal? Weil die Skepsis in Niehl sehr groß ist, auch aus der Vergangenheit rührend. Deswegen erfordert es mehr Transparenz im Umgang mit der Platzierung dieser Klärschlammanlage.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie höflich, unserem Antrag zu folgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael Weisenstein, irgendwie scheint das heute eine Ratssitzung zu sein, bei der wir über Themen, über die wir schon öfters geredet haben, halt noch mal reden - nach dem Motto: Gut, dass wir noch mal darüber geredet haben.

In der Ratssitzung, in der es um die Klärschlammverwertung am Rhein, also KLAR, ging, haben wir auch schon deutlich gemacht, welches die Gründe waren, die letztendlich für den Standort im Kölner Norden gesprochen haben - ich will sie gar nicht mehr alle aufzählen -, angefangen vom Düker, der direkt von der Kläranlage am anderen Rheinufer den Klärschlamm anliefern kann, bis hin zu der Anlieferung per Schiff und der Entlastung vom Lkw-Verkehr vor Ort. Das sind alles Dinge, die sicherlich in der Öffentlichkeit durchaus auch noch besser dargestellt werden müssen.

Jetzt sind wir aber auch in einer Pandemie gewesen. In der Corona-Zeit konnte die eine oder andere Info-Veranstaltung, die geplant war, nicht stattfinden. Wenn ich richtig informiert bin, wird genau diese Öffentlichkeitsbeteiligung jetzt auch starten - in einem ordentlichen Verfahren, in dem alle Bedenken, die vor Ort noch bestehen, dann hoffentlich auch ausgeräumt werden können bzw. im weiteren Verfahren berücksichtigt werden können, sodass dann auch die vermeintlich zusätzliche Belastung vor Ort auf das irgend mögliche Minimum reduziert wird.

Zu den einzelnen Punkten schreiben Sie ja, der Rat möge sich damit noch einmal in öffentlicher Sitzung befassen. Der Rat hat sich ja bereits, zwar in einer nichtöffentlichen Sitzung - - Aber mit dem, was das Wichtigste war, hat er sich auch öffentlich befasst, außerdem dann noch einmal in einer nichtöffentlichen Sitzung mit den geheimen

Unterlagen. Wie gesagt: Der Rat hat sich damit bereits beschäftigt.

Den Punkt 4 finden wir dann aber auch, ehrlich gesagt, ein bisschen schwierig. Schließlich haben wir es schon einmal gemacht. Damit reißen Sie das ganze Verfahren letztendlich wieder auf. Ich glaube, dass wir uns alle keinen Gefallen tun, wenn wir diesen Standort wieder infrage stellen und dafür sorgen, dass diese Diskussion noch einmal von vorne losgeht. Denn letztendlich brauchen wir auch eine Klärschlammverbrennungsanlage. Wir bauen sie ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern sind gesetzlich dazu verpflichtet, den Klärschlamm entsprechend zu recyceln bzw. zu verbrennen. Daher besteht da auch ein bisschen Zeitdruck.

In diesem Sinne können wir trotz eurer wirklich sehr höflichen Bitte diesem Antrag so leider nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Oedingen hat das Wort.

Erika Oedingen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Ja, der Kölner Norden ist bereits stark belastet - durch Industrie, durch Chemiestandorte und durch die Müllverbrennung. Speziell in Merkenich liegt besonders viel im Argen. Die Verbrennung von Braunkohle am Standort Merkenich soll zwar 2025 beendet werden. Aber genau an diesem Standort soll jetzt die Klärschlammverbrennungsanlage gebaut werden. Manche Dinge kann man sich nicht wegträumen.

Im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe - dessen Mitglied ich bin, wie einige andere von Ihnen auch - wurden am Anfang dieses Jahres das Verfahren zur Standortauswahl, die infrage kommenden Standorte und die Priorisierung der Standorte transparent dargestellt.

Zu dem Ganzen will ich jetzt hier nur noch einmal so viel sagen: Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur bietet sich vor allen anderen Möglichkeiten der Standort Merkenich an.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 55

Köln ist der größte, ich nenne es mal, Klärschlamm-erzeuger der Region; von uns stammt halt auch der meiste Abfall in der Richtung.

Der größte Teil des Kölner Klärschlammes kommt aus dem Großklärwerk Stammheim. Aufgrund der Lage am gegenüberliegenden Rheinufer kann der Klärschlamm von dort durch eine vorhandene Leitung unter dem Rhein nach Merkenich gepumpt werden. Das vermeidet zahlreiche Lkw-Fahrten auf Kölner Stadtgebiet. Aktuell fahren täglich 90 Lkw Stammheim an, um den Klärschlamm in eine Verbrennung außerhalb von Köln zu transportieren.

Da der Standort Merkenich auch an die Schiene und den Rhein angebunden ist, können Klärschlämme aus dem Umland ebenfalls zu einem großen Teil per Bahn oder Schiff angeliefert werden. Auch das führt dazu, dass der Lkw-Verkehr insgesamt minimiert wird.

Eine Errichtung der Anlage auf Kölner Stadtgebiet sichert Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen.

Die Klärschlammverbrennung stößt ganz erheblich weniger Luftschadstoffe und Klimagase aus als die bisherige Braunkohleverbrennung am Standort Merkenich.

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Strich werden also die Luft sauberer und das Klima geschont.

Die entstehende Wärme kann in das vorhandene Fernwärmenetz eingespeist werden. Das gibt es nämlich jetzt schon; es wird mit Braunkohle betrieben.

Die SPD-Fraktion hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, aber nach reiflicher Abwägung entschieden, die Errichtung einer Klärschlammverbrennungsanlage am Standort Merkenich zu unterstützen.

Natürlich ist uns bewusst, dass die Pläne bei den Menschen vor Ort Sorgen und Bedenken auslösen. Das nehmen wir sehr ernst. Unsere Fraktion war auch vor zwei Wochen da oben im Kölner Norden auf Tour, Herr Weisenstein, und hat mit den Menschen noch einmal gesprochen.

Wir fordern ein verbindliches Verkehrskonzept, das die Anlieferung von Klärschlämmen per Bahn und Schiff in den Vordergrund stellt. Der Transport per Lkw darf nur erfolgen, wenn es gar nicht anders geht.

Die Führung des Lkw-Verkehrs hat dabei unter größtmöglichem Schutz der Wohnbebauung zu erfolgen. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde bereits im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün mit breiter Mehrheit der Beschluss gefasst, dass die Anlieferung der Schlämme per Lkw ausschließlich über die A 1, die Industriestraße und die Emdener Straße hin zur Straße Am Ölhafen zu erfolgen hat. Diese Straße ist auf Kosten des Vorhabenträgers zu ertüchtigen.

Wir fordern, dass die Betreiber alles tun, um eine Geruchsbelästigung der Menschen zu verhindern. Die Anlage muss maximal effizient und nach modernsten technischen Standards arbeiten. Das gilt ganz besonders für Luftschadstoffe und Klimagase. Der Ausstoß muss so gering wie möglich sein.

Wir fordern Investitionen in die Infrastruktur im Stadtteil Merkenich wie Sportanlagen und Straßen und einen Ausbau des lokalen Einzelhandels.

Es ist uns wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig transparent beteiligt werden. Wir erwarten von der Projektgesellschaft, dass sie nicht nur umfassend informiert, sondern die Bedenken der Anwohner*innen ernst nimmt und Anregungen umsetzt.

Wir setzen uns auf allen Ebenen weiter mit Nachdruck dafür ein, diese Forderungen umzusetzen. Wir nehmen die Bedenken der Menschen ernst.

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE lehnen wir ab, weil wir überzeugt sind, dass Merkenich unter den gegebenen Umständen der beste Standort ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben ja heute schon häufiger gemerkt, dass wir im Wahlkampf stehen. Meiner Meinung nach ist dieser Antrag auch exakt darauf zurückzuführen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie suggerieren in Ihrem Antrag und vor allen Dingen im Punkt 4, dass das Verfahren zur Gründung

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 56

der KLAR GmbH bislang nicht transparent und öffentlich nachvollziehbar gewesen ist. Da frage ich mich, in welchem Verfahren ich unterwegs gewesen bin. Ich erinnere mich daran, dass es Bürgerveranstaltungen gab. Es gab eine schriftliche Beantwortung eines 71-Fragen-Katalogs. Es gab die Beratung im Umweltausschuss, und es gab die Beratung im Rat.

Sie unterschlagen in Ihrem Begründungstext, dass die Umweltkriterien, die unter anderem zur Auswahl des Standortes geführt haben, in dem 71-Antworten-Katalog aufgeführt sind, und zwar direkt im Anschluss an die Passage, die Sie in Ihrem Antrag zitieren.

Der Antrag ist auch deshalb so erstaunlich, weil Ihre sachkundige Einwohnerin im Umweltausschuss am 22. April 2021 erklärt hat - ich habe es extra nachgeschaut -:

Wir stimmen der Gründung und Beteiligung der KLAR GmbH entsprechend der Beschlussvorlage grundsätzlich zu.

Dazu gehört auch der Standort.

Was Sie machen, ist aus meiner Sicht keine verantwortungsbewusste Politik. Sie suggerieren hier etwas, was einfach nicht so ist.

Sie haben völlig recht, dass wir die Sorgen der Menschen in Merkenich und darum herum ernst nehmen müssen. Das haben wir im Rat im Mai dieses Jahres auch wirklich ausführlich diskutiert. Auch meine Kollegen aus dem Kölner Norden sind viel unterwegs gewesen und haben zahlreiche Gespräche geführt.

Aber die Entscheidung - das muss man ja auch einmal sagen - ist jetzt getroffen. Jetzt müssen wir die Sorgen ernst nehmen und schauen, dass der Prozess ordentlich läuft und dass wir den Rahmen gut setzen.

Das ist verantwortungsvolle Politik, finde ich. Und die wollen wir machen - und nicht diesen Antrag unterstützen, der reiner Wahlkampf ist.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Weisenstein, Sie und ich haben ja

zwei Dinge gemeinsam. Erstens. Wir beide kandidieren für den Deutschen Bundestag, und der Wahlkreis, in dem wir antreten, umfasst Merkenich. Zweitens. Die heutige Sitzung könnte ja unsere letzte Ratssitzung sein, wenn der Wähler uns denn in den Bundestag wählt.

(Zurufe: Hört! Hört!)

Scherz beiseite, mal ganz ehrlich, Hand aufs Herz: Das ist wirklich Wahlkampfgetöse.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich hatte am Montagabend bei einer Wahlkampfveranstaltung in Merkenich, bei der Sie ja entschuldigt waren, Gelegenheit, auch die Fragen der besorgten Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema zu beantworten. Ganz ehrlich: Ich hatte bei dieser Veranstaltung den Eindruck, dass den meisten Bürgerinnen und Bürgern inzwischen schon klar ist, welche Gründe für diesen Standort sprechen. Das ist gerade von den Kolleginnen und Kollegen hier auch alles in aller Deutlichkeit noch einmal wiederholt worden. Ich glaube also, dass die Erkenntnis, dass es nun Merkenich werden soll, dort inzwischen auch akzeptiert ist.

Deswegen führen wir hier nicht nur eine Wahlkampf Schlacht, sondern auch die falsche Schlacht. Meines Erachtens sollten wir an der Stelle ansetzen, an der die Kollegin von der SPD, Frau Oedingen, eben angeknüpft hat. Wir alle sollten in den Gremien, in denen wir Verantwortung tragen, dafür Sorge tragen, dass den Bedenken der Bevölkerung Genüge geleistet wird. Lasst uns nach vorne schauen und nicht zu Wahlkampfzwecken in die Vergangenheit.

Last, but not least: Uns ist natürlich allen klar, dass unter dem Vehikel der Transparenz hier noch einmal das Fass aufgemacht werden soll. Ein Stück weit bedenklich finde ich, dass Sie dabei einen Gesichtspunkt übersehen. Sie haben zwar in der Tat in Ihrem Antragstext erwähnt, dass bestimmte Informationen aus Vertraulichkeitsgründen nicht preisgegeben werden können. Diese Vertraulichkeit resultiert aus einer Vereinbarung. Ich gehe davon aus, dass hier, wie das bei solchen Prozessen üblich ist, im Vorhinein Stillhalteabkommen oder Non-Disclosure Agreements - auf Deutsch: Vertraulichkeitsvereinbarungen - abgeschlossen werden. Indem Sie jetzt dazu aufrufen, derlei Daten preiszugeben, rufen Sie unmittelbar die Stadt Köln bzw. die dem Stadtkonzern angehörigen Unternehmen, Herr Kollege Steinkamp, zum Vertragsbruch auf. Das muss ich als Vertreter einer Rechtsstaatspartei hier rügen.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 57

Auch aus diesem Grund können wir dem Antrag natürlich nicht zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik hat das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bleibe hier sitzen, weil jetzt doch schon relativ viel dazu gesagt worden ist.

Das Projekt ist zum Glück angeschoben. Wir wollen das nicht noch einmal aufmachen. Wir haben gerade viel über die Standortwahl gesprochen. Insbesondere in Bezug auf Umweltschutz ist natürlich der Transport wichtig. Es wurde ausgeführt, warum dieser Standort bezüglich der Transportkriterien sehr geeignet ist. Auch deswegen wollen wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir glauben nicht, dass eine öffentliche Aufarbeitung uns jetzt noch einmal voranbringt.

Lasst uns stattdessen gemeinsam dafür sorgen, dass das Projekt, das ja noch einige Jahre laufen wird und gerade erst beginnt, vor Ort auf Zustimmung stößt, indem wir uns alle gemeinsam darum kümmern, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit einbezogen werden, in den jeweiligen Gremien, in denen wir sitzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich ziehe zurück. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Herr Dr. Akude, ist das eine Wortmeldung? - Nein. Okay.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.13 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Kostenfreie Beglaubigung der Berufsurkunden beruflich Pflgender“ AN/1900/2021

Ich gebe zunächst Herrn Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Dazu ein Geschäftsordnungsantrag: Wir würden diesen Antrag gerne in den AVR schieben.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen?

(Heiterkeit)

- Ich muss ja fragen. Es nützt doch alles nichts. Ich weiß ja nicht, ob Sie alle geklopft haben. Das kann ich von hier aus nicht sehen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das sicher eine gute Idee. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Entwicklung eines Fahrplans für Corona-Maßnahmen im Herbst und Winter: Gesundheitsschutz sicherstellen und Lockdown vermeiden“ AN/1989/2021

Dazu hat Herr Joisten als Erster das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln muss handlungsfähig sein. Das ist hier das Motto. Deswegen haben wir unseren Antrag noch einmal zu den Corona-Maßnahmen in dieser Stadt gestellt.

Wir erleben zwar auf der einen Seite eine rückläufige, fallende Inzidenz. Auf der anderen Seite sind aber die Hospitalisierungszahlen, insbesondere die Intensivbelegungen, Grund zur Sorge oder bieten Anlass zur Sorge. Das haben wir alle heute auch noch einmal in den Medien verfolgen können. Die Intensivkapazitäten hier in Köln sind mit Stand heute zu 100 Prozent belegt. Darunter ist zwar nur ein gewisser Anteil - 15 Prozent sind es, glaube ich - von COVID-Patienten. Aber immerhin: Wir sind bei der gesundheitlichen Versorgung dieser Stadt an einem Limit.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 58

Umso mehr treibt uns das um. Wie sollen die Zahlen werden? Wohin sollen sich die Dinge entwickeln, wenn jetzt der Herbst kommt? Im letzten Jahr haben wir ja erlebt, dass die Zahlen dann durchaus auch noch einmal angestiegen sind.

Insofern halten wir es für dringend erforderlich, dass wir hier als Stadt Vorsorge treffen, Maßnahmen ergreifen bzw. auch klare Perspektiven aufzeigen, wie mit entsprechend gestiegenen Zahlen umzugehen ist. Es geht einfach darum, einen Fahrplan zu haben, an den sich am Ende Gastronomen, Einzelhändler, Freizeitanbieter usw. halten können oder auf dessen Grundlage sie wissen, was auf sie zukommt, wenn bestimmte Situationen eintreten.

Dafür ist eigentlich das Land in der Verantwortung. Von dort kommt im Moment leider relativ wenig. Dann müssen wir aber schon in Köln für uns Regeln haben: Was tun wir denn, wenn bestimmte Limits erreicht sind?

Insofern ist unsere Bitte und unser Ansinnen hier, genau diesen Weg jetzt miteinander zu gehen und die Verwaltung zu bitten, uns als Kölnerinnen und Kölnern hier eine klare Orientierung zu geben. Das ist sinnvoll und gut für Köln, glaube ich. Das ist gut für die Kölnerinnen und Kölner und auch für die Wirtschaftsakteure.

Gegen Planungssicherheit und klare Perspektiven kann hier eigentlich keiner sein. Insofern würde ich mich sehr freuen, wenn heute eine breite Mehrheit im Rat diesen Auftrag erteilen würde. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stadtdirektorin, möchten Sie sofort etwas dazu sagen?

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Joisten, der Orientierungsrahmen für die Corona-Schutzmaßnahmen in Köln ist da. Dieser Orientierungsrahmen ist nämlich die Coronaschutzverordnung des Landes. Die Stadt kann dazu Verschärfungen vornehmen. Das macht sie per Allgemeinverfügung.

Alles, was wir jetzt tun und was wir auch in Zukunft tun, ist selbstverständlich darauf ausgerichtet, einen weiteren Lockdown zu verhindern. Das wollen wir als Stadt Köln verhindern, und das wollen sowohl unsere Landesregierung als auch, glaube

ich, ziemlich alle anderen Landesregierungen in Deutschland und auch die Bundesregierung verhindern. Insofern sind wir sicherlich inhaltlich auf die gleiche Zielstellung ausgerichtet.

Der Krisenstab trifft Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. Das macht er vorausschauend und situativ. Insofern würde ein Plan, den wir jetzt aufstellen, ohne die Bedingungen zu kennen, die in vier Wochen herrschen, nicht zielführend sein können. Erst einmal widerspricht das der Arbeit des Krisenstabes. Maßnahmen der Gefahrenabwehr erfolgen aus sich heraus und nicht, wenn man sich Wochen vorher überlegt, was an einem bestimmten Punkt passieren könnte.

Ich darf Ihnen sagen - das wissen Sie ja auch, Herr Joisten, durch unser wöchentliches Telefonat zu diesem Thema -, dass wir hier mit sehr vielen Experten im Krisenstab sitzen und bisher immer noch die zielführenden Maßnahmen ergriffen haben.

Und, wie gesagt: Der Orientierungsrahmen ist die Coronaschutzverordnung des Landes. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht?

(Zurufe: Nächster Tagesordnungspunkt!)

- Nein, nein. Hier spricht jetzt Herr Dr. Unna.

(Zurufe: Dann müssen alle wieder reden! - Dann dauert es eine halbe Stunde länger!)

Hier spricht jetzt Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich zunächst einmal bei Ihnen für meine etwas legere Kleidung heute entschuldigen. Als ich um 8 Uhr aus dem Haus gegangen bin, hatte ich nicht damit gerechnet, heute hier reden zu dürfen, müssen, sollen. Ich habe es jetzt Christian Joisten und der SPD-Fraktion zu verdanken, dass ich das machen darf.

Die SPD-Fraktion hat quasi über Nacht zwei fundamentale Dinge festgestellt: Erstens. Wir haben eine Corona-Pandemie. Zweitens. Es wird Herbst

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 59

und Winter. - Deswegen haben Sie diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In dem Dringlichkeitsantrag selber fordern Sie einen eigenen Fahrplan. Da möchte ich einen SPD-Redner vom heutigen Nachmittag zitieren, den hochgeschätzten Herrn Gerrit Krupp. „Sie verheben sich“, sagten Sie, glaube ich, an einer Stelle. Ich glaube, wir als Stadt Köln verheben uns auch, wenn wir meinen, wir könnten das besser als Land und Bund.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zum Inhaltlichen. Ich darf zitieren:

Wenn jedes Land, jede Stadt seine eigenen Regeln macht, stärkt das nicht unbedingt das Vertrauen in die Politik. Von daher würde ich mir wünschen, dass wir bei den bundeseinheitlichen Regeln bleiben.

Wer hat das gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen? Es war nicht ein promovierter Grüner. Das hat ein habilitierter Sozialdemokrat gesagt, der früher gerne Fliege getragen hat, Karl Lauterbach nämlich, und zwar, um genau zu sein, im ZDF am 12. August dieses Jahres.

Diesen Worten von Herrn Professor kann ich mich ausdrücklich anschließen und empfehle sie den hiesigen Sozialdemokraten zum Studium.

Inhaltlich, was Landes- und Bundesregierung angeht, hat die Stadtdirektorin bereits ausgeführt. Der Krisenstab der Stadt Köln macht das regelmäßig und, ich hoffe, doch sehr vernünftig. Wir sind gegen eine Insellösung der Stadt Köln und für eine einheitliche Lösung.

Aus diesen Gründen empfehle ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Blome hat hier sehr zutreffend unsere Situation geschildert, die auch hervorragend durch den Krisenstab gemeistert wird. Uns als

CDU-Fraktion ist aber wichtig, noch einmal zu bekräftigen, dass wir diese Sichtweise auch haben. Denn der SPD-Antrag weckt ja völlig falsche Vorstellungen.

Unser System in NRW ist derzeit nicht überlastet, und es droht auch keine kurzfristige Überlastung.

Die Stadtverwaltung, allen voran der Krisenstab und auch die Oberbürgermeisterin, haben bisher auf alle Herausforderungen umsichtig reagiert. Dies muss jedoch - es wurde von Frau Blome schon richtig gesagt - stets im Einklang mit Bundes- und Landesregelungen geschehen. Der Krisenstab hat auch aufgrund zunehmender Erfahrungen gelernt und für seine Entscheidungen stets zugrunde gelegt, was wann wie zu tun ist.

Heute kann keiner genau voraussagen, wie sich die Pandemie in Zukunft entwickelt. Daher können wir heute auch keinen festen Fahrplan für Maßnahmen festlegen.

Nochmals: Wir sind sicher, dass der Krisenstab bereits genaue Vorstellungen hat, wie mit bestimmten Szenarien umzugehen ist. Des SPD-Antrages bedarf es überhaupt nicht. Er gehört in die Kategorie „populistisch“. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Lage nach Gesetzen und Verordnungen, die Frau Blome dargestellt hat, ist das eine. Das müssen wir so zur Kenntnis nehmen, weil es nun einmal so ist.

Das andere ist, dass wir den inhaltlichen Vorstoß der SPD sehr wohl für begründet halten. Die Situation bei den Inzidenzen und die Lage auf den Intensivstationen hat Herr Joisten zutreffend dargestellt. Wir müssen sehen, dass wir uns mitten in einer vierten Welle befinden, die wir nicht zu leicht nehmen sollten.

Deshalb halten wir es als Anstoß, als Diskussionsgrundlage, zum Beispiel mit einer Verweisung in den Hauptausschuss, durchaus für sinnvoll, dass wir die Lage noch intensiv erörtern.

Die Stadt Köln hat ja im vergangenen Jahr eine Reihe guter Maßnahmen relativ frühzeitig und

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 60

selbstständig in dem Sinne, dass sie frühzeitig in Angriff genommen wurden, durchgeführt. Ich denke zum Beispiel an die Lolli-Testungen in den Kitas oder an die Aktionen in den benachteiligten Stadtteilen. Es ist zu überlegen, ob wir aus Gründen des Gesundheitsschutzes und des Schutzes vor einer Verstärkung der vierten Welle dort nicht tätig werden sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, ist das ein Verweisungsantrag?

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Ja, das war einer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian Joisten, auch als ich heute Morgen aus dem Haus gegangen bin, lag meine größte Sorge darauf, ob meine Frisur bei dieser Rede sitzt.

Nein, Spaß beiseite: Christian, ihr habt ja vollkommen recht. Wer wünschte sich nicht den Königsweg, den Fahrplan in die vierte Welle, durch die vierte Welle und raus aus der vierten Welle? Ich glaube, jeder würde gerne diesen Fahrplan haben. Aber wir haben in den letzten anderthalb Jahren doch eines gelernt: dass es diesen Fahrplan leider Gottes nicht gibt.

Wir haben hier vergangenes Jahr Anträge gestellt - Glühweinwanderweg, Decken für Außengastronomien usw. Ich denke also, dass man uns nicht vorwerfen kann, dass die Verwaltung oder wir untätig gewesen wären.

Deswegen sage ich aus ganzem Herzen, nachdem ich auch anderthalb Jahre an der einen oder anderen Stelle die SPD-Corona-Politik sehr begrüßt habe: Das hier ist echt zu wenig. Nur zu verlangen, es möge ein Fahrplan erstellt werden, ohne auch in der Begründungsrede einen einzigen Gesichtspunkt zu nennen oder einen einzigen Vorschlag zu machen, ist wirklich heiße Corona-Luft. - Es tut mir leid. Da muss mehr kommen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Abgesehen davon ist ja zutreffend, wie die Frau Stadtdirektorin gesagt hat, dass wir regelmäßig montags gebrieft werden. Allen Teilnehmern an dieser Runde sind auch keine immer sehr qualifizierten und ausführlichen Wortbeiträge und Vorschläge bestens bekannt. Es ist ja nicht so, als käme von euch nichts. Umso mehr ist das hier überraschend.

Schließlich ist es natürlich ein Landesthema. Das wisst ihr auch. Wir können nur verschärfen. Wir können nicht erleichtern. Die Spielräume sind gering.

Abgesehen davon finde ich, dass die Landesregierung das gar nicht mal so schlecht macht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das darf man auch mal erwähnen. Im Übrigen ist das in den SPD-geführten Ländern auch nicht anders. Aber das nur mal am Rande.

Ich denke also, dass das, was hier verlangt wird, rechtlich nicht möglich ist und auch nicht sauber begründet ist. Aber uns geht es da ähnlich wie den Kollegen von den LINKEN.

Auch war es in der Vergangenheit oft so, dass meine Fraktion oder ich persönlich mit der einen oder anderen Corona-Maßnahme in Köln nicht einverstanden gewesen wäre. Ich denke an aus unserer Sicht zu schnell verhängte Ausgangssperren. Ich denke daran, dass das Gesundheitsamt erst kürzlich eine schärfere Gangart bei der Frage von Quarantäne in Schulen gefahren ist.

Hier hätten wir uns natürlich - und ich nutze die Gelegenheit, hier an die Verantwortlichen der Stadtverwaltung zu appellieren - in Köln ein Stück weit - - Na ja, ich will nicht „Team Lockerheit“ sagen. Aber manchmal war es in der Vergangenheit so, als wären die Verantwortlichen zu sehr im „Team Vorsicht“ gewesen. Ich glaube, für meine Fraktion sagen zu können, dass wir uns da gerne auch einen Gang zurückgeschaltet vorstellen könnten. Das nehmen Sie bitte mit, liebe Frau Oberbürgermeisterin oder liebe Frau Blome.

Bei diesem komischen Fahrplan, der ins Nirgendwo führen soll, ohne irgendeinen Vorschlag untermauert, liebe SPD, können wir aber beim besten Willen nicht mitmachen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 61

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle! Ich gehe nicht nach vorn, sondern bleibe am Platz. - Ich kann mich für die Volt-Fraktion nur dem lieben Kollegen Ralf Unna anschließen.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass ich, seit ich in diesem Rat sitze - und das ist ausschließlich unter Corona-Bedingungen -, nicht einen Hauptausschuss erlebt habe, in dem wir nicht über Corona gesprochen haben.

(Beifall bei Volt)

Deshalb bitte ich darum, diesen Antrag jetzt nicht in den Hauptausschuss zu verweisen,

(Beifall bei Volt)

sondern darauf zu verzichten und wie in jedem Hauptausschuss über das Thema Corona und die aktuelle Lage zu sprechen.

Gleichzeitig möchte ich diesen Moment nutzen, die Verwaltung noch einmal zu loben. Denn natürlich ist es für uns Politikerinnen und Politiker wichtig, wie hier in der Stadt mit dem Thema Corona verfahren wird. Das nimmt die Verwaltung auch sehr ernst. Sie nimmt unsere Anregungen direkt auf und setzt sie auch um.

Das sieht man auf der jetzigen Seite der Stadt Köln zum Thema „Corona-Virus in Köln - Entwicklung der Fallzahlen“. Denn das, was zurzeit am wichtigsten ist, sind die Personen, die im Krankenhaus sind, und unsere Kinder in den Kitas und in den Schulen, die wir noch nicht richtig schützen können. Dazu gibt es zwei separate Graphen.

Dafür noch einmal sehr herzlichen Dank - und noch einmal die Bitte, es nicht in den Hauptausschuss zu schieben; denn wir reden dort eh über Corona. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Herr Joisten, bitte.

(Zurufe: Nein!)

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus, weil ich gar nicht den Eindruck erwecken will, als würde ich hier eine zweite Rede halten.

Ich bin doch schon sehr verwundert. Zum einen möchte ich betonen: Wer den Antrag gelesen hat, wird in diesem Antrag weder im Beschlusstext noch in der Begründung irgendeine Kritik gefunden haben. Wir sind - das haben wir ja auch immer gesagt - mit den aller-, allermeisten Maßnahmen sehr einverstanden und haben auch das Gefühl, hier aus dem politischen Raum ernst genommen zu werden. Insofern ist jeder, der uns hier irgendeine Kritik unterstellt, da, glaube ich, fehl am Platze.

Dennoch haben wir jetzt gerade auch von Frau Blome nicht das gehört, was ich - ich bin 20 Jahre Katastrophenschützer und Rettungsdienstmann gewesen - gelernt habe: Auf Krisensituationen oder auf zukünftige hoffentlich nie eintretende Situationen bereitet man sich vor und hat eben einen Plan.

Genau das haben wir hier noch einmal mit freundlichen Worten aufgeschrieben.

Wir sollten es doch ernst nehmen - das möchte ich noch einmal betonen, weil hier so getan wird, als sei das alles gar nicht schlimm -, wenn die Berufsfeuerwehr der Stadt Köln, immerhin ein Amt dieser Stadtverwaltung, gestern um 12.53 Uhr ein Fax an alle Krankenhäuser in der Stadt schickt, in dem sie eine Überlastungsanzeige der Behandlungsmöglichkeiten im Kölner Stadtgebiet sendet und anzeigt, dass damit die Intensivkapazitäten in dieser Stadt erschöpft sind.

Das habe ich auch nicht aus irgendwelchen internen Quellen. Herr Karagiannidis - immerhin derjenige, der das deutsche Intensivregister verantwortet - hat das auf Twitter gepostet, weil er darauf aufmerksam machen will, dass wir hier in einer ganz besonderen Lage sind.

Da wünsche ich mir dann schon - wie gesagt, ohne Wahlkampfgetöse und ohne, dass ich das mit irgendeiner Kritik verbinden möchte - und erwarte ich schon, dass zum einen der Rat das auch ernsthaft diskutiert und vielleicht nicht ins Lächerliche zieht und dass zum anderen man auch um ernste Antworten ringt: Wie gehen wir mit dieser Situation um, wenn sich das weiter so entwickelt? Was ist dann hier in Köln zu tun, wenn die Landesregierung uns da nicht - und das hat sie bisher nicht getan - einen klaren Fahrplan zuweist?

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 62

Das ist genau die Frage. Wenn ich diese Frage so beantwortet bekomme, dass wir einen Plan haben, wie wir in den nächsten 14 Tagen bis drei Wochen - das könnten schon die Zeiträume sein - damit umgehen, bin ich völlig zufrieden. Es geht mir nicht darum, dass ein Antrag beschlossen wird, sondern darum, dass wir in der Sache weiterkommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu spricht noch einmal die Stadtdirektorin, und dann hat sich auch Herr Dr. Rau gemeldet.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Joisten, weil Sie jetzt zum zweiten Mal von der Überlastung der Intensivstationen gesprochen haben, muss ich das ein bisschen einordnen. Dieses Fax ist ein völlig gewöhnlicher Vorgang. Das müssten Sie eigentlich auch wissen. Es geht nämlich darum, dass die Rettungswagenbesatzungen dann vorher bei den Krankenhäusern anrufen müssen, um abzusprechen, wo sie den Patienten unterbringen. Wenn noch Bettenreserven da sind, können sie einfach das nächstgelegene Krankenhaus oder das entsprechend erforderliche Spezialkrankenhaus anfahren.

Bei der Überlastung der Intensivstationen ist es in all den Diskussionen und bei all diesen schrecklichen Ereignissen, die wir gesehen haben, immer darum gegangen, dass die Intensivstationen mit COVID-Patienten, die schwer krank dort gelegen haben, die unter ECMO-Beatmung dort gelegen haben, überlastet waren, dass uns das Pflegepersonal knapp geworden ist und dass uns auch die Geräte in den Krankenhäusern knapp geworden sind. Das ist ja ein großer Unterschied.

Jetzt haben wir natürlich diese Situation nicht. Die Krankenhäuser bekommen im Moment ja auch keine Freihaltepauschalen bezahlt. Deswegen werden viele, viele sogenannte elektive Eingriffe, die alle unter Corona nicht durchgeführt wurden, weil die Betten für COVID-Patienten frei gehalten worden sind, jetzt nachgeholt. Es ist sicherlich auch sehr wichtig und erforderlich für Menschen, die zum Beispiel keine Hüft-OP gemacht haben und in den letzten Monaten sicher sehr daran gelitten haben, dass sie jetzt auch ihre Operationen bekommen.

Außerdem muss ich noch einmal etwas zu Ihrem Antrag sagen. Entschuldigen Sie, dass ich da jetzt

etwas heftiger werde. Aber wenn das, was wir uns im Krisenstab ausdenken, nicht der akuten und aktuellen Situation entspricht, dann ist es auch nicht möglich, vorab für „eventuell zu veranlassende“ - ich zitiere jetzt aus Ihrem Antrag - Maßnahmen, von denen wir noch gar nicht wissen, ob die Rand- und Rahmenbedingungen dieser Maßnahmen überhaupt jemals eintreten werden, die Zustimmung des MAGS einzuholen. Das geht eben nur, wenn man auch einen entsprechenden Hintergrund hat. Es muss also eine akute Lage vorhanden sein, in der man über die Coronaschutzverordnung des Landes hinausgeht. Also noch einmal: Das funktioniert schon rein technisch nicht.

Entschuldigung. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist noch etwas zu ergänzen, Herr Dr. Rau?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Ja, vielleicht noch kurz. - Frau Oberbürgermeisterin! Herr Joisten! Meine Damen und Herren! Vielleicht einfach noch folgende Information: Vor wenigen Tagen betrug die Auslastung der intensivmedizinischen Kapazitäten durch COVID-Patienten 8 Prozent. Sie ist heute ganz geringfügig höher. Es sind um die 10 Prozent, aber jedenfalls keine 15 Prozent.

Im Falle einer weiteren, dramatischeren Entwicklung ist es natürlich schon eine der Maßnahmen, dass Land und Bund dann wahrscheinlich wieder sagen würden, dass elektive Eingriffe auch zu reduzieren wären, sodass dann wieder intensivmedizinische Kapazität zur Verfügung steht.

Aber wir waren zu keinem Zeitpunkt der Pandemie auch nur an der Grenze der zahlenmäßigen Auslastung. Das ist einfach so gesichert. Und selbst wenn diese erreicht wird, haben wir über Kleeblatt eine deutschlandweite Organisation, die hier immer einen Notstand verhindert hat.

Es wäre eben Teil einer Strategie, wenn im Herbst die Eskalation käme, dass das dann, aber auf Landes- und Bundesebene, erfolgte. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Kollegin und Herr Kollege.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 63

Jetzt frage ich einmal, ob der Verweisungsantrag in den Hauptausschuss aufrechterhalten bleiben soll. - Ja. Und Ihr Antrag auch, Herr Joisten? - Dann lasse ich so abstimmen.

Wer dem Verweisungsantrag in den Hauptausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Antrag der SPD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die LINKEN enthalten sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zu:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler zur Grenzänderung bei den Stadtteilen Merkenich und Fühligen 0915/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich zunächst über die Alternative und dann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Wer der Alternative auf Antrag der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Der LINKEN und der CDU. Dann wird dem Antrag nicht entsprochen.

Jetzt lasse ich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der LINKEN und der CDU. Dann ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.2.2 Erhöhung der Personalressourcen im Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung 1183/2021

Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.2.3 Umsetzung des Antrages AN/1160/2021 der Bezirksvertretung Kalk zur Verstärkung von Förderungen 2891/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Systemischer Hitzeaktionsplan für Köln“ AN/1473/2021

Antwort der Verwaltung vom 27.08.2021
2658/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Nachfragen werden schriftlich beantwortet. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Wenn Sie es schriftlich haben wollen, dann gerne schriftlich.

Ich wollte mich nur für die ausführliche Antwort der Verwaltung bedanken und möchte sie meinen Kolleg*innen hier im Rat und in den betreffenden Ausschüssen auch sehr empfehlen. Es geht um Hitze in der Stadt. Vielen Dank für die ausführliche Antwort. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist schön. Bedanken darf man sich hier auch mündlich.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Kosten der ungenutzten Helikopterstation auf dem Kalkberg“ AN/1941/2021

Antwort der Verwaltung vom 15.09.2021
3275/2021

Auch da liegt eine Antwort der Verwaltung vor.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Köln: Ausweisung der Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte“ AN/1962/2021

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 64

Das ist eine sehr kurzfristig eingegangene Anfrage vom 13. September 2021. Wir beabsichtigen, sie zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „RheinEnergie AG // Klimawende Köln“ AN/1954/2021

**Antwort der Verwaltung vom 15.09.2021
3306/2021**

Da liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage GUT betreffend „Stecker-Solaranlagen fördern“ AN/1957/2021

**Antwort der Verwaltung vom 16.09.2021
3290/2021**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Sachstand Antidiskriminierungsrichtlinie“ AN/1961/2021

**Antwort der Verwaltung vom 16.09.2021
3297/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Klärung Zusammenarbeit mit Michael Winterhoff“ AN/1960/2021

Diese ebenfalls am 13. September 2021 eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Ich komme zu:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)

1588/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt

6.3.1 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 2731/2021

Die Vorlage wurde unter TOP 10.39 umgedruckt.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - DIE LINKE und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21 3038/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist eine Kenntnisnahme. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Entwurf des Gesamtabschlusses 2018 3153/2021

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu Aussprachewünsche? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Bericht über die finanzielle Lage nach § 2 Abs. 2 NKF-CIG 3116/2021

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 65

Auch das ist eine Kenntnisnahme, die hiermit erfolgt ist.

Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Einrichtung eines Kunstbeirates für die Ratsperiode 2020-2025 3212/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Die CDU-Fraktion schlägt wie in der Vorperiode Freifrau von Oppenheim vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist keine Wahl. Aber wir geben das dann an Dezeranat VII weiter.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den aktualisierten Beschlussvorschlag in Anlage 3 abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK - Fördervertrag Mietkostenzuschuss 1467/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2021/22 1620/2021

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln - Verlängerung der Befristung bis Ende 2023 1625/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: Dokumentation, Digitalisierung und Veröffentlichung des Bestandes für unterschiedliche Zielgruppen 1764/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung für das Museum Ludwig 1812/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Kunst im öffentlichen Raum II: Digitaler Skulpturenrundgang 1916/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Bildende Kunst: Schaffung zusätzlicher Atelierräume 1966/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Bestellung von Herrn Stefan Bachmann zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen 2552/2021

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 66

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Ausschreibung Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen 2595/2021

Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Kockerbeck und Frau Gabrysch.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich rede vom Platz aus. - Wie im Jugendhilfeausschuss hält meine Fraktion diese Vorlage für außerordentlich unglücklich, und zwar aufgrund des Zeitpunktes, zu dem sie vorgelegt wird.

Seit einigen Jahren läuft im Rat ein Diskussionsprozess über diese Frage der Essensqualität an Kitas; das ist richtig. Im Juni dieses Jahres hat allerdings der Jugendhilfeausschuss einen deutlich weiter gehenden Antrag meiner Fraktion zwar weder verworfen noch ihm endgültig zugestimmt. Man hat aber beschlossen, nach Vorlage eines finalen Konzepts über diesen Antrag erneut zu befinden. Er ist also in der Diskussion.

Dieser Antrag sah eine vollständige Umstellung des Kita-Essens auf Bioqualität vor. Die jetzige Vorlage schafft Fakten für mindestens zwei, wahrscheinlich eher drei Jahre bei einer 20-prozentigen Bioqualität von Gemüse und Obst. Man muss zur Differenzierung sagen: 100 Prozent Qualität bei Fleisch und Eiern.

Nichtsdestotrotz können wir deshalb dieser Vorlage nicht zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Unsere Kita-Kinder sollen eine ausgewogene Ernährung bekommen. Das ist hier wohl unstrittig. Trotzdem macht uns KLIMA FREUNDE diese Vorlage der Verwaltung stutzig, da die Entscheidung, wer unsere Kita-Kinder für die nächsten zwei bis drei Jahre bekochen darf, zwar nicht nur vom Preis abhängt, sondern auch von der Qualität,

aber die Qualitätskriterien in der Beschlussvorlage alle nur genannt werden und keinesfalls verpflichtend sein sollen.

Wir wissen alle, was dann am Ende davon erfüllt wird: Außer ein paar warmen Absichtsbekundungen wird nichts passieren, das zu erhöhter Qualität im Allgemeinen und in den in der Vorlage genannten positiven Effekten auf das Klima im Besonderen beitragen könnte.

Hier wünschen wir uns, dass die Verwaltung im Ausschreibungstext eine klarere Sprache findet. Statt eine lange Liste von Sollkriterien zu nennen - Ressourcenschonung, Regionalität, fairer Handel, Bio, palmölarms usw. -, sollte sie bessere konkrete Kriterien aufstellen. Dann wissen die Cateringunternehmen, woran sie sind, und am Ende kommt auf jeden Fall das bessere Ergebnis heraus - für das Klima, für die Produzent*innen und vor allem für die Kinder.

Zum Beispiel könnten die Auftragnehmer*innen gerade von einer Fairtrade-Stadt wie Köln - wir erinnern uns alle, dass wir zu Beginn des Jahres die Resolution zum Lieferkettengesetz unterschrieben haben - dazu verpflichtet werden, Reis und Bananen nur dann zu verwenden, wenn sie bestimmten Kriterien des fairen Handels genügen. Diese Kriterien müssen dann natürlich ebenso in den Ausschreibungstext aufgenommen werden wie mögliche Nachweise, dass sie erfüllt sind. Das heißt: Welches Siegel ist hier aussagekräftig?

Mit solchen Feinheiten müssen sich die Beschaffer*innen in der Verwaltung herumschlagen. Meine Hochachtung davor! Aber dafür gibt es Hilfestellungen, zum Beispiel von der christlichen Initiative Romero aus Münster, die bei einer ähnlichen Ausschreibung wie dieser mit der Verwaltung in Friedrichshain-Kreuzberg fairen Reis, faire Bananen und faire Ananas durchgesetzt hat. Auch hier müssen wir das Rad - wie immer - nicht neu erfinden.

Es gibt also schon Best Practices. Es gibt Musteranschreibungen und Beratungen. Wir vermitteln auch gerne Kontakt zu den Expert*innen. Dann wird das eine klare Sache, die am Ende auch alle satt macht, die Kita-Kinder und die Erzeuger*innen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 67

Dann lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen wie hier von der Verwaltung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen
2664/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN und der SPD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag
2719/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Verlängerung der Institutionellen Förderung WEEK-END Fest 2022
2760/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2022 bis 2025
2772/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Kostensteigerung bei der Sanierung des Rheinparkcafés sowie Antrag auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung
1988/2021**

Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Aus Zeitgründen und weil ich gern noch mal Applaus von allen möchte, ziehe ich den Wortbeitrag zurück.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Öffentliches Silvesterfeuerwerk
3047/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie AVR, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2020
2735/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage
2736/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf - Einstellung des Bauvorhabens und Rückbau
0846/2020**

Gibt es Wortmeldungen?

(Zurufe: Wie Bauausschuss!)

- Ich lasse abstimmen wie Sozialausschuss, Anlage 5, Integrationsrat, Anlage 6, Bauausschuss, Anlage 7, und BV 4, Anlage 9. Da müsste überall das Gleiche beschlossen worden sein.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 68

(Zuruf)

- Ja. Aber Sie finden sich ja wieder.

(Zuruf: Ja!)

- Gut. Ich hoffe, alle anderen auch.

Dann frage ich jetzt, ob es Gegenstimmen gibt. - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Modellhafte Öffnung ausgewählter Schulhöfe als Spiel-, Sport- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
0880/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich die Vorlage so abstimmen, wie sie ist.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

TOP 10.22 entfällt.

Tagesordnungspunkt

**10.23 Bedarfsfeststellung zur Ersatz- und Neubeschaffung von insgesamt 85 Standardrettungswagen und Abschluss eines Vier-Jahres-Rahmenlieferungsvertrages
1455/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.24 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter - Verlängerung Maßnahmen vom 01.01.2022 bis 31.12.2023
1491/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Hildegard-von-Bingen Gymnasium,

**Leybergstr. 1, 50939 Köln - Sülz im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022.
1866/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2021/22
1989/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.27 Fortsetzung der Maßnahme „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU
2603/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.28 Durchführung der aktivierenden Stadtteilarbeit „Zuhause im Veedel - Aktivierung und Beteiligung im Quartier“ im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) in den Sozialräumen „Porz-Ost, Finkenbergr, Gremberghoven und Eil“ und „Ostheim und Neubrück“ als Pilotprojekt in Großwohnanlagen
2675/2021**

Wortmeldungen? - Da gingen jetzt die Arme hoch. Herr Paetzold und dann Herr Weisenstein.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, gestatten Sie eine kleine Anmerkung vom Platz aus. Die SPD-Fraktion hat verstanden, dass ein Nebeneinander der Maßnahme „Zuhause im Veedel - Aktivierung und Beteiligung im Quartier“, finanziert über ISEK, und der klassischen GWA in den beiden Sozialräumen nicht möglich ist. Daher stimmen wir dem Vorschlag der Verwaltung auch zu.

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 69

Wir sehen aber berechtigte Kritik am Verfahren und an dem Umgang der Stadtverwaltung mit den Trägern und schlagen der Verwaltung vor, hier klärende Gespräche zu führen. Zumindest hat uns eine solche Kritik erreicht.

Wir stimmen der Beschlussvorlage aber nur zu, weil wir fest davon ausgehen, dass die Evaluation der Projekte die Notwendigkeit einer klassischen GWA in den beiden extrem belasteten Quartieren zeigen wird. Und wir werden die Verwaltung beim Wort nehmen, dass sie eine nachhaltige GWA durch städtische Förderung langfristig ermöglicht, wenn die Evaluation das zeigt. Diese Gemeinwesenarbeit muss aus unserer Sicht unmittelbar nach dem Auslaufen des ISEK-Projektes beginnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Hinweis wird natürlich aufgenommen. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, grundsätzlich stimmen wir dem zu, was Herr Paetzold gerade gesagt hat.

Aber wenn man sich den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Kalk noch einmal anguckt, sieht man: Zu diesem Fall, dass ISEK und Gemeinwesenarbeit-Förderung nicht parallel laufen, ist von der BV Kalk schon ein Vorratsbeschluss gefasst worden - nämlich, dass gewährleistet sein muss, dass dann, wenn die ISEK-Mittel auslaufen, die GWA-Mittel auf jeden Fall nahtlos weiterlaufen.

Da stellt sich für mich die Frage: Wie ist das politische Ansinnen, das in Kalk, wie gesagt, einstimmig so beschlossen worden ist, jetzt hier in die Verwaltungsvorlage zu integrieren?

Grundsätzlich würden wir es für sinnvoll erachten, wie die Bezirksvertretung 8 zu beschließen. Es ist natürlich nachvollziehbar, wenn die Verwaltung argumentiert, dass beide Förderungen gleichzeitig nicht möglich sind. Dann ist das - das gebe ich ja zu - ein bisschen komplex.

Aber kann die Verwaltung zu der Frage des Übergangs nach ISEK in GWA vielleicht noch drei Takte sagen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, es ist so, dass eine jetzt schon getroffene bedingungslose Entscheidung für eine nachfolgende weitere kommunale Förderung möglicherweise für das Landesprogramm förderschädlich ist. Aus diesem Grund schlagen wir genau das vor, was wir auch geschrieben haben - nämlich, dass wir die Evaluation erfolgen lassen. Wir stellen auch in Aussicht und nehmen uns alle miteinander hier quasi schon fest vor, dass bei positiver Evaluation eine weitere Förderung möglich ist. Aber davon, das jetzt schon quasi bedingungslos final festzuschreiben, raten wir wegen der möglichen Förderschädlichkeit ab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen wie Vorlage.

Tagesordnungspunkt

10.29 Erneuerung der Eisenbahnüberführung der Deutz-Mülheimer Straße, Bauwerk B in Köln-Deutz durch die DB Netz AG 2402/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.30 Schulrechtliche Änderung der drei Grundschulen Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß und der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth zum Schuljahr 2022/23 2482/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.31 Jahresabschluss 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 2535/2021

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 70

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.32 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln 2548/2021

Wortmeldungen? - Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz optimistisch: Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen! Wir haben Glück - Glück im großen Unglück. 2020 sind Grenzwerte zur Luftreinhaltung unterschritten worden. Uns allen ist auch klar, woran das unter anderem lag: Ein großer Teil des Rückgangs des Verkehrs ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen.

Der vorliegende Luftreinhalteplan zielt darauf ab, diesen Status fortzusetzen, was wir aus gesundheitlicher Perspektive bezogen auf die Luft natürlich begrüßen, weshalb wir dem Plan heute zustimmen werden.

Dennoch wünschen wir uns, dass zukünftig die Verkehrswende im Grundsätzlichen progressiver angegangen wird. Das heißt, dass wir uns stärker dafür einsetzen, dass Fahrräder und ÖPNV öfter Vorrang genießen und die grundsätzliche Ausrichtung unserer Stadt auf den MIV zurückgefahren wird.

Wir freuen uns darauf, dies mit Ihnen und euch allen anzugehen - hier heute Abend, bei den nächsten Sitzungen und in den nächsten Jahren im Rat. - Danke.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 10.32? - Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.33 Neugestaltung des Bolzplatzes Georgestraße in Köln-Neubrück 3423/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.34 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln hier: Wirtschaftsjahr 2021 1255/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.35 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss von nutzungsunabhängigen Sicherungsmaßnahmen der Hallen Kalk, Hallen 76 und 77 2293/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.36 Dachsanierung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud hier: Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss 2770/2021

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Hierzu muss ich einfach noch etwas sagen, weil ich das, ehrlich gesagt, krass finde. Da wird mal bei einem städtischen Gebäude das Dach komplett saniert. Es wurde festgestellt, dass die komplette Sanierung beider Dachflächen erforderlich ist, sodass die Dachaufbauten komplett neu erstellt werden. Die Prüfung ergab sogar, dass technisch die PV-Anlagen-Installierung auf den Dächern möglich ist. Und dann erfolgte seitens der Urheberrechtsinhaberin eine Ablehnung der Maßnahme aufgrund des Argumentes, das sei ein zu großer gestalterischer Eingriff. Daher werden nun lediglich auf dem Erweiterungsbau die geplanten PV-Anlagen installiert.

Mit den rechtlichen Gegebenheiten kenne ich mich wirklich nicht aus. Ich bin mir sicher, dass das rechtlich alles so erst mal korrekt läuft. Trotzdem muss ich an dieser Stelle aufgrund der Dring-

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 71

lichkeit, die heute hier auch wieder deutlich geworden ist - im Grunde genommen brauchen wir jede Fläche, erst recht, wenn ein Dach dann schon neu saniert wird; eine bessere Möglichkeit gibt es ja gar nicht -, doch noch mal fragen - ich komme da auch gerne mal zu einem persönlichen bilateralen Gespräch irgendwohin -,

(Zuruf: Das ist eine gute Idee!)

wie wir das denn in Zukunft handhaben wollen. Denn das ist ja nicht das einzige Gebäude, bei dem es Urheberrechtsinhaber*innen gibt, die da vielleicht irgendetwas verhindern können - was meiner Meinung nach gegenüber allen folgenden Generationen völlig unverantwortlich ist.

Ich weiß nicht, ob es da noch irgendwelche Möglichkeiten gibt. Ich bitte nur händeringend darum, dass wir irgendeine Lösung finden, damit auch solche Dachflächen in Zukunft genutzt werden können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, ich glaube, viele von uns können das nachvollziehen. Aber wir haben das einfach zu respektieren. Ja, das ist alles andere als wünschenswert. Aber so ist die Rechtslage.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Kann man das denn in Zukunft irgendwie verhindern?

(Zuruf: Nein, kann man nicht! - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung. Ich sage ja, dass ich gerne mal bilateral irgendwohin komme.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Frau Gabrysch, das bilaterale Gespräch können wir beide gerne suchen. Ich kann Ihnen das erläutern. Das machen wir so.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung¹ ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.37 Sanierung und Optimierung des Fotoarchivs und der Depotflächen auf der Ebene 5.0 im Rautenstrauch-Joest-Museum hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss 0834/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.38 Verausgabung Restmittel der Corona-Sonderförderung 2940/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie KuK, Anlage 1.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Punkt 10.39 ist eben unter TOP 6.3.1 behandelt worden.

Wir kommen zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 220. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz-Elsdorf Arbeitstitel: Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf 0451/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Umsetzung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans 66380/02 vom 1.03.2017 /

¹ Enthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 72

**Neubau der Sportanlage Kapellenstraße
in Köln-Rondorf
0459/2021**

Wortmeldungen? - Frau Syndicus hat ihre Meldung zurückgezogen. Okay.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 76381/02
Arbeitstitel: „Fuchskaule“ in Köln-Porz-Elsdorf
2503/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

(Mike Homann [SPD]: Über welche Version wird abgestimmt?)

- Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 10.

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

**15.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet U 457 in Köln-Porz-Elsdorf (Südlich Friedensstraße)
1878/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

**17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss
2584/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Punkt 17.2 ist durch Antrag der CDU-Fraktion zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen“
AN/1791/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Wahl der Beisitzer*innen und Stellvertreter*innen des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahl 2022
2866/2021**

Meine Damen und Herren, da liegt dankenswerterweise ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Wird gewünscht, dass ich ihn vortrage? - Das ist nicht der Fall.

(Zurufe: Doch!)

- Doch. Okay.

Als Beisitzer*innen werden vorgeschlagen:

- 1 Lino Hammer
- 2 Christiane Jäger
- 3 Felix Spehl
- 4 Güldane Tokyürek
- 5 Ulrich Breite
- 6 Isabella Venturini

Ich komme zu den Stellvertreter*innen. Vorgeschlagen werden:

- 1 Moritz Rüter
- 2 Dr. Gerrit Krupp
- 3 Werner Marx
- 4 Michael Weisenstein
- 5 Verena Will
- 6 Christian Achtelik

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann stimmen wir jetzt ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Kölner Sportstätten GmbH; Entsendung in den Aufsichtsrat
3181/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10. Sitzung vom 16. September 2021 Seite 73

17.6 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 3192/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 3193/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Bauausschuss und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft“ AN/1968/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Sportausschuss“ AN/1974/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Besetzung Ausschüsse“ AN/1987/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Urbach Arbeitstitel: Kaiserstraße Nummer 95-99 in Köln-Porz-Urbach 3162/2021

Meine Damen und Herren, gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der CDU-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. Ich bedanke mich und bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.56 Uhr)